

# Das Parlament

Berlin, 30. September 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 40-42 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Brosche als Botschaft

**Brenda Hale** Kurz vor dem Ende ihrer Laufbahn hat die Oberste Richterin am Supreme Court des Vereinigten Königreichs für internationales Aufsehen gesorgt. Mit ihren elf Richterkolleginnen und -kollegen entschied sie, dass es nicht rechtens war, dass Premierminister Boris Johnson das Unterhaus in eine mehrwöchige Zwangspause schickte, weil es womöglich seine Brexit-Pläne hätte durchkreuzen können. Dem Supreme Court gehört Hale seit 2009 an, vor knapp zwei Jahren übernahm sie den Vorsitz. Das Wappen im britischen Oberhaus, in dem sie als Lord-Richterin sitzt, trägt den lateinischen Spruch: „Omnia Feminae Aequissimae“ – Frauen sind in allem gleich. Für Aufsehen sorgte ein weiteres Detail: Bei der Urteilsverkündung trug der Baroness Hale of Richmond eine auffällige silberne Spinnenbrosche an ihrem Kleid. *aha* ■

ne hätte durchkreuzen können. Dem Supreme Court gehört Hale seit 2009 an, vor knapp zwei Jahren übernahm sie den Vorsitz. Das Wappen im britischen Oberhaus, in dem sie als Lord-Richterin sitzt, trägt den lateinischen Spruch: „Omnia Feminae Aequissimae“ – Frauen sind in allem gleich. Für Aufsehen sorgte ein weiteres Detail: Bei der Urteilsverkündung trug der Baroness Hale of Richmond eine auffällige silberne Spinnenbrosche an ihrem Kleid. *aha* ■

## ZAHL DER WOCHE

20

Tage bleiben Großbritanniens Premier Boris Johnson, um mit der EU womöglich doch noch eine neue Einigung zum Brexit zu finden. Schafft er das bis zum 19. Oktober nicht, muss Johnson - so hat es das britische Parlament beschlossen - in Brüssel um einen neuerlichen Aufschub bitten.

## ZITAT DER WOCHE

»Es fielen Schimpfworte, der Umgang war vergiftet.«

**John Bercow**, Sprecher des britischen Unterhauses, ruft nach der hitzigen Debatte der Kammer in der vergangenen Woche Befürworter und Gegner des Brexit zur Mäßigung auf.

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Arbeitsmarkt Regierung will Bezahlung von Pflegekräften verbessern Seite 4

**INNENPOLITIK**  
Organspende Experten diskutieren über Widerspruchslösung Seite 5

**EUROPA UND DIE WELT**  
Polen Keine Wechselstimmung vor Sejm- und Senatswahlen Seite 10

**KULTUR UND BILDUNG**  
Umzug Die Stasi-Unterlagen kommen ins Bundesarchiv Seite 11

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Klimaschutz wird Gesetz

**UMWELT** Die Kritik am Klimapaket der Regierung reißt nicht ab. Koalition wirbt für breiten Konsens

Die Einigung des Klimakabinetts Mitte September wurde begleitet von den größten internationalen Klimaprotesten seit langer Zeit. Bis zu 1,4 Millionen Demonstranten gingen Schätzungen zufolge allein in Deutschland auf die Straße. Die Demonstranten von Fridays for Future, die Umweltverbände, Wirtschaftswissenschaftler und Klimaforscher sind sich einig, dass der von der Koalition geschlossene Kompromiss (siehe Text unten) zu kurz greift.

Und auch im Bundestag erntete das Klimapaket der Bundesregierung massive Kritik. Die Opposition sprach in einer vereinbarten Debatte zum Klimaschutzprogramm 2030 am vergangenen Donnerstag von einem „Klimapäckchen“, einem „Flickentepich“ an Maßnahmen. Auch von „Klimawahn“ und „Panikmodus“ war die Rede. „Die Regierung geht den Weg hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft“, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Sie verteidigte das Eckpunktepapier als Neuanfang. „Herzstück“ sei das geplante Klimaschutzgesetz, durch das Klimaziele rechtsverbindlich für jeden einzelnen Sektor werden sollen. Während klimafreundliche Alternativen künftig über Anreize unterstützt würden, würden klimaschädliche Verfahren moderat teurer, sagte die Ministerin. Neben Investitionen in die Attraktivität der Bahn und den öffentlichen Personennahverkehr werde die „Handbremse beim Ausbau der erneuerbaren Energien gelöst“, kündigte die Ministerin an. „Ich hätte mir auch mehr vorstellen können, aber ich denke nicht, dass der Preis ein Allheilmittel ist, sondern nur ein Instrument von vielen“, sagte Schulze mit Blick auf die Bepreisung von CO<sub>2</sub>. Man werde nachsteuern, wo es nötig sei, betonte sie.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner sprach von „Licht und Schatten“ in dem Paket. Es brauche nicht mehr, sondern einen besseren Klimaschutz. „Das, was Sie CO<sub>2</sub>-Preis nennen, ist in Wahrheit eine verkappte Steuer“, sagte Lindner. Er plädierte für ein marktwirtschaftliches Modell, bei dem die Menge begrenzt und nicht der Preis festgesetzt werde. „Wir reden über eine Menschheitsaufgabe, da wirkt das Paket kleinteilig und aktionistisch“, sagte er. Die Erderwärmung könne nur mit „kühlem Kopf“ bekämpft werden. „Wir dürfen uns nicht in den Panikmodus von Greta Thunberg reden lassen“, warnte er.

Auch Sahra Wagenknecht (Die Linke) kritisierte das Paket als „Flickentepich an Subventionen“, mit dem Verbraucher sinnlos



Wald unter Druck: Der Klimawandel setzt den grünen Lungen der Republik zu. Auch darüber diskutierte der Bundestag vergangene Woche.

© picture-alliance/dpa

abkassiert würden. „Wenn eine Koalition nicht das Rückgrat hat, sich mit den wirklichen Klimasündern anzulegen, kommt genau das raus“, sagte die Fraktionsvorsitzende. Ein Hauptproblem des Pakets sei nicht der verteuerte Spritpreis, sondern dass Menschen auf dem Land keine Alternativen zum Auto hätten, kritisierte Wagenknecht.

Auf der einen Seite gebe es die veränderungsbereite Zivilgesellschaft, angeführt von Schülern, Unternehmen, Wissenschaftlern und Menschen aus Stadt und Land, sagte Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen). Auf der anderen Seite stünde die „blockierte, abgeschlafte Große Koalition“, die an der Menschheitsaufgabe Klimaschutz scheitere und das Scheitern für das halte, was möglich war. „Mit diesem Päckchen werden Sie das Klimaschutzziel 2030 genauso verfehlen wie die Ziele für 2020“, sagte der Fraktionschef. Ein „kleiner Fortschritt“ sei, dass die Ziele gesetzlich geregelt werden sollen. Er forderte die Bundesregierung auf, Maß-

nahmen vorzulegen, bei denen er wartbar sei, dass damit der Pariser Klimaabkommen eingehalten werde. Massive Kritik äußerte Martin Reichardt (AfD). Das Klimapaket der Bundesregierung bedeute, „Geld für Klima-Wahn aus dem Fenster hinauszuschmeißen“. Es gebe bei dem Thema eine Spaltung „zwischen grünen, urbanen Besserverdienern und denen, die sich Gedanken machen müssen, wie viel Geld am Monatsende noch auf dem Konto ist“, sagte er. Reichardt kritisierte, dass die Energiepreise private Haushalte bereits neun Milliarden Euro gekostet habe. Er forderte die Regierung auf, Schluss mit dem „ideologischen grünen Unsinn“

Christian Lindner (FDP)

zu machen und zu einer bürgerlichen Politik zurückzukehren.

Unterstützung für das Klima-Paket kam von der Koalition: Der Union-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) betonte, dass mit dem Paket eines „der größten politischen Projekte in der Geschichte der

Bundesrepublik“ auf den Weg gebracht wurde. Man habe „ein abgestimmtes, integriertes und smartes Konzept, das auf Anreize setzt“ beabsichtigt, keine Verbote und massive Preiserhöhungen, sagte Brinkhaus. In Phasen wolle man ein faires Modell gestalten, das den Bürgern die Möglichkeit gebe, sich auf diese neue Ausgangslage einzustellen. Ziel des Klimakabinetts sei es gewesen, soziale Brüche zu verhindern.

Neben einer breiten Akzeptanz in der Gesellschaft warb Brinkhaus auch für einen politischen Konsens bei dem Thema: „Das Konzept darf nicht von wechselnden Mehrheiten in Bund und Ländern abhängig sein“, sagte er. Unterstützung kam auch vom SPD-Umweltpolitiker Matthias Miersch (siehe Interview Seite 2). Das neben dem Kohleausstieg und dem Klimaschutzgesetz auch die Förderbegrenzung beim Ausbau von Photovoltaik-Anlagen aufgehoben werde, sei „ein Riesenerfolg“.

Ob das Paket so kommt wie beschlossen, bleibt ungewiss. Malu Dreyer, kommissarische SPD-Vorsitzende, zeigte sich vergangene Woche offen für einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis als bislang vorgesehen. CSU-Generalsekretär Markus Blume schloss Korrekturen hingegen aus. *Lisa Brübler* ■

## EDITORIAL

### Paket oder Päckchen?

VON JÖRG BIALLAS

Alle Experten hatten einen großen Wurf angeht. Und dann das: Ein Klima-Paket, das viele angesichts der großen Herausforderungen allenfalls für ein Päckchen halten. Aber Hand aufs Herz: War mehr zu erwarten? Das vorliegende Programm ist ein politischer Kompromiss, der immerhin den richtigen Weg weist.

Jetzt wird es darauf ankommen, im parlamentarischen Prozess die verschiedenen Interessenslagen feiner auszustarieren. Es bleibt abzuwarten, was am Ende im Gesetzestext steht, nachdem Bundestag und Bundesrat darüber debattiert haben.

Auch wenn die Zeit drängt, täte dem Thema inzwischen mehr Sachlichkeit gut. Es bleibt richtig, dass unsere Kinder und Enkelkinder weltweit ihren Zorn über eine verfehlte Klimapolitik artikulieren. Sie wissen dabei die Wissenschaft an ihrer Seite, die seit Jahrzehnten auf das Problem aufmerksam macht.

Schwierig wird es dann, wenn Teenager-Trotz zu Teenager-Hysterie mutiert, wie jüngst in New York geschehen. Das schadet einer Bewegung, der viele derartig imposante Erfolge nicht zugetraut hätten.

In den vergangenen Jahren hat sich nicht nur in der westlichen Welt ein bemerkenswertes Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Umwelt entwickelt. Eine ökologisch nachhaltige Lebensweise ist längst mehr als die Überzeugung einiger weniger belächelter Außenseiter. Nie war die Bevölkerung so bereit wie heute, sich auch ganz persönlich für das Klima zu engagieren. Etwa mit privaten Investitionen in Eigenheim oder Auto.

Die Politik hat erkannt, dass die Menschen eine effektivere Klimapolitik erwarten. Durch Anreize zur Gebäude- oder Heizungsanierung, eine veränderte Verkehrs- und Energiepolitik, Einflussnahme auf die Industrie und, nicht zuletzt, durch überzeugendes Auftreten in Fragen des Umweltschutzes auf internationalem Parkett.

Allerdings muss die Politik auch das Machbare im Auge behalten. Es ist in einer Industrienation nicht einfach, aus Kohle- und Kernenergie auszustiegen und gleichzeitig die Stromversorgung in dem gewohnten Maß aufrechtzuerhalten. Zumal der digitale Fortschritt eher nach mehr als nach weniger Energie verlangt. Paket oder Päckchen?

Der Anfang ist gemacht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

## Das steckt im Eckpunktepapier

**KOMPROMISS** Auf langes Ringen in der Koalition folgte ein Maßnahmenkatalog

22 Seiten lang und 54 Milliarden Euro schwer sind die „Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030“, auf die sich die Bundesregierung verständigt hat. Kernpunkte sind Investitionen in den Klimaschutz, die Einführung eines nationalen Emissionshandels für Verkehr und Gebäude und die Einberufung eines Expertenrats, der jährlich die Umsetzung der Klimaziele überprüfen soll. Für Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Gebäude und weitere Sektoren sollen jährliche CO<sub>2</sub>-Budgets in einem Gesetz verankert werden. Erreicht ein Bereich seine Ziele nicht, soll der zuständige Minister dem Klimakabinetts, das zur Dauereinrichtung wird, ein „Sofortprogramm zur Nachsteuerung“ vorlegen.

Die umstrittenste der 65 Einzelmaßnahmen ist die Einführung eines nationalen Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für fossile Brenn- und Treibstoffe, der Benzin, Diesel und Heizöl verteuert. 2021 sollen diese um drei Cent, bis 2025 um 10,5 Cent teurer werden. Der Preis für den Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgas CO<sub>2</sub> soll 2021 bei zehn Euro pro Tonne Kohlendioxid starten und bis 2025 schrittweise auf 35 Euro angehoben werden – zu



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Verkündung der Ergebnisse der Sitzung des Klimakabinetts der Regierung am 20. September in Berlin

© picture-alliance/dpa

niedrig, um eine Lenkungswirkung zu entfalten, kritisieren Wissenschaftler. Ab 2026 soll der Preis innerhalb eines Korridors von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Dass der geplante CO<sub>2</sub>-Preis niedriger starte, als von vielen gefordert, nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen „Kompromiss“. Die Einnahmen sollen in Klimaschutzmaßnahmen fließen oder an die Bürger

zurückgegeben werden. So will die Regierung den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter fördern und den Strompreis senken. Die Gesamtmenge für Windkraft soll sich bis zum Jahr 2030 verdreifachen, gleichzeitig soll die Förderbegrenzung beim Ausbau von Photovoltaik-Anlagen aufgehoben werden. Zum Paket gehört auch, E-Mobilität verstärkt zu fördern: Bis 2030 sollen in Deutschland eine Million

Ladesäulen entstehen und Kaufprämien für E-Autos erhöht werden. Das Fliegen soll durch die Anhebung der Luftverkehrssteuer zum 1. Januar 2020 teurer werden, bei der Bahn sollen die Tickets im Fernverkehr durch die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent günstiger werden.

**Pendler** Eine weitere Entlastung soll über die Pendlerpauschale erfolgen: Ab 2021 soll sie, befristet bis Ende 2026, ab dem 21. Entfernungskilometer um fünf Cent pro Kilometer angehoben werden, sodass dann 35 statt bisher 30 Cent von der Steuer abgesetzt werden könnten. Wer eine alte Ölheizung gegen eine klimafreundlichere Alternative austauscht, soll mit bis zu 40 Prozent gefördert werden. Ab 2026 soll der Einbau von Ölheizungen verboten werden. Die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms soll zudem ab 2021 sinken. *lbr* ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KLIMAPAKET ZU LASTEN DES SOZIALEN?

Über Gebühr

PRO



Timot Szent-Iványi, RedaktionsNetzwerk Deutschland, Berlin

Es wäre naiv zu glauben, der Schutz des Klimas sei ohne persönliche Opfer zu schaffen. Wie die Demonstrationen der vergangenen Tage, diverse Umfragen und nicht zuletzt auch die Wahlergebnisse für die Grünen zeigen, besteht in der Bevölkerung auch eine grundsätzliche Bereitschaft, bei diesem Thema mitzuziehen. Eines allerdings ist vielen wichtig: Es muss gerecht zugehen, insbesondere dann, wenn es an das eigene Portemonnaie geht. Das Klimapakett der Koalition ist jedoch alles andere als sozial ausgewogen. Die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen werden durch die Beschlüsse über Gebühr belastet, während die Gut- und Spitzenverdiener als Gewinner dastehen. Nehmen wir eine gutsituierte Familie, die in einem Eigenheim auf dem Land wohnt, der SUV in der Garage. Den höheren Sprit- und Heizungskosten kann die Familie leicht ausweichen. Denn dank hoher Ersparnisse kann das Wohnhaus umfangreich energetisch saniert werden, wobei großzügige Steuererleichterungen winken. Der SUV wird in ein E-Auto umgetauscht, für das es eine üppige Kaufprämie gibt. Am Ende zahlen sie überall weniger: Die Steuerlast sinkt dank der höheren Pendlerpauschale, die Heizungskosten tendieren Richtung Null, die Spritkosten ebenso. Dass Fliegen ein wenig teurer wird, fällt da kaum ins Gewicht. Und wer bezahlt das alles? Es sind diejenigen, die zwar ebenfalls die höheren Energiekosten aufbringen müssen, aber nicht genug Geld haben, den Kostenschub durch eigene Investitionen vermeiden zu können: Geringverdienere, ältere Menschen oder junge Familien haben nichts von Steuervorteilen, wenn ihnen das Eigenkapital fehlt. Das Paket der großen Koalition ist damit nicht nur für sie schlecht, sondern auch für das Klima.

Viele Wohltaten

CONTRA



Thomas Sigmund, Handelsblatts, Düsseldorf

Das Klimapakett strotzt vor sozialen Wohltaten. Vor allem CSU und SPD hatten Angst vor dem Phänomen, das in Frankreich die Gelbwesten ausgelöst haben. Keiner wollte in Deutschland Proteste wie gegen die Hartz-IV-Reformen riskieren. So sieht das Klimapakett jetzt auch aus. Über den von der GroKo beschlossenen Zertifikatehandel nimmt der Bund erstmal hohe Milliardenbeträge ein. Das trifft zunächst die Wirtschaft. Ob jedes Unternehmen die Preissteigerung an die Kunden weitergibt, weiß heute niemand. Für manche Firma wird das schwierig. Viele Kunden sind für Klimaschutz, wollen aber nicht dafür zahlen. Dann verzichtet die Koalition am Anfang auf den Preishammer an den Zapfsäulen. Die Erhöhung um drei Cent liegt im Rahmen der üblichen Preisschwankungen an den Tankstellen während einer Woche. Die GroKo war eben peinlich darauf bedacht, eine soziale Schieflage zu vermeiden. So steigt die Pendlerpauschale für alle Verkehrsträger, während die Bahnticket-Preise durch den niedrigeren Mehrwertsteuersatz sinken. Bei der Umlage für Erneuerbare Energien werden die Stromkunden zunächst entlastet. Bei Ölheizungen gibt es bis 2025 kein Verbot, sondern Abwrackprämien. Die Kritik von Grünen und Umweltschützern kommt aus einer anderen Richtung. Sie wollten mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 35 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> einsteigen. Jetzt wird mit zehn Euro pro Tonne gestartet. Das ist für viele ökologisch Bewegte zu wenig. Für Otto Normalverbraucher ist es eine gute Nachricht. Der Einstieg ist moderat. Über die großen Auswirkungen des Klimapaketts dürften im nächsten Jahrzehnt noch Bundestagswahlkämpfe geführt werden. Unsozial ist es Stand heute nicht.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Miersch, es hagelt von allen Seiten Kritik am Klimapakett – nicht nur von der Opposition, auch aus der Wissenschaft und von Umweltverbänden. Sie sind selbst Mitglied im Naturschutzbund, saßen im Kuratorium der Deutschen Umweltstiftung – wie erklären Sie den Menschen dort diesen Kompromiss?

Mir war auch vorher schon klar, dass wir das Klima nicht im Verlauf einer Nacht retten können. Wir haben eine gesellschaftliche Herkulesaufgabe vor uns: Wir müssen einen gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren und wir müssen anerkennen, dass wir mit der Natur nicht verhandeln können. Vor diesem Hintergrund haben wir ein Paket zusammengestellt mit Maßnahmen, die wirken können. Wir haben uns auf den richtigen Pfad begeben, und alle, die das kritisieren, die müssen sagen, was sie an der Stelle anders wollen.

Der Verzicht auf welche Forderungen schmerzt besonders?

Ich war immer dafür den Preis für CO<sub>2</sub> als Signal einzuführen, auf dass Umwelt und Klima einen Preis bekommen. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir 2020 damit beginnen. Aber da sind zwei Denkschulen aufeinandergeprallt, die von Union und SPD – und daraus ist jetzt dieser Kompromiss mit zunächst zu vergebenden Festpreiszertifikaten geworden. Ich hätte mir gewünscht, dass wir früher mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung anfangen.

In der Schweiz kostet eine Tonne Kohlendioxid 96 Franken, auf EU-Ebene wird über mehr als 20 Euro nachgedacht, Sie schlagen nun zehn Euro vor. Ist das Ihr Ernst?

Allen, die einen Preis mit Lenkungswirkung fordern, müssen wissen: Wenn wir damit einsteigen, ohne gleichzeitig Alternativen zur Verfügung zu stellen, dann rumpst es möglicherweise in der Gesellschaft gewaltig – das kann keiner wollen.

Warum setzen Sie nicht mehr auf den Markt?

Rein marktwirtschaftliche Instrumente werden zur Spaltung der Gesellschaft beitragen und das Klima nicht retten. Unser Ansatz setzt auf einen starken Staat: Wir haben milliardenschwere Investitionsprogramme in die Bahn und den öffentlichen Nahverkehr, in den Wohnungsbestand vorgesehen und wir brauchen dafür einen ordnungspolitischen Rahmen – zum Beispiel, dass ab 2026 keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden. Wir haben zum ersten Mal ein Klimaschutzgesetz mit einem Instrumentennix, der jeden Minister und jede Ministerin dazu verpflichtet, Ziele einzuhalten. Gelingt das nicht, muss er oder sie innerhalb von drei Monaten sagen, wie das Rad gedreht werden soll, damit die Ziele erreicht werden. Solche Maßnahmen tragen viel mehr dazu bei, Klima zu schützen als ein rein marktwirtschaftlich definierter Preis.

Bei Solar soll kräftig ausgebaut werden, bei Wind wird die Abstandsregelung als Bremse wirken. Kommt Deutschland damit bei der Energiewende voran?

Der Behalt des bayrischen Sonderwegs bei den Abstandsregelungen für Windkraftanlagen schmerzt mich aber trotzdem sehr. Ich hätte mir gewünscht, dass sich ein Markus Söder, der sich zuletzt als grüner CSU-Mensch zu profilieren versucht hat, zur Energiewende und damit auch dem Ausbau von Windenergie bekennt. Das war nicht zu machen, das habe ich zu akzeptieren. Eine große Errungenschaft ist der Wegfall des Förderdeckels beim Photovoltaik-ausbau, dafür hat die SPD viele Jahre gekämpft. Das wird uns voranbringen. Auch die Anhebung des Ausbausziels von Windenergie auf See von 15 auf 20 Gigawatt be-

»Sonst rumpst es«

MATTHIAS MIERSCH Dem Klima ist nur geholfen, wenn die Gesellschaft weiter zusammenhält, sagt der Umweltpolitiker und SPD-Fraktionsvize



© spdfraktion.de/Susie Knoll

deutet den faktischen Wegfall eines Ausbau-Deckels, weil mehr sowieso nicht zu schaffen ist.

An Windenergieanlagen auf dem Land scheiden sich derweil immer noch nicht die Geister.

Wir haben ein Problem was die Akzeptanz von Windrädern angeht. Das wird in der Bevölkerung massiv kontrovers diskutiert, auch in meinem Wahlkreis gibt es Bürgerinitiativen dagegen. Daher starten wir jetzt den Versuch eines Instrumenten-

mixes, um dem Thema neuen Schub zu geben. Die CDU wollte die bayrischen Abstandsregeln bundesweit, wir wollten keine bundesweit einheitlichen Abstände, geeinigt haben wir uns auf 1.000 Meter. Länder und Kommunen können für kürzere Abstandsregeln sorgen, sie erhalten dafür noch einen finanziellen Anreiz: Einmal generell, wenn sie sich für Windkraft entscheiden, und dann zusätzlich, wenn sie die 1.000 Meter unterschreiten. So hoffen wir, die Akzeptanz in der Gesellschaft zu steigern.

Reicht das, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen?

Wir werden das jedes Jahr neu justieren müssen, denn ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien können wir uns den Ausstieg aus der Kohle nicht leisten. Wir brauchen dafür die gesamte Bevölkerung. Wer aus allem raus will, Kohle, Kernkraft, aber so weiter leben wie bisher – das wird nicht funktionieren. Man muss Rücksicht nehmen auf Bedenken, aber auch irgendwann sagen, etwa bei Windenergie: Das ist ein angemessener Abstand, das ist eine Entlohnung dafür, dass ihr Energieträger für die Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Was nicht geht, ist einfach auf der Landkarte irgendetwas festzulegen. Dem Klima ist auch nicht geholfen, wenn es die Gesellschaft völlig zerlegt.

Wie viel wäre ohne den Druck von der Strafe passiert?

Wir haben bereits in den Koalitionsvertrag von 2018 reinverhandelt, dass wir ein Klimaschutzgesetz in 2019 verabschieden, aus der Kohle aussteigen und die erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent erhöhen. Die Umsetzung wäre sicher noch viel schwerer gefallen, wenn Fridays for Future nicht dazugekommen wären. Insofern bin ich den Jugendlichen absolut dankbar. Meine Hoffnung ist, dass sich diese gesellschaftliche Diskussion bis in alle Kommunen, in die Räte vor Ort fortsetzt.

Wie bewertet ein Umweltpolitiker der SPD das Verhandlungsangebot der Grünen?

Bis 2050 können und werden andere Parteien auf Bundesebene in die Verantwortung kommen, die klimapolitischen Ziele zu erreichen. Insofern sind wir gut darin beraten, einen breiten Konsens in zentralen Fragen herzustellen. Wenn wir den Fehler machen, mit der Brechstange etwas durchzusetzen, kann es zu Planungsunsicherheit und milliardenschweren Schadenersatzzahlungen führen – das haben wir beim Atomausstieg gesehen, als eine schwarz-gelbe Regierung wichtige Beschlüsse der rot-grünen Vorgänger rückgängig machte.

Das gleiche gilt für den Kohleausstieg beziehungsweise den Strukturwandel in den betroffenen Regionen. Wie bewerten Sie diesen Kompromiss?

Es geht um die Frage, ob Regionen im Stich gelassen werden. Mein Ansatz ist auch hier, nicht den freien Markt entscheiden zu lassen, sondern mit Investitionen in Infrastruktur und Forschung langfristige Perspektiven zu ermöglichen oder alternative Energieerzeugung anzustoßen. Wir sehen an der Lausitz, dass es noch nicht gelungen ist, Vertrauen aufzubauen. Die Leute haben Angst vor der Zukunft. Dem kann man nur begegnen, wenn man auf Vertrauensbildung durch einen starken handlungsfähigen Staat setzt. Wir brauchen eine Renaissance des Politischen und des Staatlich-Gestalterischen.

Was machen Sie, wenn Sie als SPD trotzdem weiter an Zustimmung verlieren?

Ich mache keine Politik aus taktischen Erwägungen. Das was ich tun kann für die Menschheitsaufgabe Klimawandel, versuche ich als Parlamentarier nach meinen Überzeugungen umzusetzen.

Das Gespräch führte Kristina Pezzei. ||

Matthias Miersch (50) ist stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15  
Telefax (030) 227-365 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Claud Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezzei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
27. September 2019

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei  
GmbH & Co. KG  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Marfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 85853-832  
Telefax (089) 85853-62832  
E-Mail:  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 85853-836  
Telefax (089) 85853-62836  
E-Mail:  
[fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Der Wanderer: Steffen Kotré

Umweltfreundlicher als er kann man seine Freizeit kaum verbringen: Auf Schusters Rappen durch die Natur, vom Spaziergang bis zur mehrtägigen Wanderung mit Übernachtung im Freien. Doch mit der umweltpolitischen Debatte, wie sie derzeit geführt wird, hat Steffen Kotré nichts am Hut. „Uns ist da zu viel Hysterie drin“, sagt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion. Er wolle gar nicht ausschließen, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, auch wenn es da in der Wissenschaft durchaus unterschiedliche Ansichten gebe. „Was ich aber ausschließen ist, dass wir mit den Maßnahmen, die in Deutschland angedacht sind, einen Klimawandel irgendwie aufhalten können.“  
Mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung spare Deutschland vielleicht 0,1 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ein, argumentiert Kotré. Gleichzeitig steige aber überall auf der Welt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. „Es ergibt überhaupt keinen Sinn, dass wir hier unsere Industrie massiv schädigen und volkswirtschaftliches Vermögen verschwenden, während gleichzeitig das Risiko für Altersarmut und Kinderarmut steigt.“ Dass die CDU, in der „vor zwei Jahren noch keiner über den Kohleausstieg geredet“ habe, „jetzt plötzlich diese Hybris und diesen Hype mitmacht“, darüber schüttelt Kotré den Kopf.  
Auch im Emissionshandel, wie ihn die Koalition plant, sieht der Oppositionsabgeordnete kein geeignetes Instrument. Seines Erachtens läuft er auf eine Art Steuererhöhung hinaus, die vor allem Haushalte mit wenig Einkommen zu spüren bekommen, „und deswegen lehnen wir diese Experimente ab“. Deutschland sei nicht so

reich, gibt Kotré zu bedenken, laut Allianz-Vermögensreport habe es unterdurchschnittliche Geld- und Immobilienvermögen. „Wir haben schlichtweg keine Ressourcen, um hier noch eine Steuererhöhung zu verkraften.“  
Was nach Ansicht des AfD-Abgeordneten die Kosten der Energiewende besonders in die Höhe treibt, ist der „einseitige“ Fokus auf erneuerbare Energien. „Es wird nicht darüber diskutiert, dass man CO<sub>2</sub> im Boden verpressen kann, lagern kann oder sogar wieder



© DBT/Achim Meide

»Es wird nicht darüber diskutiert, dass man CO<sub>2</sub> im Boden verpressen kann, lagern oder sogar wieder umwandeln kann.«

umwandeln kann. Diese Technologien werden links liegen gelassen. Wenn ich denn denken würde, dass CO<sub>2</sub> dieses Teufelszeug wäre, dann würde ich erst mal technologie-offener herangehen und vor allen Dingen preiswerte Lösungen suchen.“  
Der 1971 geborene Steffen Kotré hat nach dem Abitur in der DDR eine Ausbildung zum Elektromonteur absolviert. Nach der Wende leistete er Zivildienst an der Berliner Charité und machte dann sein

Diplom als Wirtschaftsingenieur. Nach mehreren Jahren als Unternehmensberater für kleine und mittlere Unternehmen wurde er 2014 Referent für Wirtschaft und Energie der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg. 2017 kam er über die Landesliste Brandenburg in den Bundestag.  
Zunächst war Kotré jahrelang Mitglied der FDP. Ihre wirtschaftsliberale Politik, ihre Fokussierung auf den Mittelstand, das habe ihn damals angezogen. „Allerdings ist sie dann, genauso wie alle anderen Parteien, nach Links gewandert.“ Da er gesehen habe, „dass die Interessen der Deutschen nicht mehr vertreten werden, dass wir Volksvermögen verschwenden und vor allem die Identität des deutschen Volkes in Gefahr ist“, habe er sich der AfD angeschlossen. Nicht die Euro-Rettung wie bei zahlreichen anderen ehemaligen FDP-Mitgliedern habe bei ihm den Ausschlag zum Wechsel gegeben, sondern die Zuwanderungspolitik und der Eindruck, dass „das konservative Element in Deutschland fehlt“.  
„Alter Herr einer Berliner Studentenverbindung“ steht in Kotrés offizieller Bundestags-Biografie. Die wenigsten Abgeordneten, die in einer Verbindung sind, geben das hier an. Kotré findet das „bezeichnend. Wir verlieren in Deutschland die Achtung vor dem Konservativen. Im Zuge der 68er sind solche traditionellen Dinge verbannt worden.“ Er aber sei „angetreten, um offensiv die konservative Politik wieder zur Geltung zu bringen, weil ich meine, dass nur sie Deutschland stabil machen kann. Und insofern ist es nur folgerichtig, dass ich eben auch dazu stehe, dass ich Alter Herr einer Verbindung bin.“  
Peter Stützle ||



Diskussionen auf höchster Ebene: Aktivistin Greta Thunberg (im linken Bild, rechts) wurde mit Spannung erwartet, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, Bild oben rechts) stellte die deutschen Klima-Pläne vor. Auch US-Präsident Donald Trump zeigte sich (Bild unten rechts)

# Auf dem Weg zum Klima-Club

**PARISER ZIELE** Mit dem UN-Sondergipfel etabliert sich eine Koalition der Willigen

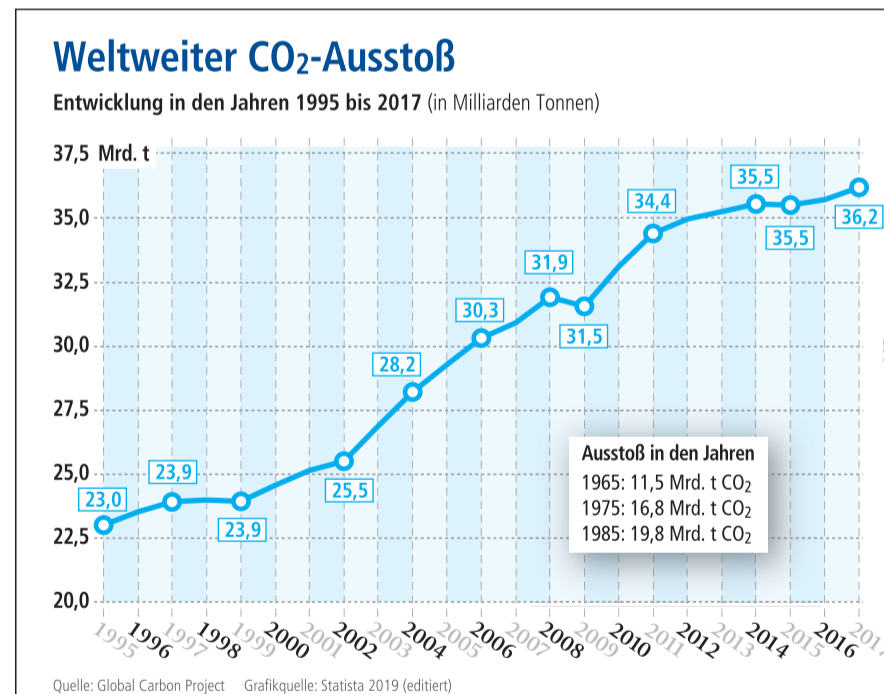
Im kommenden Jahr tritt das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Darin verpflichtet sich die internationale Staatengemeinschaft, die Erderhitzung auf 1,5 bis maximal zwei Grad zu begrenzen und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Nur so viel CO<sub>2</sub> darf dann noch ausgestoßen werden, wie andernorts kompensiert werden kann. Schon 2015, als das Abkommen beschlossen wurde, war klar, dass die nationalen Klimapläne der Länder bei Weitem nicht ausreichen, um diese Ziele zu schaffen. Selbst im besten Fall würde die globale Temperatur damit bis zum Jahr 2100 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um 2,7 Grad steigen und die vereinbarten Zielmarken somit deutlich überschreiten. Festgelegt wurde deshalb, dass die Länder bis zum Inkrafttreten des Abkommens 2020 ihre Pläne nachschärfen sowie Langfriststrategien einreichen, also Pläne, die sich auf das Jahr 2050 beziehen. Die in Paris eingereichten nationalen Klimaziele formulieren lediglich die Klimaschutzambitionen der Länder bis 2030. Doch dieses Nachschärfen hat bislang kaum stattgefunden. Außer einigen wenigen kleinen Staaten hat sich noch kein Land bewegt. Obwohl die Länder vier Jahre Zeit hatten, obwohl der Handlungsdruck mit Hitzewellen, Dürren und Waldbränden immer deutlicher vor Augen steht. Und obwohl der Weltklimarat IPCC mit seinen Sonderberichten dargelegt hat, dass sich der Klimawandel sehr viel schneller und mit gravierenderen Folgen vollzieht als bislang angenommen: mehr Extremwetter-Ereignisse, mehr Bodenerosion, mehr Wasserknappheit, mehr Ernteausfälle, ein schneller steigender Meeresspiegel.

Bei der diesjährigen Frühjahrskonferenz in Bonn sah es sogar so aus, als würde es wieder rückwärts gehen. Bei dem Vorbereitungstreffen für den Klimagipfel Ende des Jahres in Chile verhinderten Ölländer wie Saudi-Arabien, Russland und die USA ein offizielles Bekenntnis zu den Aussagen des IPCC-Berichts zum 1,5-Grad-Ziel. Dabei hat die Staatengemeinschaft den Bericht selbst in Auftrag gegeben, um sich vorrechnen zu lassen, was ihr Beschluss von Paris bedeutet. Nämlich: Nur mit dem 1,5-Grad-Limit ist die Welt einigermaßen sicher. Schon bei zwei Grad wird es brandgefährlich. Nötig sind schnelle und drastische Einschnitte bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen. Da bei den UN-Verhandlungen Einstimmigkeit erforderlich ist, können einzelne Länder zur Vetomacht werden und Fortschritte blockieren.

**Ungewöhnlicher Gipfel** Um gegenzusteuern und die Länder zu Nachbesserungen zu drängen, hat UN-Generalsekretär António Guterres zu Beginn der Woche zu einem Klima-Sondergipfel nach New York eingeladen. Vieles daran war ungewöhnlich. Das zeigt, wie groß aus Sicht der Vereinten Nationen derzeit die Gefahr ist, dass der klimapolitische Aufbruch des Jahres 2015 Stück für Stück implodiert und den starken Zielen des Paris-Abkommens keine entsprechenden Taten folgen. Schon im Vorfeld machte Guterres in ungewöhnlicher Direktheit eine klare Ansage: „Keine Reden, sondern konkrete Pläne“. Während bei früheren Gipfeltreffen auch ambitionlose Länder die Weltbühne zur Selbstdarstellung nutzen durften, erhielten diesmal nur die Ländervertreter Rederecht, die etwas Neues auf den Tisch legen konnten, um an der Umsetzung des Paris-Abkommens mitzuarbeiten. „Dies ist kein Gipfel, auf dem über Klimawandel gesprochen wird“, sagte Guterres. „Wir hatten genug Gespräche.“ Jetzt gehe darum zu handeln. Demonstrativ stellte der UN-Chef sich an die Seite der protestierenden Jugendlichen von „Fridays for Future“. Die Initiatorin der Bewegung, Greta Thunberg, eröffnete das Treffen mit einer kurzen, eindringlichen Rede. „Meine Botschaft an die Regierenden ist: Wenn ihr versagt, werden wir euch niemals verzeihen“, sagte Thunberg. Parallel zu dem Sondergipfel stellen zudem Wissenschaftler in einem Synthesebericht zusammen, was geschehen muss, um die Klimakrise zu stoppen. Die bislang vorliegenden nationalen Klimapläne reichen mittlerweile nur noch für ein Temperaturlimit von 2,9 bis 3,4 Grad. Um das Zwei-Grad-Ziel zu schaffen, müssten sich die bisherigen Ambitionen verdreifachen, für das 1,5-Grad-Ziel sogar verfünffachen. Immerhin etwa 60 Länder versprechen, im kommenden Jahr fristgerecht höhere Klimaziele zu präsentieren. Weitere elf Länder wollen mit der Arbeit an nachgeschärften Zielen beginnen, darunter Schwergewichte wie Indien und China. Auch von Russland kam Neues. Das Land ratifiziert nun endlich das Paris-Abkommen. Anders als beim Kyoto-Protokoll, dem Vorgängervertrag, verzichtet Russland diesmal darauf, für die verspätete Ratifizierung politische Konzessionen zu verlangen. Einige Länder, darunter Deutschland, bekennen sich nunmehr zur Klimaneutralität ab 2050. Deutschland trat zudem offiziell der globalen Kohleausstiegallianz bei. Kanzlerin Merkel nutzte ihr Rederecht, um das kurz zuvor beschlossene Klimapakett vorzustellen. Zudem kündigte sie eine Erhöhung der deutschen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung auf vier Milliarden Euro an – doppelt so viel wie 2014. Außerdem will Deutschland 1,5 Milliarden Euro in den Green Climate Fund einzahlen. Dies ist allerdings nichts Neues – die Bundesregierung hatte diesen Betrag schon im vergangenen Jahr angekündigt. Den Pariser Klimazielen ist die Weltgemeinschaft damit aber noch nicht näher gekommen. Von den größten Emittenten, den USA und China, kam nichts oder wenig Konkretes. Von den G20-Staaten, die zusammen für 80 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind, haben laut UN-Angaben 14 sich bislang weder zur Klimaneutralität für 2050 bekannt noch Klimapläne vorgelegt, die mit einem Temperaturlimit von 1,5 bis maximal zwei Grad vereinbar sind. Dennoch könnte der Sondergipfel der Durchbruch sein, um zu höheren Ambitionen zu kommen, sagt der Umweltökonom Reimund Schwarze vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. „In New York wurde ein Club der Willigen etabliert“, sagt Schwarze. „Eine Art Pariser Klima-Club ist entstanden, und zwar nicht nur bei langen informellen Gesprächen, sondern als Teil des förmlichen UN-Prozesses.“ Das sei eindeutig ein Fortschritt. „Es ist schon etwas anderes, ob die Staatschefs sich nachts zusammuntun und einen diplomatischen Coup landen oder ob der Generalsekretär erklärt: Das ist jetzt unser Verfahren!“ Die Strategie des Beschämens und Namensnennens, die Guterres nun eingesetzt hat, passt jedenfalls zum Paris-Abkommen. Das Abkommen selbst beruht auf Freiwilligkeit. Jedes Land hat selber festgelegt, wie viel es zum globalen Klimaschutz beitragen kann und will. Nur auf dieser Basis waren die Staaten bereit, einem Klimavertrag zuzustimmen. Damit sich dennoch klimapolitisch etwas tut, kennt das Paris-Abkommen nur einen psychologischen Hebel: durch Vorreiter und Vorbilder oder durch Druck. Bei einem „Club der Willigen“ käme es also nicht darauf an, dass möglichst viele Länder ihm angehören. Entscheidend ist, ob von ihm genügend Impulse für die internationalen Verhandlungsprozesse ausgehen. „Gerade in Verbindung mit ökonomischen Entwicklungen am Energie- und Finanzmarkt hat das jetzt eine Kraft, Staaten anzuziehen und den Beitritt attraktiv zu machen“, sagt Schwarze. Mit Russland ist das jedenfalls schon gelungen.

**Unternehmen haben Pläne** Auch von Unternehmen und Investoren kam Neues. In New York legten fast 90 Firmen mit einem gemeinsamen Wert von mehr als 2,3 Billionen Dollar und einem CO<sub>2</sub>-Emissionsvolumen, das 73 Kohlekraftwerken entspricht, Reduktionsziele vor, die mit dem 1,5-Grad-Ziel übereinstimmen. Und eine Reihe großer Pensionsfonds und Versicherer, die für mehr als zwei Billionen Dollar stehen, versprachen, ihre Portfolios bis 2050 auf Klimaneutralität umzustellen.

Quelle: Global Carbon Project Grafikquelle: Statista 2019 (editiert)



## Perspektive Strukturwandel

**WIRTSCHAFT** Entwurf zur Bewältigung des Kohleausstiegs sorgt für Diskussionen

Der Ausstieg als Chance – dieses Wunschscenario entwirft die Bundesregierung für das Ende der Kohleverstromung und die damit einhergehenden Veränderungen in den betroffenen Regionen gem. Das längst nicht alle Abgeordneten diese Vorstellung teilen, wurde bei der Debatte über den Entwurf eines Strukturstärkungsgesetzes (19/13398) im Bundestag am Donnerstag deutlich. Das Gesetz soll die Bewältigung des Kohleausstiegs in den Regionen regeln. Damit würden die strukturpolitischen Vorschläge der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ aufgegriffen und in ein umfassendes Förder- und Ausgabengesetz gegossen, erklärt die Bundesregierung. Es schaffe einen verbindlichen Rechtsrahmen für die „strukturpolitische Unterstützung der Regionen, insbesondere durch die Gewährung finanzieller Hilfe für Investitionen und weitere Maßnahmen bis 2038“. Der Entwurf soll von einem Gesetz zum

Ausstieg aus der Kohleverstromung flankiert werden. Das nun vorgelegte Mantelgesetz besteht aus dem Stammgesetz „Investitionsgesetz Kohlereionen“ und weiteren gesetzlichen Änderungen. Im Kern geht es um Finanzhilfen für Investitionen der betroffenen Länder, außerdem um Hilfen für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken und das ehemalige Braunkohlerevier Helmstedt. Die im Gesetzentwurf genannten Maßnahmen umfassen ein Volumen von bis zu 40 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2038. Der Kohleausstieg dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen, bekräftigte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Auch deswegen schüre man jetzt dieses Maßnahmenpaket noch vor dem Strukturwandel. Klar sei allerdings auch, dass es die Politik nicht allein richten könne. Daher setze man Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen, sagte der Minister. Er möchte die Möglichkeit von Son-

derabschreibungen für diese Regionen prüfen. Die SPD-Fraktion unterstrich das Innovationspotenzial, das durch das Gesetz gehoben werden könne, und forderte alle zur Mitarbeit an der Ausgestaltung auf. Kritik kam von der Opposition. Die AfD-Fraktion plädierte dafür, bei dem Wandel das lokale Handwerk und den Mittelstand stärker in den Blick zu nehmen. Die FDP-Fraktion vermisste ausreichend Anreize für private Investitionen, während sich die Linksfraktion gegen die Selbstbeteiligung von Kommunen verwahrte. Diese könnten das nicht leisten. Die Grünen kritisierten, dass nicht das Ergebnis der Kohlekommission umgesetzt werde, sondern Schubladendruckprojekte, die nichts mit dem Strukturwandel zu tun hätten. Die Abgeordneten überwiesen den Entwurf an den Wirtschaftsausschuss. Ein Antrag der Linken mit der Forderung, den Kohleausstieg schnell und sozial gerecht umzusetzen (19/7703), wurde abgelehnt. **pez**

## Über Wald und Wipfeln

**NATURSCHUTZ** Der Bundestag befasst sich mit Anträgen zu Wald- und Klimaschutz

Der Bundestag hat sich vergangenen Donnerstag mit dem Wald und seiner Funktion für den Umwelt- und Naturschutz beschäftigt. Anlass für die Debatte lieferten mehrere Oppositionsanträge sowie ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. So fordert die AfD-Fraktion von der Bundesregierung eine waldbauliche Initiative in Kooperation von Bund und Ländern (19/13528). Diese solle die Klein- und Kleinstprivatwaldbesitzer durch einfachere Förderrichtlinien unterstützen, gegebenenfalls durch das Ermöglichen von Sammelanträgen durch mehrere Waldbesitzer. Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen seien bei der Holzvermarktung gezielt zu fördern, wobei die Einschlagsmenge im Frischholzmarkt grossdelt werden sollte. Die Grünen legten mit drei Anträgen nach (19/13538, 19/13079, 19/13078), in denen es unter anderem um ein Klimaschutzgesetz geht, in dessen Zuge Klimaschutz im

Grundgesetz verankert werden soll. Zum Schutz und Stärkung des Waldes solle ein Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro über die nächsten fünf Jahre aufgelegt werden. Damit könne die ökologische Bewirtschaftung von Wäldern gefördert werden, heißt es. Gemeinsam mit den Ländern solle der Bund zudem eine „Zukunftsoffene Wald“ auf den Weg bringen. Schließlich plädieren die Abgeordneten dafür, die Energiesteuerbefreiung für Kerosin für den innerdeutschen gewerblichen Flugverkehr schrittweise abzuschaffen und den für Kerosin bereits festgesetzten Steuersatz schrittweise einzuführen. Die Anträge wurden im Anschluss an verschiedene Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Ein Entwurf der Grünen zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (19/13517) ging an den federführenden Wirtschaftsausschuss. Abschließend befasste sich das Parlament mit einem Antrag der FDP-Fraktion, der

auf „Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz“ abzielt (19/9226). Die Abgeordneten verlangen darin von der Bundesregierung, sich stärker für nachhaltig gewonnene Holzprodukte und die Aufforstung von Wäldern einzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgestimmt wurde über einen Antrag der Linksfraktion mit dem Titel „Soforthilfemaßnahmen für die deutsche Forstwirtschaft“ (19/10287), in dem es um ein Sonderprogramm für Soforthilfemaßnahmen für die deutsche Forstwirtschaft zur Beseitigung von Sturm-, Dürre- und Brandschäden geht. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. **lbr/pez**





# Bitte dableiben

**PFLEGE I** Damit der Branche die Fachkräfte nicht abhanden kommen, will die Bundesregierung Löhne und Arbeitsbedingungen verbessern. FDP und AfD üben heftige Kritik. Grüne und Linke loben die Pläne

Mehr als eine Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in der Alten- und Krankenpflege. Die Löhne sind niedrig, die Arbeit ist hart.

© picture-alliance/Jochen Eckel

Die Prognose ist etwas erschreckend: Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln könnten bis zum Jahr 2035 knapp 500.000 Pflegekräfte im stationären und ambulanten Bereich fehlen. Schaut man sich parallel dazu die Zahl der Pflegebedürftigen an, verwundert das nicht: 2017 waren rund 3,4 Millionen Menschen – und damit 70 Prozent mehr als noch zu Beginn des Jahrtausends – pflegebedürftig. Bis 2060 erwarten Experten einen Anstieg auf 4,5 Millionen. Auch kein Wunder ist es da, dass Hubertus Heil (SPD) zur Eile mahnt. In der Debatte über das Pflegeberufberufsgesetz (19/13395), das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll, betonte der Bundesminister: „Wir dürfen nicht wieder fünf oder zehn Jahre warten. Wir müssen aufhören zu reden, wir müssen jetzt handeln.“ Andernfalls liefern der Pflege weiter die Fachkräfte davon. Heil freute sich, dass er mit dem Gesetz die Möglichkeit bekommt, einen von den Tarifpartnern ausgehandelten Tarifvertrag für ganz Deutschland allgemeinverbindlich zu erklären: „Das führt zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen in der Pflege.“ Die erst in diesem Jahr gegründete Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) verhandelt derzeit mit der Gewerkschaft Verdi über einen solchen Vertrag. Sollte dieser jedoch nicht zustande kommen, „werden wir im nächsten Jahr gesetzliche Lohnuntergrenzen einführen, und zwar nicht nur einen Pflegekleinstlohn für Hilfskräfte, sondern auch für qualifizierte Pflegekräfte“, kündigte der Minister an.

Das Gesetz eröffnet dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beide Wege: die Tarifvertragslösung oder die Kommissionslösung. Für beide Wege müssen entsprechende Vorgaben des Arbeitnehmerentwurfsesetzes (AEntG), die Paragraphen 7 und 12, geändert werden.

**Zwei Möglichkeiten** Bei der Tarifvertragslösung schließen die Tarifpartner einen flächendeckenden Tarifvertrag ab, den das (BMAS) auf Grundlage des AEntG dann für allgemeinverbindlich erklärt. Da in der Branche viele kirchliche Träger aktiv sind, war es im Vorfeld umstritten, wie deren Selbstbestimmungsrecht gewahrt werden soll. Dies soll nun dadurch sichergestellt werden, dass vor Abschluss eines Tarifvertrages die kirchlichen Pflegekommissionen angehört werden müssen. Mindestens zwei Kommissionen repräsentativer Religionsgemeinschaften müssen zustimmen, damit die Tarifpartner die Ausdehnung des Tarifvertrages auf die gesamte Branche beantragen können. Bei der Kommissionslösung wird über höhere Lohnuntergrenzen die Bezahlung in der Pflege insgesamt angehoben. Eine künftig dauerhaft installierte Pflegekommission soll dafür Vorschläge erarbeiten. Diese Mindestlöhne kann das BMAS dann allgemeinverbindlich für die ganze Branche, einheitlich in Ost- und Westdeutschland, festlegen. Nicht nur der Minister, auch Redner der Opposition machten deutlich, dass sie eine Lösung über Tarifverträge als erste Wahl ansehen. Während Grüne und Linke die Initiative der Regierung begrüßten, äußerten AfD und FDP deutliche Kritik. So bezweifelten Uwe Witt (AfD), dass die Unterversorgung

in der Branche tatsächlich so dramatisch sei wie behauptet und der Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dafür auf Werbetour nach Mexiko und Vietnam aufbrechen müsse. Für Witt wie auch Nicole Westig (FDP) stellt der Gesetzentwurf einen Eingriff in die Tarifautonomie dar. Witt hatte folgenden Gegenvorschlag: „Eine bessere Entlohnung ist auch durch eine Umstrukturierung von Arbeitsabläufen, zum Beispiel durch eine stärkere Nutzung der Digitalisierung und Robotik, möglich.“ Was nützen den Pflegekräften zwei Euro mehr pro Stunde, wenn sie mit 50 nicht mehr arbeiten können, fragte er. Nicole Westig betonte, ihre Fraktion sei nicht gegen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, aber die Voraussetzungen würden dafür nicht stimmen. „Die neu gegründete BVAP spricht für weniger als die Hälfte der

Pflegeeinrichtungen und ein Vetorecht für die Kirchen ist ein Novum in der Tarifgeschichte.“ Das Gesetz sei deshalb tarif- und verfassungsrechtlich fragwürdig, sagte Westig. Das sah Peter Weiß (CDU) ganz anders: „Wir bewegen uns im Rahmen dessen, was die soziale Marktwirtschaft ausmacht, denn wir wollen eine Lösung durch die Tarifpartner.“ Diese müssten nun liefern, wenn das Gesetz verabschiedet sei, betonte Weiß. Trotz ansonsten sehr unterschiedlicher Positionen konnten Susanne Ferschl (Die Linke) und Beate Müller-Gemmeke (Grüne) den Ausführungen der FDP-Fraktion in einem Punkt folgen: Alle drei kritisierten nämlich, dass die Frage der Finanzierung von höheren Löhnen nicht ausreichend geklärt sei. „Die Kosten dürfen nicht auf den Eigenanteil der Pflegebedürftigen draufgeschlagen werden, denn der liegt jetzt schon bei durchschnittlich 2.000 Euro pro Monat“, warnte Ferschl. Wenn man aber die medizinische Behandlungspflege in den Heimen von den Krankenkassen finanzieren lasse, könnte man diesen Eigenanteil sofort senken, rechnete sie vor. „Es darf in der Pflege keinen Wettstreit über die Löhne geben. Pflegenden und Pflegebedürftige dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden“, appellierte Müller-Gemmeke. Kerstin Tack (SPD) widersprach der Oppositionskritik. Die Finanzierungsfrage sei mit dem Pflegefördergesetz I in der letzten Legislaturperiode längst geregelt worden. „Dort wird definiert, dass Löhne bei der Aushandlung der Pflegesätze nicht als unwirtschaftlich gelten dürfen und deshalb refinanziert werden müssen“, sagte sie. Claudia Heine

## STICHWORT

### Pflege in Deutschland

> **Fachkräfte** Wissenschaftler rechnen damit, dass bis 2035 rund 500.000 Pflegekräfte fehlen werden.

> **Verdienst** Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von vollzeitbeschäftigten Altenpflegern lag 2019 bei 2.500 Euro. Damit liegt er acht Prozent unter den Verdiensten in der Krankenpflege.

> **Tarifbindung** Nur 20 Prozent der Altenpfleger arbeiten zu Bedingungen eines Tarifvertrages. Vor allem private Träger wehren sich gegen eine Tariflösung.

## Deckel für Unterhaltspflicht in der Sozialhilfe

**PFLEGE II** Erst ab 100.000 Euro Brutto-Jahresverdienst sollen Angehörige an Heimkosten beteiligt werden

Der Bundestag hat vergangene Woche erstmals über das Angehörigen-Entlastungsgesetz (19/13399) der Bundesregierung beraten. Mit diesem sollen Kinder von pflegebedürftigen Eltern, die in einem Heim versorgt werden, finanziell entlastet werden. Das Gesetz sieht vor, dass Eltern und Kinder mit einem Jahresbruttoeinkommen von bis zu 100.000 Euro in der Sozialhilfe künftig nicht mehr für den Unterhalt herangezogen werden sollen. Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern, die die „Hilfe zur Pflege“ erhalten, kann dann erst ab einer Höhe ab 100.000 Euro zurückgegriffen werden. Umgekehrt soll dies auch für Eltern mit volljährigen, pflegebedürftigen Kindern gelten. Der Nachranggrundsatz der Sozialhilfe wird damit erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig wird die Beschränkung des Unterhaltsrückgriffs auch auf die anderen Leistungen des SGB XII ausgedehnt, soweit keine minderjährigen Kinder betroffen sind. Die Begrenzung des Unterhaltsrückgriffs soll auch in der Eingliederungshilfe durch einen Verzicht auf Elternbeiträge bei volljährigen Leistungsbeziehern gelten.

Darüber hinaus enthält der Entwurf verschiedene Vorgaben, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. So soll unter anderem die unabhängige Teilhabeberatung dauerhaft sichergestellt werden. Menschen, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, sollen künftig mit einem Budget für Ausbildung gefördert werden.

**Kommunen entlasten** Kerstin Griese (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, betonte: „Jeder weiß, wie belastend eine Pflegesituation sein kann. Wir sorgen dafür, dass nicht auch noch finanzielle Sorgen dazukommen.“ Das Gesetz sei eine echte Entlastung für die Familien, sagte sie. Jürgen Pohl (AfD) kritisierte die Vernachlässigung der häuslichen Pflege. Die meisten Menschen würden aber zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt und diese habe das Gesetz nicht im Blick. Er warnte außerdem davor, die Kommunen noch stärker zu belasten und forderte, die Finanzierung zu klären.

Nicole Westig (FDP) forderte ebenfalls, das Gesetz dürfe die Kommunen nicht überfordern. Zudem sei es „irreführend“, von einem Angehörigen-Entlastungsgesetz zu reden. 76 Prozent der pflegebedürftigen Menschen würden zu Hause gepflegt, dort seien die Angehörigen körperlich, psychisch und finanziell oft am Limit. „Wir können es uns aber nicht leisten, diese Angehörigen im Regen stehen zu lassen“, sagte Westig. Pia Zimmermann (Die Linke) verwies darauf, dass das Gesetz nur wenige Angehörige wirklich entlaste, denn den rund drei Millionen Menschen, die zu Hause selber pflegen, helfe es nicht. Auch werde es keinen einzigen Menschen mit Pflegebedarf weniger geben, der Sozialhilfe beantragen muss. „Hier geht es nicht um ein Generationenproblem, sondern um die Frage, ob Pflege weiterhin arm macht“. Sie forderte eine Pflegevollversicherung und die generelle Abschaffung der Eigenanteile, um allen Beteiligten wirklich zu helfen.

**Ziele der SPD** Torbjörn Kartes (CDU) sagte, viele Pflegebedürftige, die eigentlich in einem Heim besser versorgt wären, würden den Umzug in ein Heim bisher meiden, aus Sorge davor, dass ihre Angehörigen dann dafür zahlen müssten. „Diese Angst wollen wir ihnen nehmen. Das heißt aber nicht, dass die Pflege jetzt in großem Stil von der eigenen Wohnung ins Heim verlagert wird. Das glaube ich nicht“, sagte er. Katja Mast (SPD) betonte, ihre Fraktion wolle im Bereich der Pflege noch viel mehr erreichen: „Wir wollen, dass der Eigentümer in der Heim-Pflege gedeckelt wird und wir wollen eine Pflegebürgerversicherung, weil wir nicht verstehen, warum wir in der Gesellschaft Unterschiede bei der Finanzierung der Pflege haben.“

Corinna Ruffer (Grüne) bezeichnete das Ziel des Gesetzes als „gut und richtig“, denn es gehe schlicht um die Würde der Pflegebedürftigen. Sie kritisierte jedoch, dass es für Eltern minderjähriger pflegebedürftiger Kinder keine Entlastung geben soll: „Sie müssen weiterhin dafür bezahlen, wenn sie erreichen wollen, dass ihr Kind wie alle anderen gesellschaftlich teilhaben will.“ che

## Einheit im Ruhestand

**RENTEN** Linke fordert Westniveau für Ostrenten

Sofortige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau und ein höherer Mindestlohn: Mit ihren Forderungen in einem Antrag zur Rentenpolitik (19/10285), den die Linke vorgelegt und über den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat, konnte sie bei den übrigen Fraktionen nicht punkten.

In ihrer Rede forderte Gesine Lötzsch (Die Linke), „die Rentenmauer“ müsse „endlich weg“. Die Altersarmut in Ostdeutschland sei eine Folge der Politik Helmut Kohls und der Arbeit der Treuhänder, sie hätten „dramatische Massenarbeitslosigkeit“ und „brutale Arbeitsplatzvernichtung“ zur Folge gehabt. „Die geplante Abschaffung des Umrechnungsfaktors kommt einer Rentenkürzung gleich“, sagte Lötzsch. Für die Union warf Max Straubinger der Linken vor, die Errungenschaften des Aufbaus Ost außer Acht zu lassen. Die Rentenüberleitung sei eine „Erfolgsgeschichte“. Seit 1992 sei der Rentenwert im Osten von 51 Prozent auf 96,5 Prozent angestiegen. Inzwischen gebe es in westdeutschen Grenzregionen ähnliche Einkommensverhältnisse wie in Teilen Ostdeutschlands. „Eine weitere Höherbewertung wäre deshalb eine große Ungerechtigkeit.“ Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte, die Linke wolle mit ihrem Antrag lediglich

den Parteifreunden in Thüringen Wahlkampfhilfe für die anstehende Landtagswahl leisten. „Sie haben einen Schaufens-terantrag vorgelegt“, kritisierte sie.

**Wertschätzung** Die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe stellte fest: Bei der Rentenangleichung gehe es auch um Wertschätzung. Die Regierung habe ein bundeseinheitliches Rentensystem ab 2025 beschlossen. Nach dem Willen der Linken sollten Ostdeutsche für einen Rentenpunkt aber dennoch weniger einzahlen müssen. Der Liberale Johannes Vogel sagte, der Antrag würde dazu führen, dass ein gut verdienender Ingenieur in Leipzig mit jedem eingezahlten Euro einen höheren Rentenanspruch erwerbe als eine Pflegekraft in Düsseldorf. „Das ist keine Überwindung der Spaltung, sondern schafft eine neue“, betonte Vogel. Markus Kurth (Grüne) monierte, es sei „traurig“, dass die Linke wegen der Thüringen-Wahl ein „Zerrbild“ entwerfe. Allein im Jahr 2017 habe die Höherbewertung der Ostrenten 29 Milliarden Euro gekostet. Diese sei lange berechtigt gewesen, aber inzwischen habe Jena ein jährliches Bruttoinlandsprodukt von 40.000 Euro pro Kopf, Herne dagegen liege bei 23.000 Euro, rechnete er vor. suk

## Streit über falsche und richtige Anreize

**ARBEITSLOSENGELD** Die AfD fordert, die maximale Bezugsdauer zu verlängern und erntet dafür heftige Kritik aus den anderen Fraktionen

Die AfD möchte bei der Arbeitslosenversicherung die Arbeits- und Lebensleistung der Einzahler stärker würdigen. In einem Antrag (19/13520), der am vergangenen Freitag erstmals vom Bundestag beraten wurde, fordert sie eine gestaffelte Verlängerung der maximalen Bezugsdauer nach geleisteten Beitragsjahren. Die Reaktionen der übrigen Fraktionen in der Debatte darauf waren harsch.

Der AfD-Abgeordnete Sebastian Münzenmaier sagte in seiner Rede, „den fleißigen Bürgern des Landes“ werde man nicht gerecht, während Menschen „fürstlich al-

mentiert“ würden, die „das Wort Arbeit nicht einmal buchstabieren können“. Die aktuelle Rechtslage in der Arbeitslosenversicherung sei nicht gerecht, weil es die Lebenslage der Arbeitnehmer nicht berücksichtige. Man müsse nun das „Versicherungsprinzip stärken“, in dem die Bezugsdauer an die Einzahlungsdauer gekoppelt werde. In dem Antrag heißt es, sowohl aus dem Gerechtigkeitsempfinden wie auch aus dem Versicherungsprinzip heraus müsse berücksichtigt werden, dass Menschen, die länger in die Sozialversicherung eingezahlt hätten, auch Anspruch auf eine längere Bezugsdauer haben müssten. Seine Fraktion habe die Staffelung „bewusst offen“ gelassen, um Kompromissbereitschaft zu zeigen, erläuterte Münzenmaier. Es sei falsch, den Bezug des Arbeitslosengeldes an die geleisteten Beitragsjahre zu koppeln, weil man so falsche Anreize

schaffe, länger in der Arbeitslosigkeit zu bleiben, sagte dagegen Matthias Zimmer (CDU). Schon jetzt bevorzuge die Arbeitslosenversicherung Menschen, die über 50 Jahre alt seien, dies sei auch „in Ordnung“. Der Antrag belege die „programmatische Insolvenz“ der AfD. Der Liberale Johannes Vogel wies darauf hin, dass die AfD in ihrem Antrag auf mehr als fünf Seiten die geltende Rechtslage referiere und für ihre eigentliche Forderung nur seinen Satz aufwende. Was wie für wen getan werde solle, bleibe komplett offen. Grundsätzlich sei die von der AfD geforderte Idee im Bundestag schon mehrfach diskutiert worden: Alle wissenschaftlich mit der Frage befassten Forschungsinstitute hätten sie abgelehnt, so Vogel. Für eine längere Anspruchszeit bei längerer Einzahlung ist grundsätzlich auch die SPD. Das betonte Dagmar Schmidt: Damit solle

die Leistung der Menschen anerkannt und ihr Engagement unterstützt werden. Ihre Fraktion habe dazu den Vorschlag für ein „Arbeitslosengeld Q“ gemacht, dazu müssten aber unabdingbar auch ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf Weiterbildung kommen. Sabine Zimmermann (Die Linke) monierte, die AfD sei nicht die Partei des kleinen Mannes. Um die Menschen zu unterstützen, müsse der Zugang zum Arbeitslosengeld I erleichtert und bessere Standards auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden. Der Antrag sei „völlig ohne Substanz“ und enthalte falsche Details, sagte sie.

Für Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) unterstreicht der Antrag die „sozialpolitische Inkompetenz“ der AfD. So werde verkannt, dass es sich bei der Arbeitslosenversicherung um eine Risikoversicherung handle. Daher sei der vorliegende Vorschlag



Rund 750.000 Menschen bekamen im August Arbeitslosengeld I.

© picture-alliance/dpa

„Unsinn“. Um die Arbeitslosenversicherung zu verbessern, müsse man an ganz anderen Punkten ansetzen: Etwa am besse-

ren Zugang, damit nicht so viele Arbeitslose wie bisher direkt in denartz-IV-Bezug fallen würden. Susanne Kailitz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**KURZ NOTIERT**

**Hebammen bekommen akademische Ausbildung**

Geburtsheiferinnen sollen künftig eine duale Ausbildung aus wissenschaftlichem Studium und beruflicher Praxis durchlaufen. Das besagt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/13588), der in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen verabschiedet wurde. Das Studium wird mit einem Bachelor und einer staatlichen Prüfung abgeschlossen. Praxiseinsätze sind im Krankenhaus und im ambulanten Bereich vorgesehen. *pk*

**Psychotherapeuten mit eigenem Studiengang**

Die Ausbildung der Psychotherapeuten wird neu geregelt. Es wird ein eigenständiges Studienfach, das fünf Jahre dauert und mit einer staatlichen Prüfung abschließt. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor (19/13585), der vergangene Woche mehrheitlich gebilligt wurde. Der neue Studiengang soll erstmals zum Wintersemester 2020 angeboten werden. Auf das Studium folgt eine Weiterbildung, wobei die Behandlungsleistungen der Psychotherapeuten in Weiterbildung vergütet werden. *pk*

**Medizinischer Dienst wird neu organisiert**

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) soll von den Krankenkassen abgekoppelt werden. Darauf zielt das MDK-Reformgesetz (19/13397) der Bundesregierung ab, das in der vergangenen Woche erstmals beraten wurde. Die 15 Dienste in den Ländern sollen künftig eine eigenständige Körperschaft bilden. Auch der Medizinische Dienst des GKV-Spitzenverbandes (MDS) wird vom Verband abgelöst. Damit soll die Unabhängigkeit des MDK gestärkt werden. Der MDK befasst sich unter anderem mit der Pflegebegutachtung und entscheidet über die Pflegebedürftigkeit. *pk*

**Implantateregister soll mehr Sicherheit bringen**

Die in der vergangenen Woche beschlossene Einrichtung eines Implantateregisters soll die Sicherheit für Patienten erhöhen. Laut dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/13589) werden in dem Register künftig beispielsweise Angaben zur Haltbarkeit und Qualität des implantierten Hilfsmittels gespeichert. So soll bei Komplikationen oder Rückrufen schneller reagiert werden können. Für Gesundheitseinrichtungen, Krankenkassen und Patienten ist die Meldung an das Register verpflichtend. Hersteller müssen ihre Produkte in der Datenbank registrieren. *pk*

**AfD fodert Distanzierung von »Antifa«**

„Antirextemistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft – Rechtsstaat und Demokratie schützen – Antifa ähnen“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion (19/13521), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand. Danach soll sich das Parlament von „jeglichen Strömungen“ distanzieren, die das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip sowie das staatliche Gewaltmonopol ablehnen. Insbesondere sollen sich die Abgeordneten nach dem Willen der AfD-Fraktion auch von Strömungen wie der „Antifa“ oder „Antifaschistischen Aktion“ distanzieren. *sto*

**Grüne für aktives Wahlrecht ab 16 Jahren auf Bundesebene**

Die Grünen-Fraktion will bei Bundestags- und Europawahlen künftig auch 16- und 17-Jährigen das aktive Wahlrecht zugestehen. Dies geht aus Gesetzentwürfen der Fraktion zu entsprechenden Änderungen des Grundgesetzes (19/13512) sowie des Bundestagswahlgesetzes (19/13513) und des Europawahlgesetzes (19/13514) hervor, die der Bundestag am Freitag in erster Lesung behandelte. *sto*

**Bundesregierung will moderneres Besoldungsrecht**

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf „zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ (19/13396) vorgelegt, den der Bundestag vergangene Woche ebenso wie einen FDP-Antrag „für einen modernen und attraktiven Öffentlichen Dienst“ (19/13519) an die Ausschüsse überwies. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem eine „strukturelle Verbesserung und Erhöhung von Stelvenzulagen“ vor. *sto*



Für Menschen mit einer Nierenfunktionsstörung ist die Dialyse (hier im Bild) oft die einzige Rettung. Mehr als 7.500 Patienten in Deutschland warten derzeit auf eine Spenderniere. *picture-alliance/dpa*

# Ausgang völlig offen

**ORGANSPENDE** Experten streiten über den richtigen Weg und nennen gewichtige Argumente

Es war voll im Saal, als vergangene Woche die Expertenanhörung zu den beiden Gesetzentwürfen über eine neue gesetzliche Grundlage für die Organspende anstand. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) war höchstselbst gekommen, um sich ein Bild von der Gefechtslage für die Organspende an- und zu machen, die so eindeutig nicht ist. Es scheint tatsächlich völlig offen, welches Konzept sich im Bundestag durchsetzt, wenn alsbald über die konkurrierenden Entwürfe fraktionsoffen abgestimmt wird. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Eine Gruppe von Abgeordneten um die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock strebt mit ihrem Entwurf (19/11087) eine Stärkung der Entscheidungsbevollmächtigung an. So soll Bürger über ein Online-Register die Möglichkeit gegeben werden, ihre Entscheidung einfach zu dokumentieren, zu ändern und zu widerrufen. Die Abgabe einer Erklärung zur Organ- und Gewebespende soll künftig auch in Ausweisstellen möglich sein. Hausärzte sollen ihre Patienten regelmäßig zur Eintragung in das Register ermutigen. Eine zweite Gruppe um Spahn und den SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach will mit ihrem Entwurf (19/11096) eine doppelte Widerspruchslösung einführen. Demnach gilt jeder Bürger als möglicher Organspender, der zu Lebzeiten keinen Wi-

derspruch erklärt hat. Wenn zugleich auch dem nächsten Angehörigen kein entgegenstehender Wille bekannt ist, gilt die Organentnahme als zulässig. Auch hier sollen Bürger die Möglichkeit haben, ihre Erklärung in ein Online-Register einzutragen. Die AfD-Fraktion verlangt in einem Antrag (19/11124) eine Vertrauenslösung für die Organspende. Die Abgeordneten fordern unter anderem, mit der Koordination und Vermittlung der Organe eine unabhängige öffentlich-rechtliche Institution zu betreiben, um das aus ihrer Sicht verbreitete Misstrauen in das jetzige System abzubauen.

**»Die Widerspruchslösung schafft Verbindlichkeit und Sicherheit.«**

Kai-Uwe Eckardt, Arzt

**Ärzte schlagen Alarm** Die Bundesärztekammer (BÄK) machte sich für die Widerspruchslösung stark und argumentierte, es könne von Bürgern erwartet werden, sich mit Fragen der Organ- und Gewebespende auseinanderzusetzen und sich verbindlich dafür oder dagegen zu entscheiden. Der Nephrologe Kai-Uwe Eckardt von der Berliner Charité nannte die jetzige Lage katastrophal. Die mittlere Wartezeit auf eine Niere liege an der Charité bei rund neun Jahren. Die Entscheidungslosigkeit würde keine substantielle Verbesserung bringen. Auch wäre es problematisch, das sensible Thema der Organspende in die Nähe der Verwaltungsbürokratie zu rücken, erklärte Eckardt mit Blick auf die mögliche Entscheidung bei der Antragstellung für einen Ausweis. Die Widerspruchslösung schaffe hingegen in Verbindung mit

dem Register ein viel höheres Maß an Verbindlichkeit und Sicherheit. Die Bürger hätten so Gewissheit, dass ihr Wille respektiert werde. Der Verfassungsrechtler Friedhelm Hufen von der Universität Mainz räumte ein, dass die Widerspruchsregelung einen Eingriff in die freie Entfaltung der Persönlichkeit in Gestalt des Rechts auf Nichtbefassung und Nichtentscheidung bedeute. Jedoch werde das Recht auf Nichtbefassung in der verfassungsgemäßen Ordnung eingeschränkt. Insgesamt sei die Einführung der Widerspruchslösung verfassungsrechtlich unbedenklich, sofern im Verfahren Missbrauch und Irrtum ausgeschlossen würden. Ein Vertreter von Eurotransplant sagte, Deutschland profitiere enorm von Organ-Importen. Andere Länder verstünden nicht, weshalb Deutschland in einer so „desperaten Lage“ nicht auf die Widerspruchslösung setze, wie andere europäische Staaten auch.

**»Schweigen kann nicht als Zustimmung gewertet werden.«**

Eugen Brysch, Patientenschutz

**Ethische Bedenken** Eine andere Auffassung vertrat der Verfassungsrechtler Winfried Kluth von der Universität Halle-Wittenberg. Dem Gesetzgeber stehe nach derzeitiger Verfassungsrechtslage kein Recht zu, eine solidarische Verhaltenspflicht aufzuerlegen, die in höchstpersönliche Rechte eingreife. Insofern sei der Entwurf zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft vorzuziehen, weil er keine verfassungsrechtlichen Probleme aufwerfe und dazu beitrage, die Bereitschaft zur Organ-

spende in einen praktischen Entschluss zu überführen. Kritik an der Widerspruchslösung kam auch vom Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch, der darauf hinwies, dass Schweigen nicht als Zustimmung gewertet werden könne. Dies gelte sowohl im Verbraucher- und Datenschutz wie auch im Medizinrecht. Von einer doppelten Widerspruchslösung könne keine Rede sein, vielmehr verlöre die Angehörigen im Vergleich zur bestehenden Rechtslage die Möglichkeit, eine eigene Entscheidung zu treffen, sofern keine schriftliche oder mündliche Willensbekundung des potenziellen Spenders bekannt sei. Brysch sprach sich zugleich für eine grundlegende Reform des Transplantationssystems aus, das von der Selbstverwaltung in die Hände einer staatlichen Institution gelegt werden sollte.

**Verfahrensfragen** An der Bezeichnung doppelte Widerspruchslösung stieß sich auch der Ethiker Peter Dabrock. Diese sei geradezu irreführend, da den nahen Angehörigen eben explizit kein eigenes Entscheidungsrecht zuerkannt werde. Sofern den Angehörigen die Einstellung des potenziellen Spenders nicht bekannt sei, könne nach dem Entwurf transplantiert werden. Dabrock sprach in der Anhörung von einem „eklatanten Etikettenschwindel“ und kam zu dem Schluss, der Gesetzentwurf sei angesichts der damit verbundene

gesellschaftlichen Auswirkungen unverhältnismäßig. Nach Ansicht der beiden großen Kirchen in Deutschland ist eine grundlegende Reform der Organ Spendenpraxis zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig. Der Handlungsbedarf bestehe vorrangig in Bezug auf strukturelle und organisatorische Aspekte im Transplantationsverfahren. Das im April verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Strukturen bei der Organspende setze an der richtigen Stelle an.

**Besser abwarten** Die Auswirkungen dieser Novelle sollten abgewartet und evaluiert werden, bevor weitergehende Änderungen in Erwägung gezogen würden, erklärten die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und das Kommissariat der deutschen Bischöfe. Die Kirchen sehen erhebliche rechtliche und ethische Bedenken bei der Widerspruchslösung. Die Entscheidungslosigkeit sei besser geeignet, das Vertrauen in die Organspende zu stärken. Pfarrer Hans Martin Wirth berichtete in der Expertenanhörung, er habe wegen eines Nierenversagens vor Jahren eine Spenderniere erhalten, mit der er elf Jahre lang ein weitgehend normales Leben führen konnte. Inzwischen müsse er wieder zur Dialyse und hoffe auf ein neues Spenderorgan. Gleichwohl lehne er die Widerspruchsregelung ab, denn: „Hier wird auf die Trägheit und Unentschlossenheit der Menschen gesetzt.“ Mit Wirth warten rund 9.500 schwer kranke Patienten in Deutschland auf ein rettendes Spenderorgan, die meisten auf eine Niere. 2018 gab es nur 955 postmortale Organspender. *Claus Peter Kosfeld*

## App auf Rezept

**GESUNDHEIT** Von der Digitalisierung sollen auch die Patienten stärker profitieren

In der Gesundheitsversorgung sollen gezielt digitale Anwendungen eingesetzt werden. Die Patienten können sich künftig bestimmte Gesundheits-Apps vom Arzt verschreiben lassen. Das sieht der Entwurf für das sogenannte Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) (19/13438) vor, über das die Abgeordneten am vergangenen Freitag in erster Lesung beraten haben. Das Verfahren soll möglichst unbürokratisch organisiert werden. So soll zunächst das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die APP auf Datensicherheit und Funktionalität überprüfen. Ein Jahr lang wird sie dann vorläufig von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erstattet. Während dieser Zeit muss der Hersteller nachweisen, dass seine Anwendung die Versorgung verbessert. Wie viel Geld der Hersteller erhält, verhandelt er selbst mit dem GKV-Spitzenverband.

**Infrastruktur** Darüber hinaus soll das digitale Netzwerk ausgebaut werden. Apotheken werden bis Ende September 2020 und Krankenhäuser bis Anfang Januar 2021 dazu verpflichtet, sich an die Telematikinfrastruktur (TI) anschließen zu lassen. Hebammen und Physiotherapeuten, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen können sich freiwillig anschließen lassen. Die

Kosten für die freiwillige Anbindung werden erstattet. Ärzte, die sich nicht anschließen lassen wollen, müssen ab März 2020 mit einer höheren Kürzung ihrer Honorare von 2,5 Prozent rechnen.

**Gezielte Anreize** Vorgesehen ist auch die Förderung von Videosprechstunden. Ärzte sollen künftig auf ihrer Internetseite auf solche Angebote hinweisen dürfen. Um die Papierflut einzudämmen, wird zudem die elektronische Heil- und Hilfsmittelverordnung eingeführt. Mit einer Anpassung der Honorare soll es für Ärzte attraktiver werden, einen Arztbrief elektronisch zu übermitteln statt per Fax. Der freiwillige Beitritt zu einer gesetzlichen Krankenkasse soll auch elektronisch möglich werden. Schließlich wird der sogenannte Innovationsfonds zur Förderung neuer Versorgungsformen bis 2024 mit 200 Millionen Euro jährlich verlängert. Die Laufzeit des 2015 beschlossenen Fonds war zunächst auf die Jahre 2016 bis 2019 begrenzt.

In der Beratung zeigte sich auch die Opposition grundsätzlich offen für neue digitale Angebote im Gesundheitswesen, sofern die Datensicherheit gewährleistet ist. Die Grünen-Fraktion legte ein eigenes umfangreiches Konzept (19/13539) vor. Maria Klein-Schmeink beklagte, es mangle an einer

Gesamtstrategie. Zudem fehlten Regelungen für die geplante Elektronische Patientenakte (ePA), das eigentliche Kernstück der Digitalisierung, weil der ursprünglich vorgesehene Datenzugriff viel zu weitreichend und nicht im Interesse der Patienten ausgefallen sei. Auch Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) forderte, sensible Daten in der ePA müssten individuell einsehbar sein, nicht automatisch für alle Ärzte. Die Datenhoheit gehöre in die Hand der Patienten. Sabine Dittmar (SPD) schwärmte: „Wir stehen an der Schwelle zu einem epochalen Wandel der Gesundheitsversorgung.“ Achim Kessler (Linke) warnte hingegen vor einem schwer kontrollierbaren Datenfluss und großen technischen Umsetzungsproblemen. Jörg Schneider (AfD) argumentierte im Gegenzug, mit der digitalen Auswertung großer Datenmengen könnten ganz neue Therapieansätze entwickelt werden. Auch Tino Sorge (CDU) betonte, es gehe auch darum, viele wertvolle Daten endlich nutzbar zu machen. *pk*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

### Grenzüberschreitende Verwaltungskooperation

**Verwaltungskooperation in der Europaregion**  
Potenziale ohne Grenzen?

Nomos

**Verwaltungskooperation in der Europaregion**  
Potenziale ohne Grenzen?

Herausgegeben von Prof. Dr. Peter Bußjäger, Prof. Dr. Esther Happacher und Prof. Dr. Walter Obwexer

2019, 220 S., brosch., 44,- €  
ISBN 978-3-8487-5510-3  
(Grenz-Räume, Bd. 2)  
nomos-shop.de/40623

Kooperation ist für die moderne Verwaltung Herausforderung und Notwendigkeit. Sie stößt immer wieder auf Hürden, die entweder rechtlich oder durch verschiedene Verwaltungskulturen bedingt sind. Die Publikation untersucht am Beispiel der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino die Verwaltungskooperation im grenzüberschreitenden Rahmen.

[www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)  
**Nomos**  
 Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Im nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt in Düsseldorf hatten Fahnder Anis Amri bereits 2015 auf dem Schirm.

© picture-alliance/dpa / Rolf Vennenbernd

# Er blieb auf freiem Fuß

## FALL AMRI LKA-Beamte berichten über Ermittlungen zum späteren Attentäter

Wie gerne hätte er den Mann schon damals aus dem Verkehr gezogen. Ihn zurück nach Tunesien schaffen lassen. Oder wenigstens in Deutschland hinter Schloss und Riegel gebracht. Es war Ende 2015 und in den ersten Monaten des Jahres 2016, als im nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt (LKA) Kriminalhauptkommissar Z. mit Anis Amri zu tun hatte, dem späteren Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz. Dem Amri-Untersuchungsausschuss berichtete er in der vorigen Woche vom Scheitern seiner Bemühungen. Im Spätherbst 2015 arbeitete Z. der Ermittlungskommission (EK) „Ventum“ zu. Dort ging es um fünf Islamisten, die verdächtig waren, Rekruten für den Heiligen Krieg in Syrien anzuwerben. „Im Dunstkreis dieser Personengruppe“ sei irgendwann im November Amri aufgetaucht und „gewann zunehmend an Relevanz“. Die Fahnder entschlossen sich, ihn als „Nachrichtenmittler“ einzustufen und seine Kommunikation zu überwachen. Was sie dabei erfuhren, war erschreckend.

»Wir wollten versuchen, Amri von der Straße weg zu bekommen.«

Zeuge Z., Kriminalhauptkommissar

Ende 2015 erwischten sie Amri beim Surfen im Internet, wo er sich für Bastelanleitungen zur Herstellung von Sprengsätzen und Handgranaten interessierte. Im Februar 2016 wurden sie Zeugen eines Austauschs Amris mit tunesischen Landsleuten, die offenbar in Libyen für den „Islamischen Staat“ (IS) kämpften. Amri teilte mit, er wolle demnächst „heiraten“, was im dschihadistischen Sprachgebrauch bedeutet, dass er einen Anschlag vorbereitete. Auch der Begriff „Dugma“ fiel, der den „Opfergang“ eines Selbstmordattentäters bezeichnet. Amris Kommunikationspartner empfahl, noch nicht zu heiraten, sondern zunächst den Rat eines erfahrenen Islamisten zu suchen. „Wir sehen uns dann im Paradies“, lauteten seine Abschiedsworte. „Es war zunehmend klar, dass von Amri eine große Gefahr ausgehen könnte“, fasste der Zeuge seine Erkenntnisse zusammen. Er formulierte den Entwurf einer Abschiebungsanordnung nach Paragraph 58a Aufenthaltsgesetz, der eine oberste Landesbehörde ermächtigt, einen Ausländer auch ohne vorherige Ausweisung außer Landes zu schaffen, wenn von ihm ein Sicherheitsrisiko zu befürchten ist. Er habe, sagte der Zeuge,

von der Existenz dieses Paragraphen zunächst nichts gewusst und sei erst in der nordrhein-westfälischen Sicherheitskonferenz, wo Vertreter von Polizei und Ausländerbehörden regelmäßig zusammensitzen, darauf aufmerksam geworden. Allerdings war der Paragraph noch nie angewandt worden, und auch die nordrhein-westfälischen Behörden scheuten sich, einen in ihren Augen rechtlich riskanten Präzedenzfall zu schaffen. Ende März 2016 empfahl daher die Sicherheitskonferenz, Amri auf „konventionellem“ Wege durch Ablehnung seines Asylantrags mit anschließender Ausweisung loszuwerden. Mittlerweile hatte sich der Zeuge Z. mit Amris kriminellem Alltag befasst und unter anderem festgestellt, dass der Mann allein in Nordrhein-Westfalen unter verschiedenen Falschnamen 3404,81 Euro nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu Unrecht ergattert hatte. Im April 2016 formulierte er eine Anzeige wegen „gewerbsmäßigen Betrugs“, verbunden mit der Empfehlung, Amri in Untersuchungshaft zu nehmen: „Wir wollten versuchen, Amri von der Straße weg zu bekommen, weil wir von seiner Gefährlichkeit ausgingen.“ Gemeinsam mit dem Leiter der EK „Ventum“ bemühte sich der Zeuge am 20. April persönlich zur Staatsanwaltschaft in Duisburg, um die Anzeige abzuliefern, und zwar nicht bei einem für Betrugsdelikte zuständigen, sondern bei einem mit politi-

schen Straftaten befassten Staatsanwalt, von dem er sich besonderes Verständnis für die Brisanz des Falles erhoffte. Er hoffte vergebens. Die Justiz rechnete die Summe, um die Amri den Staat geschädigt habe, auf 200 Euro herunter und fand einen Haftbefehl dafür nicht angemessen.

**Widersprüchlich** Mit einem weiteren Zeugen, Kriminaloberkommissar E., hatte der Ausschuss Gelegenheit, den seltsamen Fall einer völlig widersprüchlichen Realitätswahrnehmung durch nordrhein-westfälische Polizeibehörden zu erörtern. Hat das LKA Ende 2015 Ermittlungen des Staatsschutzes in Krefeld gegen Amri gestoppt?

Das hatte im März ein Polizeihauptkommissar aus Krefeld dem Ausschuss berichtet und E. als denjenigen genannt, der ihn damals aus dem LKA angerufen und zum Stillhalten verdonnert habe. Bei seinem Auftritt in der vorigen Woche widersprach E. mit Nachdruck: „Ich kann mir nicht erklären, wie der Kollege zu dieser Wahrnehmung kommt.“ Er habe zwar bei der Krefelder Polizei angerufen, die auf den Hinweis eines Mitbewohners Amris hin einen diesen betreffenden „Prüffall Islamismus“ angelegt hatte, jedoch keineswegs, um deren Aktivitäten zu unterbinden. Er habe vielmehr eine Kooperation im Auge gehabt. **Winfried Dolderer** ■

### STICHWORT

#### 1. Untersuchungsausschuss

**> Vorsitz** Seit der vorigen Sitzung steht der Untersuchungsausschuss zum Breitscheidplatz-Attentat unter neuer Leitung. Der Berliner Christdemokrat Klaus-Dieter Gröhler (Foto rechts) hat seinen Fraktionskollegen Armin Schuster im Vorsitz abgelöst. Gröhler ist seit 2013 Mitglied des Bundestages.

**> Weitere Wechsel** Für Schuster ist der Abgeordnete Alexander Throm (CDU) nachgerückt. Bei der AfD amtiert Lars Herrmann als neuer Obmann. Dem Ausschuss gehören neun Bundestagsabgeordnete als ordentliche Mitglieder und neun Parlamentarier als stellvertretende Mitglieder an.



© DBP/Andreas Meide

## »Von Besonderheiten und Merkwürdigkeiten geprägt«

### BERATERAFFÄRE Früherer Vergabe-Jurist der HIL GmbH berichtet dem Untersuchungsausschuss von Ungereimtheiten bei Ausschreibungsverfahren

Kommt der Prokurist zum Geschäftsführer. Der Chef lotst seinen Besucher vor das Büfenster mit der herrlichen Aussicht über das Bonner Rheintal. Viele Windmühlen hätten da einst gestanden, sagt er. Und fragt seinen Top-Mitarbeiter, ob er denn losreiten wolle wie Don Quichotte. Wie ein Kämpfer gegen Windmühlenflügel wirkt Norbert Dippel freilich keineswegs, wie er als Zeuge im Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses beredt von seinen letzten Monaten als ausgefuchster Vergabe-Jurist der HIL GmbH berichtet, der bundeseigenen Gesellschaft für Heeres-Instandsetzungs-Logistik. 2.500 Beschäftigte bringen in den drei Werken in St. Veltens, Darmstadt und Doberlug-Kirchhain Panzer und anderes Gerät wieder auf Vordermann. Zwölf Jahre lang hat Dippel die Vergabe größerer Aufträge mit Volumina von mehr als 400.000 Euro erfolgreich gemanagt. Dann wurde er nach eigenem Bekunden gehörig gemobbt. Jetzt arbeitet er als freiberuflicher Rechtsanwalt.

Nicht wie Don Quichotte, aber unbeugsam in seinem Kampf für Recht und Regeln bei der Auftragsvergabe – ob es dem Verteidigungsministerium passt oder nicht: Dieses Bild vermittelte er vergangene Woche als Zeuge in der Ausschusssitzung. Die Abgeordneten beschäftigten sich mit einem Verfahren, das nach Dippels Darstellung „von Anfang an von Besonderheiten und Merkwürdigkeiten geprägt“ gewe-

sen ist. Die HIL habe im Februar 2016 vom Ministerium den Auftrag bekommen, eine Ausschreibung einzuleiten für externe Beratung zur Zukunft der Werke – mit der Bandbreite vom Weiterbetrieb durch die Gesellschaft bis hin zum Verkauf. Vier Bieter hätten sich gemeldet. Dann habe das Ministerium darauf gedrängt, zusätzlich noch eine bestimmte Anwaltskanzlei zu berücksichtigen.

Wie sich später herausgestellt habe, sollte sie nach seiner Einschätzung den schon von vornherein angepeilten Verkauf der Werke abwickeln. Mit einer „getürkten Vergabe im Millionenwert“ hätten leitende Beamte im Verteidigungsministerium die Transaktion durchdrücken wollen. Nach seinem Eindruck war die Privatisierung ein Anliegen der früheren Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder. Schließlich habe sich die Lage zugespitzt. Mehrfach habe er von leitenden Beamten aus dem Ministerium Anrufe bekommen, der zuständige Unterabteilungsleiter wünsche die Beauftragung der fraglichen Kanzlei. Er habe sich gesperrt und „die Faxen dicke gehabt“, sagte der Zeuge. Schließlich fühle er sich „zu Recht und Gesetz verpflichtet“. Er habe, berichtete Dippel, bei den Anrufern aus dem Ministerium nachgefragt, ob er denn die Vergabe so manipulieren solle, dass die Kanzlei den Zuschlag bekäme. Die Antwort nach seinen Worten: „Dem Wunsch des Unterabteilungsleiters ist im Rahmen des geltenden Rechts zu entsprechen.“ Aber wie? Bei der Bewertung der Angebote habe sich gezeigt, dass die besagte Kanzlei der mit Abstand teuerste Bieter gewesen sei – und das Angebot „allenfalls schlechtes Mittelmaß“. Doch da stoppte das Ministeri-

um das gesamte Ausschreibungsverfahren, so Dippel. Anfang Mai habe dann die Kanzlei direkt vom Ministerium den Beraterauftrag bekommen.

**Steigende Summen** Anfänglich sei das Volumen der Transaktion so berechnet worden, dass für die Rechtsberatung der Kanzlei 5,05 Millionen Euro und für die Unternehmensberatung 3,05 Millionen Euro veranschlagt worden seien. Inzwischen seien die Summen auf 20,6 und 21,5 Millionen Euro gestiegen, zitierte der Zeuge Zahlen, die auf einer FDP-Anfrage basieren. Dippel wand sich bei der Frage, ob die leitenden Beamten im Ministerium grob fahrlässig oder bewusst rechtsbrüchig gehandelt hätten. Auf „fahrlässig“ mochte er sich schließlich nicht einlassen. Was er vor allem an zwei Punkten festmachte: Den versierten Spitzenleuten im Ministerium müsse klar gewesen sein, dass vor der Vergabe eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hätte stattfinden müssen. Und immer wieder schilderte er, dass der komplizierte Verkauf keineswegs bis Ende 2016 hätte abgewickelt werden können. Jeder habe dies gewusst, doch sei an dem Datum festgehalten worden, „weil es angeblicher Leitungswille ist.“ **Franz Ludwig Averdunk** ■



Der Verteidigungsausschuss hat sich Ende Januar als Untersuchungsausschuss zur sogenannten Berateraffäre eingesetzt.

© picture-alliance/dpa / Michael Kappeler

## Spitzenpersonal bestätigt

**FRAKTIONEN** Die Bundestagsfraktionen von SPD, AfD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen haben vergangene Woche ihre bisherigen Vorsitzenden in diesen Ämtern bestätigt. Bei den Sozialdemokraten wurde der Abgeordnete Rolf Mützenich mit 97,7 Prozent der Stimmen in das Amt des Fraktionschefs gewählt. Mützenich führte die Fraktion bereits seit dem 4. Juni dieses Jahres kommissarisch. Bei der turnusgemäßen Wahl des AfD-Fraktionsvorstandes wurden Alice Weidel und Alexander Gauland als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt. Weidel und Gauland, die gemeinsam antraten, erhielten nach Angaben aus der Fraktion knapp 78 Prozent der Stimmen der Abgeordneten. Weidel steht zusammen mit Gauland, der auch AfD-Parteivorsitzender ist, seit 2017 an der Spitze der AfD-Fraktion. Die FDP-Abgeordneten votierten mit 95,65 Prozent erneut für Parteichef Christian Lindner als Fraktionsvorsitzenden. Lindner hat dieses Amt ebenfalls seit 2017 inne. In der Grünen-Fraktion konnten sich bei der Wahl der beiden Vorsitzenden die bisherigen Amtsinhaber Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter gegen das Herausforderer-Duo Kirsten Kappert-Gonther und Cem Özdemir jeweils im ersten Wahlgang behaupten. Göring-Eckardt setzte sich dabei mit rund 61,2 Prozent der Stimmen gegen Kappert-Gonther durch und Hofreiter mit 58,21 Prozent gegen den früheren Parteivorsitzenden Özdemir. Göring-Eckardt und Hofreiter sind seit 2013 gemeinsam Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion. **sto** ■

## Keine Mehrheit für Podolay

**PRÄSIDIUM** Die AfD-Fraktion ist erneut mit einem Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages gescheitert. Der AfD-Abgeordnete Paul Viktor Podolay verfehlte in der vergangenen Woche im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit von 355 Stimmen. Auf den 73 Jahre alten Medizintechniker und Publizisten aus München entfielen in geheimer Wahl 214 Ja-Stimmen, 397 Abgeordnete votierten mit Nein, 33 enthielten sich der Stimme. Podolay, der bis 2015 Mitglied der CSU war, war 2017 über die bayerische Landesliste der AfD in den Bundestag eingezogen. Er ist Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Gesundheit. Seit Beginn der Legislaturperiode versucht die AfD mit immer neuen Kandidaten, einen Vizepräsidentenposten zu besetzen, bislang vergeblich. Die AfD-Kandidaten Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel und Gerold Otten scheiterten jeweils in drei Wahlgängen. Der AfD-Fraktion kann nach der Geschäftsordnung des Bundestages einen Vizepräsidenten stellen. Die anderen fünf Fraktionen sind jeweils auch mit einem Vizepräsidenten vertreten. Podolay äußerte sich nach der Wahl enttäuscht und sprach von einer „Blockadehaltung“ des Parlaments. Er appellierte zugleich an alle Abgeordneten, die mit Nein gestimmt haben, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und ihm im nächsten Wahlgang das Vertrauen zu schenken. Er sei auch gerne bereit, im persönlichen Gespräch mögliche Vorbehalte gegen seine Person auszuräumen, betonte der AfD-Abgeordnete. **pk** ■

## Karlsruhe lehnt AfD-Antrag ab

**GERICHT** Das Bundesverfassungsgericht hat einen Antrag der AfD-Bundestagsfraktion abgelehnt, dem Bundespräsidenten per einstweiliger Anordnung bis auf Weiteres die Unterzeichnung und Ausfertigung dreier vom Bundestag beschlossenen Gesetze zu untersagen. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts verwies zur Begründung seiner vergangene Woche veröffentlichten Entscheidung insbesondere darauf, dass der AfD-Fraktion kein schwerer Nachteil drohe, falls ein späteres Organstreitverfahren Erfolg habe (2 BvQ 59/19). Die AfD hatte das Bundesverfassungsgericht angerufen, weil ihr in einer Sitzung des Bundestags in den frühen Morgenstunden des 28. Juni das Feststellen der Beschlussunfähigkeit des Parlaments per „Hammelsprung“ verweigert wurde. Ihrer Meinung nach waren zu wenige Abgeordnete anwesend. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne), die die Sitzungsleistung innehatte, hatte dagegen für den Sitzungsvorstand die Beschlussfähigkeit bejaht. Wie Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) im weiteren Tagesverlauf erklärte, hat der Sitzungsvorstand nach einhelliger Auffassung des Bundestagspräsidiums die Vorschriften der Geschäftsordnung zur Feststellung der Beschlussfähigkeit korrekt angewendet. **sto** ■



**K**napp 30 Jahre nach dem Mauerfall hat der Bundestag die Lage in den ostdeutschen Ländern durchleuchtet. In einer lebhaften Debatte diskutierten die Abgeordneten den Bericht des Ost-Beauftragten der Bundesregierung (19/13500). Im Zentrum stand dabei die Frage, welche Strukturschwächen noch im Osten vorherrschen und wie der Fortschritt im Aufholprozess zu bewerten ist.

Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Wirtschaftsstaatssekretär Christian Hirte (CDU), beschrieb den Zustand der DDR-Volkswirtschaft zum Zeitpunkt der Wende als „völlig verschlissen“. Dann zählte er die Fortschritte auf: steigende Löhne, Gehälter und Renten sowie im Osten die niedrigste Altersarmut Deutschlands. „Wir sehen große Unternehmenssiedlungen“, sagte Hirte. Es gebe aber auch einen anderen Teil, die Abwanderung von Bevölkerungsteilen wirke bis heute nach. „Es gibt kein Wundermittel gegen strukturelle Probleme wie den demografischen Wandel.“

Der Bericht hält weiterhin deutliche wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West fest. Diese Diskrepanz in der wirtschaftlichen Leistungskraft gehe vor allem auf strukturelle Faktoren zurück, heißt es darin. Dazu zählten die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft, ein Mangel an Konzernzentralen großer Unternehmen und die ländlich geprägte Siedlungsstruktur. „Heute ist kein einziges ostdeutsches Unternehmen im Börsenleitindex DAX-30 notiert.“ Nahezu kein Großunternehmen habe seine Zentrale in Ostdeutschland. „Viele ostdeutsche Unternehmen gehören zudem zu westdeutschen oder ausländischen Konzernen.“

**Opposition kritisiert Bericht** Als erster Redner der Opposition hatte Leif-Erik Holm von der AfD das Wort und kritisierte den Bericht der Bundesregierung scharf, „als würde ich im alten ‚Neuen Deutschland‘ lesen, alles super“. Die Leute im Osten hätten zwar „rangelotzt“, aber man müsse anerkennen, dass diese sich nicht ernstgenommen fühlen; da brauche es keine „Demokratieerziehungsprogramme“. „Wir sehen, dass der Aufholprozess ins Stocken geraten ist“, sagte er. Das Klimapaket der Bundesregierung sei eine „Kriegserklärung“ an die ländlichen Regionen im Osten und auch im Westen. „Wir im Osten merken den schleichenden Verlust der Freiheit“, sagte Holm und beklagte eine „Nazi-Keule für jeden, der eine andere Meinung hat“.

Für die SPD erinnerte Carsten Schneider an die Lebensleistungen von Ostdeutschen nach der Wende. „Nicht jeder berufliche Wunsch ist in Erfüllung gegangen“, sagte er, „Ingenieure mussten neu umstellen.“ Dafür sei ihnen zu danken. Schneider kritisierte die Entscheidung der CDU in den 1990er Jahren, auf eine Niedriglohnpolitik zu setzen. „Das Ergebnis sind nun niedrige Renten.“ Er forderte mehr Innovationen. „Wir müssen den Spirit der letzten zehn Jahre weitertragen.“ Für Ostdeutschland sagte Schneider bis zum Jahr 2030 voraus, dass jeder Dritte über 65 Jahre alt sein werde.



# Uneinig

**STAND DER DEUTSCHEN EINHEIT** Bericht sieht Fortschritte und Handlungsbedarf, Opposition kritisiert »Lobhudelei«

Versteckte Perle in Sachsen: SKAN, ein Zulieferer für die pharmazeutische Industrie, produziert in Görlitz.

© picture-alliance/dpa

Thomas L. Kemmerich (FDP) bemerkte ein „großes Potenzial“ in Ostdeutschland. Gleichzeitig kritisierte er Holm von der AfD dafür, dieser habe in seiner Rede kein Konzept für die Zukunft geliefert. „Meckern hilft nicht.“ Kemmerich forderte eine „Gründerwelle“ und einen „Geist des Unternehmertums“, er appellierte an die Politik: „Der Soli muss weg.“ Dies sei auch ein Motivationschub für Leute aus Ostdeutschland, es aus eigener Kraft zu schaffen.

**Lohnangleichung** Dietmar Bartsch ging als Redner der Linksfraktion hart mit Hirte um. „Das ist alles ein Trauerspiel“, sagte er zu ihm, „Ihre Aufgabe ist nicht die Ver-

teidigung der Bundesregierung“. Den Bericht nannte er eine „unverantwortliche Lobhudelei“. Bartsch kritisierte unter anderem die schleppende Lohnangleichung. Würde diese im gleichen Tempo voranschreiten, Gäbe es erst im Jahr 2073 gleiche Löhne in Ost und West. „Logisch, dass es viele Pendler und Abwanderungen gibt“, folgte er. Der Co-Fraktionschef der Linken bemerkte ferner, kein einziger Rektor einer deutschen Universität sei aus dem Osten, ebenso kein Bundesrichter und nur 1,7 Prozent von Spitzenpositionen seien mit Leuten aus Ostdeutschland besetzt.

Claudia Müller (Bündnis 90/Die Grünen) tadelte Hirte dafür, dass die Medien sei-

den diesjährigen Bericht zum Stand der Einheit noch vor den Bundestagsabgeordneten erhalten hätten. Zu Inhalt sagte sie: „Es wurde zurecht auf die Schulter geklopft und kritisiert“ und ging Denk- und Sprachweisen an: „Wir reden nie über ‚den Westen‘“, sagte sie, „es gibt kein ‚ihr‘ und ‚wir‘“.

Mark Hauptmann (CDU) sagte, die Erwerbstätigkeit im Osten sei gleichauf mit der im Westen und bei der industriellen Wertschöpfung über dem Niveau dort. Der Kritik Schneiders entgegnete er: „Mir ist ein niedriger Lohn lieber als Arbeitslosigkeit.“

Jan Rübél

Der Autor ist freier Journalist.

## Die soziale Frage

**WOHNUNGSPOLITIK** Mehrere Oppositionsanträge beraten

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag über mehrere Anträge zur Wohnungs- und Mietpolitik beraten. Anlass lieferten die Fraktion Die Linke mit ihrer Vorlage (19/13502) „Bezahlbares Wohnen garantieren – Mieten deckeln, sozialen Wohnungsbau retten“ sowie zwei Anträge der FDP (19/1692, 19/6219) und ein Antrag der Grünen (19/4549).

Die Abgeordneten der Linksfraktion fordern einen Gesetzentwurf für eine soziale Regulierung von Mietpreisen im Mietrecht innerhalb des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dabei sollten die zulässigen Höchstmieten bei Neu- und Wiedervermietungen bundesweit auf die ortsübliche Vergleichsmiete oder die niedrigere Vormiete begrenzt werden. Die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen solle bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nach der Maßgabe abgesenkt werden, dass Mieten nur im Rahmen des Inflationsausgleichs, höchstens jedoch um zwei Prozent im Jahr, erhöht werden dürfen. Die bisherige Mietpreisbremse sei ein Flop, erklärte Caren Lay (Die Linke).

Die FDP-Fraktion fordert in ihrem ersten Antrag einen Ausschuss zu „Wohnungsbau und Immobilienwirtschaft“, in dem alle Staatssekretäre der Ressorts vertreten sein müssten, die sich mit wohnungsbaupolitisch relevanten Themen befassen. Zudem möchten die Abgeordneten, dass Gesetze und Verordnungen künftig hinsichtlich ih-

rer Folgekosten für die Wohnungswirtschaft geprüft werden. Der zweite FDP-Antrag zielt darauf, den Ausbau von Dachgeschossen anzukurbeln. Insgesamt müsse man schneller und günstiger bauen und man dürfe den ländlichen Raum nicht vergessen, sagte Daniel Föst (FDP).

Schließlich plädieren die Grünen für mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Außerdem fordern sie die Bundesregierung auf, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit auf den Weg zu bringen und die Mietpreisbremse anzuziehen. Christian Kühn (Grüne) rief die SPD dazu auf, die Große Koalition aufzukündigen – auch wegen der Wohnfrage.

Die Fraktionen CDU/CSU und SPD konterten die Vorstöße: Sie verwiesen auf das von der Regierung bereits Angestoßene und kritisierten zugleich Initiativen der anderen Parteien auf Landesebene. Der Berliner Mietendeckel etwa dürfe nicht zum Sargnagel des Wohnungsmarkts werden, sagte Kai Wegner (CDU). Ulli Nissen (SPD) erwähnte vor allem die Errungenschaften im Mietrecht. Die AfD-Fraktion forderte eine massive Vereinfachung der Bauvorschriften, eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und eine Abschaffung der Grundsteuer. Der Antrag der Linken wurde zur weiteren Beratung an den Bauausschuss überwiesen, die Anträge von FDP und Grünen lehnten die Abgeordneten ab.

pez

## Ruf nach Dynamisierung

**MIETEN** Experten für regelmäßige Wohngeld-Anpassung

Der Gang durch die „Drehtür“ bleibt vielen Wohngeldempfängern künftig wohl erspart. Offen dagegen ist noch, wie sie bei Klimaschutz-Mietaufschlägen gesont werden können. Dies ergab in der vergangenen Woche eine Experten-Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung des Wohngeldes (19/11696). Ihm zufolge soll das Wohngeld nach zuletzt 2016 wieder zum Jahresbeginn 2020 angepasst werden – und dann regelmäßig alle zwei Jahre. Diese Dynamisierung begrüßten die Sachverständigen vor dem Bauausschuss – mit der Forderung einer automatischen Anpassung in jedem Jahr.

Genau da spielt der von den Experten beschriebene Drehtür-Effekt hinein, den etwa Birgit Fix vom Deutschen Caritas-Verband so verdeutlichte: Steigende Wohnkosten könnten zum Wechsel in ein anderes Leistungssystem wie der Grundsicherung führen. Um diesem Abrutschen noch besser entgegenwirken zu können, sei auch eine Entschärfung der Anrechnung von Erwerbseinkommen vonnöten, meinte Maximilian Fuhrmann vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Ohne jährliche Anpassung drohe die Reform nach kurzer Zeit zu verpuffen, gab Franz Michel (Verbraucherzentrale Bundesverband) zu bedenken.

Einhellig sprachen sich die Experten für eine Klimaschutz-Komponente aus. Aber wie? Die konkreten Maßnahmen der Bun-

desregierung müssten wohl abgewendet werden, hielt Ingeborg Esser vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) eine Berücksichtigung schon ab 2020 für schwierig. Dafür sollten aber zumindest sofort die Heizkosten eingerechnet werden.

So sah es auch Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten. Eine dann folgende Klimaschutz-Komponente müsse zumindest die Miet-Mehrkosten durch energetische Sanierung berücksichtigen. Eine Klimakomponente fordern auch die kommunalen Spitzenverbände, so Sebastian Klöppel. Auch nach der Reform blieben Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Wohngeld und Grundsicherung bestehen, kritisierte Ralph Henger vom Institut der deutschen Wirtschaft. Generell sei eine verbesserte Abstimmung zwischen den bedarfsgeprüften Leistungen Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzuschlag notwendig – mit Blick auf mehr Transparenz für die Betroffenen und zur Senkung der Bürokratiekosten, befand Kerstin Bruckmeier (Bundesagentur für Arbeit).

Damit unterstützte sie einen Antrag der FDP (19/1107), der die Bündelung aller steuerfinanzierten Sozialleistungen zu einem Bürgergeld propagiert. Ein Antrag der Linken (19/10752) drängt auf Begrenzung der Mietausgaben auf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens.

fla

## Keine »Freiheitszonen« für Gründer

**WIRTSCHAFT** Anträge von FDP und Grünen zu Unternehmensgründungen abgelehnt

Die Zahl der Unternehmensgründer in Deutschland nimmt Jahr für Jahr ab. Gab es 2014 noch 915.000 Gründer, so waren es 2018 nur noch 547.000. Besondere Probleme gibt es im Osten. Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern belegen laut dem KfW-Gründungsmonitor 2019 die letzten Plätze im Ländervergleich. Sachsen findet sich auf Rang neun und Brandenburg – Dank der Nähe zum Gründerschampion Berlin – auf Platz drei.

Die FDP will dem Schwund entgegenwirken und mit Freiheitszonen, die im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einen höheren Freiheitsgrad haben sollen, die Zahl der Gründungen im Osten Deutschlands erhöhen. Die Grünen wollen unter anderem mehr Mikrokredite und weniger Bürokratie für Gründer – in allen strukturschwachen Regionen Deutschlands. Die entsprechenden Anträge (FDP: 19/11052, Grüne: 19/11150) hat der Bundestag vergangenen Donnerstag abschließend beraten und mit breiter Mehrheit abgelehnt.

**Konjunkturschwäche** Während der Debatte kritisierte Astrid Grotelüsch (CDU), die Opposition versuche mit ihren Anträgen den Eindruck zu erwecken, die Koalition kenne die Herausforderungen nicht und würde nichts für Gründungen tun, was aber „schlichtweg falsch ist“. Grotelüsch betonte: „Wir handeln nach genauer Analyse, sehr differenziert und zielgerichtet.“ Den Liberalen warf sie vor, Freiheitszonen nur in ostdeutschen Ländern einrichten zu wollen, obwohl es Konjunkturschwäche auch in westdeutschen Bundesländern gebe. Aus Sicht von Enrico König (AfD) wird der FDP-Antrag nicht dazu führen, dass die Zahl der Unternehmergründer wieder zunimmt. „Der von Gender- und Klimaideo-



Erfolg mit leichten Speichen: ein Startup

„wie ein Spirale nach unten, wenn es um Sozialstandards geht und um gute tariflich abgesicherte Arbeit“. Dass sie aber nicht im Interesse der Regionen im Osten oder im Westen Deutschlands. Thomas Kemmerich (FDP) bezeichnete den Mittelstand als Garant für den Aufschwung und lebenswerte Verhältnisse in den ländlichen Räumen. Oftmals treffe man aber auf „unnötige Verwaltung, unverständliche Verordnungen und allgemeines Misstrauen gegenüber Unternehmertum“, beklagte der FDP-Abgeordnete. Benötigt würden Freiheitszonen, ein Stopp unnötiger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Unternehmen.

**Deregulierung** Die FDP rede von Freiheit, meine aber Deregulierung, sagte Matthias Höhn (Die Linke). Die Ergebnisse der in der Vergangenheit erfolgten Deregulierung seien der Abbau von Rechten und Sozialstandards, der Rückbau des Staates und die Privatisierung. Es seien die FDP-Konzepte gewesen, die dazu geführt hätten, dass es auch heute noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost und West gebe, befand Höhn.

Claudia Müller (Grüne) sagte, es fehle weder am Innovationsgeist noch am Ideenreichtum der Gründer. Vielmehr stimmten die Rahmenbedingungen nicht. Der FDP fehle es bei dem Thema am Blick auf die Gesamtheit, kritisierte Müller. Ihre Fraktion wolle hingegen Gründungen in allen strukturschwachen Regionen Deutschlands unterstützen. Dazu werden unter anderem Steuerermäßigungen für Forschungs- und Entwicklungsausgaben gefordert – ebenso wie die Erhöhung der Sofortabschreibungen für geringfügige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro und ein besserer Zugang zu Mikrokrediten.

Götz Hausding

## Stärkung von Steuerquellen

**SHARE DEALS** Grunderwerbsteuer soll mehr Immobilientransaktionen erfassen

Die Grunderwerbsteuer ist eine der beliebtesten Steuern der deutschen Länderfinanzminister. Ihr Aufkommen wuchs in den letzten Jahren kontinuierlich an, nicht nur weil die Immobilienpreise steigen, sondern auch und vor allem, weil die Länder kräftig an den Steuersätzen drehten – so zum Beispiel zuletzt Mecklenburg-Vorpommern, wo der Steuersatz von 5,5 auf sechs Prozent des Immobilienkaufpreises erhöht wurde. Beliebte ist die Grunderwerbsteuer bei den Finanzministern auch deshalb, weil es faktisch keine Steuerausfälle gibt. In das Grundbuch wird nur als Eigentümer eingetragen, wer die Zahlung der Steuer mit einer Bescheinigung des Finanzamts nachweisen kann.

Für Häuslebauer und Wohnungskäufer hat sich die Grunderwerbsteuer zu einem massiven Kostenblock entwickelt, die mithin höher sein kann als Makler- und Notarkosten. Vergleichsweise günstig kommen sie nur noch in Bayern und Sachsen weg, wo die Steuer 3,5 Prozent beträgt. Bei einem Kaufpreis von 200.000 Euro würde die Steuer in diesen beiden Ländern 7.000 Euro betragen. Besonders teuer wird es in Brandenburg, Thüringen, Saarland und Nordrhein-Westfalen mit 6,5 Prozent Grunderwerbsteuer, was die Kosten auf 13.000 Euro hochtreibt.

**Befreiungsmöglichkeiten** Auch Immobilienunternehmen und andere Firmen sind von der immer weiter steigenden Steuer betroffen. Sie haben allerdings eine Möglichkeit, an der Steuer vorbeizukommen: Um die Grunderwerbsteuer zu vermeiden, wird häufig ein Unternehmen gegründet, dessen einziger Vermögensgegenstand ein Grundstück ist. Wenn dann statt des Grundstücks tatsächlich Anteile an dieser Gesellschaft erworben werden, bleibt die

Gesellschaft rechtlich Eigentümerin des Grundstücks. Nach der bisherigen Steuerregelung wird bei einem Erwerb von weniger als 95 Prozent der Anteile einer solchen Gesellschaft innerhalb von fünf Jahren keine Grunderwerbsteuer fällig. Für dieses Vorgehen hat sich der Begriff „Share Deals“ eingebürgert, die von Teilen der Politik und Öffentlichkeit kritisiert werden. In welchem Umfang Steuern durch „Share Deals“ vermieden werden, ist aber nicht bekannt.

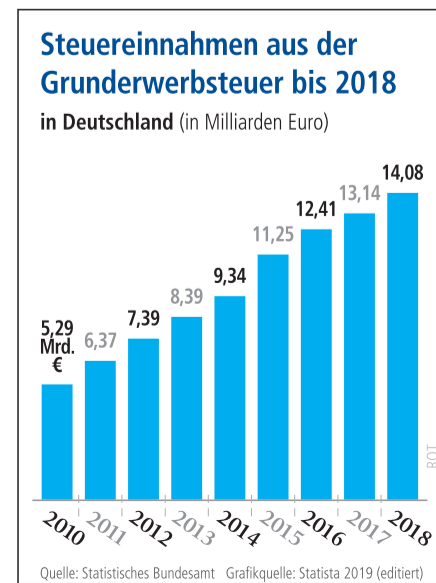
Für die Koalition besteht Handlungsbedarf. Die Praxis habe gezeigt, dass es besonders im Bereich hochpreisiger Immobilientransaktionen immer wieder gelinge, durch gestalterische Maßnahmen die Grunderwerbsteuer zu vermeiden, heißt es in dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

(19/13437), der am Freitag vom Bundestag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Neuregelung sieht vor, dass die Beteiligungsschwelle, ab der ein Grundstückserwerb angenommen wird, auf 90 Prozent abgesenkt wird. Außerdem soll die Fünfjahresfrist auf zehn Jahre verlängert werden.

Auch die Fraktion Die Linke will Steuervermeidung bei Immobiliengeschäften bekämpfen. In einem ebenfalls an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (19/10067) wird ein neues Besteuerungssystem auf einer Mindestbeteiligung von mehr als 50 Prozent gefordert. „Wird beispielsweise eine Beteiligung von 58 Prozent an der grundbesitzenden Gesellschaft erworben, ist der zu besteuerte Immobilienwert mit 50 Prozent anzusetzen, bei einer Beteiligung von zum Beispiel 81 Prozent mit 80 Prozent“, erläutert die Fraktion. Außerdem soll die Frist für Steuervergünstigungen auf 15 Jahre verlängert werden.

Die AfD-Fraktion verlangt eine Steuerentlastung für bauwillige Familien, die bundesweit mit höchstens 3,5 Prozent belastet werden sollen. Außerdem soll Grunderwerbsteuer im Rahmen von Anteilskäufen an Gesellschaften nur dann anfallen, wenn ein Anteil von mehr als 50 Prozent an einem echten Immobilienunternehmen erworben wird. „Share Deals“ würden umso stärker genutzt, je höher die Grunderwerbsteuer und damit die Höhe der vermiedenen Erwerbseinkommen sei, heißt es in dem ebenfalls überwiesenen Antrag.

hle



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## FDP-Vorstoß für Familien

**FREIBETRÄGE** Die FDP-Fraktion hat sich für eine umfangreiche steuerliche Entlastung von Familien ausgesprochen. In einem am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (19/13461) heißt es, Familien hätten hohe finanzielle Lasten zu tragen. Das deutsche Steuerrecht spiegele dies an vielen Stellen jedoch nicht wider. Viele Regelungen würden Eltern sogar benachteiligen. Darüber hinaus seien viele Kinder- und Familienpauschalen seit Jahren nicht mehr angehoben worden. Es habe häufig nicht einmal einen Inflationsausgleich gegeben. Die FDP-Fraktion fordert daher, den Kinderfreibetrag im Haushaltsverträglichen Schritten an den Grundfreibetrag für Erwachsene anzugleichen, die steuerfreie Übernahme der Betreuungskosten auch von schulpflichtigen Kindern der Arbeitnehmer zu ermöglichen, den Alleinerziehendenentlastungsbetrag auf 2.200 Euro (von derzeit 1.908 Euro) und den Ausbildungsfreibetrag, der seit 2001 nicht mehr erhöht worden sei, von 924 auf 1.200 Euro zu erhöhen. Außerdem soll der Alleinerziehendenentlastungsbetrag in Zukunft regelmäßig angehoben werden, um Preissteigerungen auszugleichen. Nach Angaben der FDP-Fraktion wurde der Kinderfreibetrag seit Jahren nur noch zum Teil an die Preisentwicklung angepasst. So werde lediglich das Existenzminimum erhöht, nicht jedoch der Freibetrag für Betreuungs- und Ausbildungsbedarf. Dieser sei zuletzt 2010 von 1.080 auf 1.320 Euro erhöht worden. *hle*



Libra wird es nur auf Illustrationen als Münze geben: Die geplante Krypto-Währung soll in beliebte Dienste wie WhatsApp und den Facebook Messenger integriert werden.

© picture-alliance/Bildagentur-online/Ohde

## Verdeckte Zoll-Ermittler

**KRIMINALITÄT** Die Befugnisse des Zollfahndungsdienstes sollen ausgeweitet werden. Der von der Bundesregierung eingebrachte und am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesene Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Zollfahndungsdienstgesetzes (19/12088) sieht unter anderem die Möglichkeit zum Einsatz verdeckter Ermittler sowie eine Befugnis zur Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten und Telekommunikationsendgeräten vor. Der Einsatz verdeckter Ermittler sei zur Abwehr schwerwiegender Gefahren für die zu schützenden Rechtsgüter im Zuständigkeitsbereich des Zollfahndungsdienstes unerlässlich, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs. Dies gelte gerade vor dem Hintergrund, dass Gruppierungen der organisierten Kriminalität zunehmend konspirativ und unter größter Abschottung agieren würden. Außerdem darf das Zollkriminalamt in Zukunft Gerätenummern von Telekommunikationsendgeräten und die Kartennummern der verwendeten Karten sowie die Standorte von Telekommunikationsendgeräten ermitteln. Diese Befugnis sei angesichts der technischen Entwicklung im Telekommunikationsbereich erforderlich. Mit dem Gesetz werden außerdem die Auskunftspflichten von Betroffenen und Dritten erweitert. Außerdem werden Datenschutz-Vorgaben aus zwei Verfassungsurteilen umgesetzt. *hle*

## Klimaschutz mit Dienst-Kfz

**ELEKTROMOBILITÄT** Die Bundesregierung will die Elektromobilität zu einem zentralen Baustein für eine zukunftsgerechte Fortbewegung ausbauen. In dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität (19/13436) ist vorgesehen, die private Nutzung von Dienstwagen länger als geplant zu fördern. Wenn ein Dienstwagen auch privat genutzt wird, wird dieser Vorteil grundsätzlich mit einem Prozent des inländischen Listenpreises versteuert. Im vergangenen Jahr wurde für Elektro- und extern aufladbare Hybridfahrzeuge diese Besteuerung auf ein Prozent des halben Listenpreises pro Monat halbiert. Die bis Ende 2021 befristete Maßnahme soll bis zum Jahr 2030 verlängert werden. Zugleich wird die Mindestreichweite der geförderten Hybridfahrzeuge angehoben. Für die Anschaffung neuer rein elektrischer betriebener Lieferfahrzeuge wird eine Sonderabschreibung eingeführt. Wenn ein Arbeitgeber Ladevorrichtungen für die Nutzung außerhalb des Betriebes überigeneht, ist eine Pauschalsteuer von 25 Prozent vorgesehen. Auch das Aufladen im Betrieb des Arbeitgebers ist steuerfrei. Beide bis Ende 2020 befristeten Maßnahmen sollen im zehnten Jahr verlängert werden. Der Entwurf wurde am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. *hle*

# Gegenwind für Libra

**KRYPTOWÄHRUNG** Facebook-Projekt stößt auf Skepsis. Blockchain-Technologie hat Potentiale

**G**eht es nach Facebook, dann ist die von dem Konzern und einem Unternehmens-Konsortium für das kommende Jahr angekündigte Digital-Währung Libra eine sehr gute, eigentlich eine wohltätige Idee. Denn den 1,7 Milliarden Menschen, die laut Weltbank keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Finanzdienstleistungen haben, könnte so geholfen werden. Statt Bankkonto würde dann ein Smartphone mit Internetzugang reichen. Waren könnten einfach bezahlt, Geldbeträge – in Libra – einfach ausgetauscht werden, auch über Grenzen hinweg, was bisher mit Dienstleistern wie Western Union vergleichsweise teuer ist und lang dauert. Alles sicher, alles praktisch, alles einfach, verspricht die Libra Association. Also alles gut? Das sieht der Medienwissenschaftler Oliver Leistert anders: Dem „Kolonialisierungsprojekt aus dem Silicon Valley“ müsse Einhalt geboten werden. Mehr noch: Facebook gehöre zerschlagen und klein gehalten. In dieser Konsequenz stand Leistert vergangene Woche bei einem öffentlichen Fachgespräch im Ausschuss Digitale Agenda des Bundestages zwar relativ allein da. Gegenüber dem Krypto-Projekt äußerten die meisten geladenen Sachverständigen jedoch Klärungs- und vor allem Regulierungsbedarf.

**Breite Skepsis** Überraschend ist das nicht. Schon unmittelbar nach der Ankündigung des Projekts Mitte Juni in Form eines konzeptionellen Whitepapers war Kritik auf das Konsortium eingehagelt. In den Staaten twitterte der Präsident persönlich gegen das Vorhaben, die G7-Finanzminister meldeten ebenfalls Bedenken an. Experten warnen, Libra könne als Ersatzwährung in instabilen Entwicklungsländern nationale Geld- und Währungspolitik unterlaufen.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) stellte klar, dass die Herausgabe von Währung ein Kernelement staatlicher Souveränität sei. „Wir werden sie nicht Privatunternehmen überlassen“, schoss der Finanzminister in Richtung Libra. Vor dem Digital-Ausschuss bekräftigte Benoit Coeuré, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), dass es viele regulative Fragen zu dem Vorhaben gebe. Eine international kohärente Regulierung müsse angestrebt werden. Die Libra-Pläne seien ein „Wake-Up-Call“ für Regierungen und Zentralbanken gewesen, so der Zentralbanker. Grünes Licht klingt anders.

**Startchancen** Nun ist Libra nicht das erste Projekt, das unter dem Komplex Kryptowährung diskutiert wird. Aber es könnte das erste richtig erfolgreiche sein. Um die digitalen „Münzen“ zu verwalten, wird von Facebook mit Calibra eine „digitale Briefkast“ aufgebaut. Diese soll in Diensten wie dem Messenger, WhatsApp oder Instagram eingebettet werden. Diese Integration in bestehende Dienste liefert dem Projekt ideale Startvoraussetzungen: Allein Facebook hatte laut eigenen Angaben im zweiten Quartal 2,4 Milliarden monatlich aktive Nutzer, beim eigenen Messenger sind es 1,3 Milliarden, beim 2014 übernommenen Dienst WhatsApp 1,6 Milliarden.

Technisch lehnt sich Libra an andere auf Blockchain-Techniken aufbauende Kryptowährungen wie Bitcoin und Ethereum an. Es wird auf eine zwischen verschiedenen Teilnehmern verteilte Datenbank (Distributed Ledger-Technik) aufgebaut, in der alle Transaktionen des Netzwerkes eingetragen werden. Über ein bestimmtes Konsens-Verfahren wird sichergestellt, dass sich die Teilnehmer darauf einigen, welche Transaktionen in der Datenbank eingetragen werden und gültig sein sollen. Eine Manipulation soll praktisch ausgeschlossen sein. Anders

als bei der bisher populärsten Blockchain-Anwendung Bitcoin ist die Zahl der Teilnehmer laut Libra-Whitepaper zunächst auf die 28 Mitglieder der Libra Association mit Sitz in der Schweiz beschränkt. Dazu gehören neben Facebook Zahlungsdienstleister wie PayPal, Mastercard und Visa, aber auch die Fahrdienstleistungs-Plattform Uber, eBay, diverse Risikokapitalgeber und Nichtregierungsorganisationen wie Women's World Banking. Durch den Verzicht auf komplette Dezentralisierung ist es dem Konzept zufolge möglich, Libra sofort für einen Masseneinsatz zu skalieren. Die Begrenzung biete den Vorteil, dass die Transaktions-Verifizierung deutlich ressourcenschonender vorstattengehen kann als bei Bitcoin, bei dem auf eine sehr rechenintensive Methode („Mining“) gesetzt wird. Zudem soll die Token-Menge bei Libra anders als bei Bitcoin nicht begrenzt und – als wesentliches Argument – im Wert stabil gehalten werden. Der

Handelswert eines Bitcoin-Tokens schwankt erheblich, aktuell liegt er bei rund 9.900 US-Dollar. Es waren in diesem Jahr aber auch schon 4.500 US-Dollar. Bei Libra soll das nicht passieren. Dazu soll jeder einzelne Token mit bestimmten sicheren Währungen und Staatsanleihen hinterlegt werden. Aus Sicht der Finanzwirtschafts-Expertin Michaela Hönig von der Frankfurt University of Applied Science sollte dieser Aspekt nicht unterschätzt werden: „Durch den geplanten Reserve-Fonds könnte die Libra Association innerhalb kürzester Zeit, vielleicht innerhalb weniger Tage, zu einem der größten Vermögensverwalter und Player auf der Finanz- und Kapitalmarkt werden und viele Staatsanleihen kaufen. Da-

mit würde die Association quasi über Nacht systemrelevant und das wäre für die Finanz- und Realwirtschaft mit Risiken behaftet“, sagte Hönig im Gespräch mit dieser Zeitung.

Von einem Libra-Verbot hält Hönig, die ebenfalls als Sachverständige im Ausschuss geladen war, nichts. Libra müsse vielmehr „den gleichen aufsichtrechtlichen Normen unterliegen und diese erfüllen wie Kreditinstitute oder Zahlungsverkehrsdienstleister“. Allein in Deutschland gebe es dafür unzählige Vorgaben und Gesetze, in Europa greife zum Beispiel auch die Datenschutz-Grundverordnung. Ähnlich hatte sich in dem Fachgespräch auch EZB-Vertreter Coeuré geäußert: Es müsse das Prinzip „same business, same risk, same rules“ gelten, sagte der Zentralbanker. Hönig plädiert für einen offenen Dialog mit der Libra Association, um vor dem Start Regel festzusetzen. Im Nachhinein zu regulieren, sei immer schwieriger.

„Wenn Libra nicht kommt, dann kommt eine andere Digitalwährung. Und vielleicht ist es dann ein chinesischer Konzern, dann wird das Regulieren schwieriger“, warnt die Wissenschaftlerin.

**Blockchain im Fokus** Mit den Libra-Plänen rückt auch die Blockchain-Technologie wieder in ein prominenteres Licht – wobei das Thema schon länger auch außerhalb der Tech-Szene intensiv diskutiert wird. Die Bundesregierung hat die lang angekündigte Blockchain-Strategie jüngst vorgelegt (siehe Text unten). Der Technologie mit ihren unterschiedlichen Anwendungsfeldern werden fast schon revolutionäre Potentiale bescheinigt. Start-ups sprächen gerade im

FinTech-Bereich aus dem Boden. Schon wird von den unzähligen Möglichkeiten einer Token-Ökonomie gesprochen. So möchte die Unions-Fraktion – statt Libra und Co. – einen „digitalen-Euro“ als „seriöse Schnittstelle“ zur Token-Ökonomie einführen. Die FDP-Fraktion schlug jüngst vor, den Emissionshandel über einen Krypto-Token namens „Arbil“ anzukurbeln. „Niemand hat wirklich eine Idee davon, was mit Blockchain auf uns zukommt. Das ist ein bisschen wie 1995, als das Internet für die breite Masse nutzbar wurde“, sagte Veronika Kütt, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Blockchain Center der Frankfurt School of Finance and Management (FSFM), im Gespräch mit dieser Zeitung. „Die Möglichkeit, digitale Werte schnell und billig über die Blockchain-Strukturen zu transferieren, wird sich auf jeden Lebensbereich auswirken.“ Dass es den Finanzsektor als erstes betreffe, liege einfach daran, dass Bezahlsysteme die erste funktionierende Anwendung sein werden. Kütt's Einschätzung nach ist Libra auch gar nicht so revolutionär, es handle sich eigentlich nur um ein „Streamlining“ aktueller Prozesse: „Letztlich ist es nach wie vor ein zentralisiertes System, das an das bestehende Finanzsystem gekoppelt wird.“

Die Ungewissheit, wie sich die Blockchain-Technologie auswirken werde, wird laut Kütt dadurch ergänzt, dass Blockchain häufig nur ein Platzhalter für Digitalisierung im Allgemeinen, Automatisierung und Künstliche Intelligenz sei. Das mache verständlicherweise vielen Menschen Angst. „Die Entwicklung wird eine Geschwindigkeit annehmen, die jenseits von dem ist, was wir uns vorstellen können. Die vergangenen 25 Jahre haben viele schon digital zurückgelassen. Das war aber erst der Anfang. Es geht gerade erst richtig los“, prognostiziert die Blockchain-Expertin. *Sören Christian Reimer*

## Deutschland als Blockchain-Vorreiter

**DIGITALISIERUNG** Bundesregierung beschließt Strategie als »Baustein für das Internet der Zukunft«

Bei der Digitalisierung gilt Deutschland nicht gerade als Vorreiter. Doch bei der Blockchain-Technologie will die Bundesregierung die aus ihrer Sicht führende Stellung Deutschlands mit einer Strategie, die 44 Maßnahmen umfasst, ausbauen. Blockchain (siehe Stichwort) zählt aktuell zu den meist diskutierten digitalen Innovationen. Das bedeutendste Vorhaben ist, dass die Regierung das deutsche Recht für die Digitalisierung von Wertpapieren öffnen will. Noch in diesem Jahr soll ein Gesetzentwurf für Blockchain-Anleihen folgen, der digitale Schuldverschreibungen technologieneutral erlaubt. Auch Möglichkeiten für digitale Aktien und Investmentfondsanteile sollen geprüft werden. Die momentan noch zwingende Vorgabe der Papierform soll demnach nicht mehr eingeschränkt gelten.

**Ökosystem** In der nun vorgelegten Strategie heißt es, Deutschland verfüge über ein

„dynamisches Ökosystem von Entwicklern und Anbietern blockchainbasierter Dienstleistungen“. Die neue Technologie könne ein Baustein für das Internet der Zukunft sein, sagte Bundesfinanzminister Olaf

Scholz (SPD). Er betonte, die Bundesregierung wolle „vorne mit dabei sein und Deutschland als einen führenden Technologie-Standort weiter stärken“. Gleichzeitig sollen durch die Technologie aber auch

Missbrauchsmöglichkeiten verhindert werden und Verbraucher und die staatliche Souveränität geschützt werden (siehe Text oben). In der Strategie werden Maßnahmen in fünf Aktionsfeldern definiert: Neben dem Einsatz der Blockchain-Technologie im Finanzsektor sollen Projekte und Reallabore gefördert werden: Erstmals soll mit Hilfe der Blockchain eine Energieanlage an eine öffentliche Datenbank angebunden werden. Im dritten Bereich – „Investitionen ermöglichen: Klare, verlässliche Rahmenbedingungen“ – soll ein runder Tisch zu dem Themenbereich Blockchain und Datenschutz eingerichtet werden.

Das vierte Aktionsfeld beschreibt die digitalen Verwaltungsdienstleistungen. So will die Regierung etwa Blockchain-basierte „staatliche digitale Identitäten“ bereitstellen und deren Verknüpfung mit weiteren Blockchain-Anwendungen prüfen. Zum fünften Maßnahmenbereich gehört eine Dialogreihe. Weitere Einsatzmöglichkeiten

für Blockchain liegen im Verkehrs- und Energiesektor und im Bereich von Smart Contracts. Mit der Deutschen Energie-Agentur soll so beispielsweise ein Register aufgebaut werden, in dem vertragliche Sachverhalte in der Energiewirtschaft sinnvoll in automatisierte Verträge überführt werden können. Münden soll dies in eine frei zugängliche Plattform. Dieses Modell könne auch auf andere Branchen übertragen werden, heißt es in der Strategie. Ein anderes Beispiel ist der Einsatz im Bereich der Verifikation von Hochschulbildungszertifikaten, Weiterbildungszeugnissen und Credit Points von Studiengängen.

**Positive Resonanz** In der IT-Branche kommt das Vorhaben gut an. Der Digitalverband Bitkom äußerte die Hoffnung, die Strategie könne der jungen Technologie den nötigen Schub verleihen. Der Bundesverband Digitale Wirtschaft monierte, dass das Thema Mobilität in der Strategie fehle. *Ibr*

### > STICHWORT

**Blockchain** (»Block-Kette«)

> **Register** Die Blockchain ist eine Art offen einsehbares digitales Register, in dem alle Daten einer Transaktion verschlüsselt gespeichert werden.

> **Anwendung** Zu den bekanntesten Nutzungsformen zählt die Digitalwährung Bitcoin.

> **Fälschungssicher** Je nach Ausgestaltung verwaltet jeder Nutzer eine Kopie der Datenbank. Diese unbemerkt zu manipulieren, ist durch Krypto-Techniken quasi unmöglich.

> **Datenschutz** Informationen in einer Blockchain sollen dauerhaft gespeichert werden und nachträglich nicht mehr verändert werden können. Vorgeschriebene Löschfristen oder Korrekturanträge könnten so kaum befolgt werden.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**A**uf einer Länge von 245,4 Metern verbindet die „Pont de l'Europe“ knapp fünf Meter über dem Rhein zwei Grenzstädte mit wechselvoller Geschichte. Straßburg und Kehl gehörten in den vergangenen 150 Jahren mal zu Deutschland, mal zu Frankreich, wurden entweder von der einen oder von der anderen Seite belagert, annektiert und wieder freigegeben. Als die Regierungen Frankreichs am 23. September 1960 die Europabrücke zwischen dem heute französischen Straßburg und der nunmehr deutschen Stadt Kehl feierlich einweihten, ging es daher um weit mehr als nur eine Verkehrsverbindung. Die Brücke wurde nach drei Kriegen zum baulichen Zeichen der schwierigen deutsch-französischen Aussöhnung und zum stählernen Symbol für das zusammenwachsende Europa. Auf den Tag genau 59 Jahre später eilen Abgeordnete aus Frankreich und Deutschland in den größten Anhörsaal des Bundestages, vorbei an einem kleinen Buffet mit Croissants und Brezeln und Stehtischen, auf denen Blumenbouquets in den Farben der französischen Tricolore leuchten. Für Kaffee und Gebäck ist an diesem Morgen jedoch keine Zeit, schnell ziehen die Abgeordneten ihre Rollkoffer in den Saal, in dem die Präsidenten von Bundestag und französischer Nationalversammlung (La République en Marche), Wolfgang Schäuble (CDU) und Richard Ferrand, sowie Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) und die französische Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten, Amélie de Montchalin (La République en Marche), schon vor den Flaggen ihrer beider Länder und der EU sitzen. Hier und da gibt es ein paar Wangenküssen zur Begrüßung, „Bonjour, ca va?“, dann sitzen schon alle auf ihren Plätzen.

»Weltweit einzigartig« Wie die Eröffnung der Europabrücke vor knapp sechs Jahrzehnten ist auch dieses Treffen in Berlin ein besonderes. 50 Abgeordnete der französischen Nationalversammlung (Assemblée nationale) und 50 aus dem Deutschen Bundestag und damit insgesamt 15 Fraktionen aus allen politischen Lagern sitzen im Rund des Anhörsaals. Sie sind die Mitglieder der neuen Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, kurz DFPV, die sich am 25. März in Paris konstituiert hatte und nun das zweite Mal in Berlin tagt. Die Stimmung ist betriebsam und konzentriert; viel Zeit ist nicht, schon in ein paar Stunden geht es für die meisten Franzosen wieder zurück nach Paris. Das grenzüberschreitende Mini-Parlament ist ein Novum. »In der Versammlung treffen zwei ganz unterschiedliche Parlamentskulturen aufeinander. Und das ist weltweit einzigartig«, betont auch Schäuble in seinen Einstiegsworten, sein französischer Amtskollege Ferrand nennt die gemeinsame Länderkammer »ein Geschenk der Geschichte«. Vorstandmitglied Thomas Oppermann (SPD) spricht im Vorfeld von einer »einzigartigen binationalen parlamentarischen Versammlung«, die neue Impulse geben wolle. Nach Ansicht des deutschen Co-Vorsitzenden des Gremiums, dem CDU-Abgeordneten Andreas Jung, hebt die Versammlung die Partnerschaft beider Staaten auf eine völlig neue Stufe. Er hofft, sagt er vor dem Treffen dieser Zeitung, dass dies bald auch die Bürger spüren werden: in den Grenzregionen beispielsweise, die »ohne den Umweg über Paris und Berlin eigene Rechte und Möglichkeiten bekommen« sollen, zum Beispiel durch den konsequenten Ausbau einer grenzüberschreitenden Infrastruktur.

# Brückenbau in Berlin

**DEUTSCHLAND-FRANKREICH** Die Parlamente wollen den Freundschaftsvertrag der Regierungen aktiv begleiten und eigene Impulse in den Beziehungen zum Nachbarland setzen. Die eigens dafür gebildete Parlamentarische Versammlung muss dabei einige Klippen umschiffen



Neben hundert Abgeordneten und den Präsidenten von Bundestag und Nationalversammlung, Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand (re.o.), nahmen auch Außenminister Heiko Maas (SPD) und Frankreichs Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten Amélie de Montchalin (u.li.) an der Sitzung im Bundestag teil.

Die Abgeordneten verbinden mit dem Format zwei Anliegen: Sie wollen, betont Franziska Brantner (Grüne), »von Angesicht zu Angesicht über die schwierigen Themen diskutieren, über die Vertiefung der gemeinsamen Wirtschaft, der Wahrung, der Steuergerechtigkeit, die gemeinsame Kontrolle von Rüstungsexporten«. Und dabei auch »Ideegeber für gesamteuropäische Lösungen sein«. Sie wollen aber auch nachholen, was die Bundesregierung nach Ansicht von Michael Georg Link (FDP) bei dem am 22. Januar 2019 geschlossenen Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag, dem Vertrag von Aachen, versäumt hat: »Die nationalen Parlamente aktiv in die Zusammenarbeit einzubinden«. Und so pochen sie auf umfassendes Informations- und Beteiligungsrechte bei der Umsetzung des Staatsvertrages. Der hebt die Kooperation zwischen den einst verfeindeten Nachbarn 56 Jahre nach dem ersten Freundschaftsvertrag, dem Elysée-Vertrag, auf eine völlig neue Stufe. Deutschland und Frankreich wollen sich in Zukunft nicht nur in der Europapolitik enger abstimmen, sondern auch stärker militärisch zusammenarbeiten und ihr Wirtschaftsrecht harmonisieren. Geplant sind unter anderem gemeinsame Militäreinsätze

und Rüstungsprojekte – konkret der Bau eines Kampfflugzeuges und eines Kampfpanzers – und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. Dazu kommen eine Reihe weiterer Instrumente, wie der gemeinsame Bürgerfonds, der Bürgerinitiativen und Städtepartnerschaften fördern und unterstützen soll. Er wird, kündigte Bundesaußenminister Maas vor den Abgeordneten an, schon 2020 seine Arbeit aufnehmen. Genauso wie das Deutsch-Französische Zukunftswerk, das Transformationsprozesse wie den digitalen Wandel in beiden Gesellschaften begleiten soll. Passend dazu brachte die Deutsch-Französi-



sche Parlamentarische Versammlung eine erste Arbeitsgruppe zum Thema Künstliche Intelligenz auf den Weg. Der im Aachener Vertrag vorgesehene Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit kommt an diesem Tag zum ersten Mal zusammen, außerdem sind laut Maas bereits vier Deutsch-Französische Kulturinstitute in Rio, Palermo, Erbil und Bischkek entstanden. Fünf weitere in Cordoba, Atlanta, Glasgow, Minsk und Ramallah sollen folgen. Eine breite Mehrheit der Abgeordneten in Berlin und Paris unterstützt diesen umfassenden Ansatz von Aachen. Das spiegelt

auch die erste Entschließung wider, die die Parlamentarier in Berlin gemeinsam verabschiedeten und die nur drei Tage später als Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen (19/13533) auch den Bundestag erfolgreich passierte. Die Parlamentarier fordern ihre Regierungen darin zu einer »zügigen und ambitionierten Umsetzung« des Paktes auf und nennen als Prioritäten unter anderem die Realisierung von Bürgerfonds und Zukunftswerk. Schnell soll es außerdem bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gehen. Denn, so meint nicht nur der FDP-Abgeordnete Link: »Gerade auf lokaler Ebene gibt es viel zu tun« – bei der Verkehrsanbindung, der ärztlichen Versorgung oder bei grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten, zum Beispiel bei Handwerkerleistungen beiderseits der Grenze. Doch es gibt auch Widerstände gegen den Aachener Vertrag, vor allem seitens der Linksparteien in Nationalversammlung und Bundestag und der AfD. »Wir lehnen den Vertrag ab, weil er den Schwerpunkt auf Aufrüstung und militärische Zusammenarbeit setzt«, erklärt Fabio Di Masi (Die Linke) dieser Zeitung. Die Bürger würden keinen deutsch-französischen Flugzeugträger erwarten, »sondern mehr Abrüstung und Diplomatie sowie soziale Sicherheit«. Er fordert ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuererosion und eine »Angelegenheit sozialer Standards nach oben«. Mit einem entsprechenden Entschließungsantrag (19/13590) scheiterten die Linken jedoch im Plenum. Die AfD kritisiert zahlreiche Artikel im Vertrag, insbesondere die Pläne für ein gemeinsames Wirtschaftsrecht und die militärische Zusammenarbeit. Artikel 20 könnte die Grundregeln des Wirtschaftens verändern, warnt die Fraktion in einem Antrag (19/13533), der zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Der nach Ansicht von Norbert Kleinwächter »hochproblematische« Artikel 4 sehe im Falle eines Angriffs auf das jeweilige Hoheitsgebiet »ein Militärbündnis mit jeder in der Macht beider Staaten stehenden Unterstützung« vor. Damit gehe der Pakt deutlich über die Bestimmungen des Nato-Vertrages und der Europäischen Union hinaus.

»Vertag ratifiziert« AfD und Linkspartei votierten daher am vergangenen Donnerstag im Bundestag in namentlicher Abstimmung gegen die noch ausstehende Ratifizierung des Aachener Vertrages. Dennoch passierte das von der Bundesregierung vorgelegte Vertragsgesetz (19/10051) das Parlament letztlich mit einer breiten Mehrheit von 479 Stimmen. In der Nationalversammlung soll die Ratifizierung am 3. Oktober folgen. Alle Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung meldeten jedoch noch intensiven Gesprächsbedarf an – insbesondere beim heiklen Thema Rüstungsexporte. Hier gibt es akute Differenzen: Deutschland hat deutlich strengere Vorschriften für die Ausfuhr von Waffen als Frankreich und deswegen, gegen den Protest des Nachbarn, kürzlich die Exporte nach Saudi-Arabien ausgesetzt. »Die Verständigung auf gemeinsame Richtlinien sollten wir weit oben auf die Tagesordnung setzen«, meint daher nicht nur Thomas Oppermann. Auch für Franziska Brantner geht es darum, »einen gemeinsamen, rechtsverbindlichen Ansatz zu finden«. Ihr zufolge sind zwei Arbeitsgruppen zu Verteidigung und Rüstungsexporten sowie zu Finanzen bereits in Planung. »Alle scharren mit den Hüfen und wollen mit der inhaltlichen Zusammenarbeit beginnen«, sagt die Grünen-Abgeordnete. Die Sitzung in Berlin hat dafür neue Brücken geschlagen. *Johanna Metz*

## »Wir müssen die Unterschiede akzeptieren«

**SABINE THILLAYE** Die Co-Vorsitzende der DFPV über die Eigenheiten von Deutschen und Franzosen und die Herausforderungen für die gemeinsame Arbeit

Frau Thillaye, die zweite Sitzung der neuen Deutsch-Französischen Versammlung (DFPV) in Berlin stand nach der feierlichen Konstituierung im März in Paris unter dem Motto: *Ran an die Arbeit. Wie ist Ihr Resümee?* Das war ein sehr konstruktives Treffen. Der Wille ist da, konkret zusammenzuarbeiten und die 15 Handlungsfelder, die die Regierungen im Aachener Vertrag festgelegt haben, intensiv parlamentarisch zu begleiten. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die Menschen im deutsch-französischen Grenzgebiet darauf warten, dass Barrieren zwischen beiden Ländern – etwa im Schienenverkehr und in der Bürokratie – abgebaut werden. Aber wir dürfen auch die anderen Regionen nicht vergessen. Für sie soll die engere Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich ebenfalls einen Mehrwert haben – in der Industriepolitik, beim Klimaschutz, der Digitalisierung, aber auch beim Thema europäische Souveränität und Verteidigung. Die Versammlung besteht aus hundert Abgeordneten aus beiden Ländern und insgesamt 15 Gruppierungen und Fraktionen unterschiedlichster politischer Couleur. Wie schwierig war es, sich auf eine Geschäftsordnung und eine Entschließung zur Umsetzung des Aachener Vertrages zu einigen?

Einfacher als gedacht. Alle wollten zeigen, dass wir als Parlamente weder die europäische Einigung noch die deutsch-französischen Beziehungen allein unseren Regierungen überlassen wollen. Trotzdem sind wir immer noch dabei, einander besser kennenzulernen und ein Gespür für die unterschiedlichen Mentalitäten und Herangehensweisen zu entwickeln. **Wo liegen die größten Unterschiede?** Zum einen im politischen System. Da ist der französische Zentralstaat, in dem Entscheidungen oft sehr hierarchisch, dafür aber meist schneller als in Deutschland getroffen werden. Dort das föderative System Deutschlands mit seinen verschiedenen Entscheidungsebenen, den umfassenden Informationspflichten der Regierung gegenüber dem Parlament und starken parlamentarischen Mitbestimmungsrechten etwa bei Bundeswehrmandaten. Während das Mehrheitswahlssystem in Frankreich auf Konfrontation ausgerichtet ist, wird in Deutschland der Kompromiss sehr hochgehalten. Aber auch kulturell zeigen sich in der Versammlung einige Unterschiede. **Inwiefern?** Ohne Schwarz-Weiß-Malerei betreiben wir wollen, aber Franzosen fallen bei Verhandlungen ungern mit der Tür ins Haus und bauen zunächst gern eine gewisse emotionale Ebene auf. Deutsche sind eher sachbe-

zogen und wollen schnell auf den Punkt kommen. Während Franzosen Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten mögen, setzen die Deutschen auf Stabilität und Risikovermeidung. Es ist nicht immer leicht, angesichts so unterschiedlicher Mentalitäten ein gegenseitig Verständnis zu entwickeln. Spannend zu beobachten war aber in den vergangenen Wochen, wie sich erste Linien verwischt haben und länderübergreifend Allianzen entstanden sind. **Sie kennen beide Länder bestens. In Remscheid geboren, haben Sie einen Franzosen geheiratet und in Paris politische Karriere gemacht. Sehen Sie sich in der Parlamentarischen Versammlung auch als Brückenbauerin zwischen den Kulturen?** Das würde ich gerne sein, auch um Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Denn Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit wird sein, die Unterschiede zu akzeptieren und nicht einfach wegzuwischen. Niemand sollte versuchen, dem anderen etwas aufzudrängen. Nur was gemeinsam erarbeitet wurde, kann am Ende auch gemeinsam getragen werden. **Wie optimistisch sind Sie, dass das Gremium tatsächlich konkrete, im Alltag der Menschen spürbare Beschlüsse fassen wird? Die Entschließungen sind ja für die Regierungen gar nicht bindend.**

Das hängt von mehreren Faktoren ab. Noch wissen wir zum Beispiel nicht, wie und wann wir zeitlich zusammenkommen können; gerade der Bundestag hat ja sehr feste Sitzungsperioden. Außerdem ist noch unklar, welches Budget wir zur Verfügung haben werden. Davon hängt unter anderem ab, wie viele Arbeitsgruppen wir bilden können. **Eine Arbeitsgruppe zur Künstlichen Intelligenz wurde in Berlin bereits beschlossen. Warum haben die Abgeordneten ausgerechnet dieses Thema zuerst auf ihre Agenda gesetzt?** Das ist ein wichtiges Thema, bei dem wir international den Anschluss nicht verlieren dürfen. Wir müssen gemeinsame Projekte und Strategien entwickeln und diese auch entsprechend finanzieren. **Das wird kaum jemand bestreiten. Viel Streit gibt es hingegen bei der geplanten Annäherung in der Sicherheit und Verteidigungspolitik. Gemeinsame Rüstungsprojekte und Militäreinsätze, erleichterte Rüstungsexporte und eine militärische Beistandsverpflichtung haben auch unter den Abgeordneten viele Kritiker. Warum wurde dazu in Berlin keine Arbeitsgruppe gebildet?** Wir vom Vorstand wollen der Versammlung keine Themen aufzwingen, sondern möchten, dass die Initiativen aus den Reihen der Abgeordneten kommen. Eine solche Initiative gab es seitens einiger Abgeordneter auf deutscher und französischer Seite im Bereich Künstliche Intelligenz. **Wird die Versammlung das »heißfe Eisen« Sicherheit und Verteidigung, das viele Abgeordnete ansprachen, aber bald anpacken? Klärungsbedarf gibt es genug – siehe etwa den Exportstopp, den Deutschland gegen den Willen Frankreichs für Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien ausgesprochen hat.** Das wäre sehr wichtig. Gerade bei schwierigen Themen wie den Rüstungsexporten



Sabine Thillaye

Das Interview führte Johanna Metz. Die in Remscheid geborene Sabine Thillaye ist seit 2017 Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung und leitet dort den Europaausschuss. Seit 2019 ist sie Co-Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung.





Premierminister Mateusz Morawiecki (PiS-Partei, linkes Bild) und seine Kontrahentin, die frühere Parlamentspräsidentin Malgorzata Kidawa-Blonska (Bürgerplattform PO, rechtes Bild)

© picture-alliance/AP News

## Spannungen in der Golfregion

**AUSWÄRTIGES I** Die Opposition reagiert mit Unverständnis auf das Agieren der Bundesregierung angesichts der Verschärfung der Konflikte in Nahost nach den Anschlägen auf saudi-arabische Ölanlagen. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Grünen-Fraktion zur „Haltung der Bundesregierung zur Eskalation in der Golfregion“ bestand vergangene Woche allerdings Einigkeit, dass es darum gehen müsse, ein atomare Aufrüstung des Iran und der gesamten Region zu verhindern. Omid Nouripour (Grüne) kritisierte, dass die Bundesregierung der Eskalation keine Initiative im UN-Sicherheitsrat entgegensetze – dafür aber Forderungen aus der Union, die Blockade deutscher Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu lockern. Jürgen Hardt (CDU) verteidigte hingegen die Positionierung der Bundesregierung gegenüber dem Iran – es gebe für dessen Urheberschaft jede Menge Indizien und Plausibilitäten. Armin-Paulus Hampel (AfD) beklagte, dass Deutschland seinen einst „massiven und guten Einfluss“ auf den Iran verloren habe. Deutschland sitze am Katzentisch während der französischen Präsident die Initiative an sich reiße. Thomas Oppermann (SPD) betonte, dass die „Strategie des maximalen Drucks“ der USA zu einem „sicherheitspolitischen und diplomatischen Desaster“ geführt habe. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) bezeichnete den Iran als einen „Eskalationsfaktor“. Die Führung stütze das syrische Regime und die Huthi-Miliz im Jemen, sie betreibe ein ballistisches Raketenprogramm und arbeite an der atomaren Bewaffnung. Sevim Dagdelen (Die Linke) warnte vor einseitigen Schuldzuweisungen: Die Bundesregierung bleibe die Antwort schuldig, warum die Täterschaft der Huthi nicht genauso plausibel sein soll wie die behauptete iranische. **aha**

# Am Ziel der Träume

**POLEN** Vor der Wahl am 13. Oktober kann die Opposition keine Wechselstimmung erzeugen

Jaroslav Kaczynski möchte Polen „von Grund auf verändern“. Das sagt der Vorsitzende der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) seit Langem. Es ist sein politischer Traum. Das Land, das dem 70-Jährigen vorschwebt, soll auf dem Fundament einer starken Nation ruhen und den „Werten des Polentums“ verpflichtet sein. Dazu zählt Kaczynski vor allem die klassische Familie, die „aus Mann, Frau und ihren Kindern besteht“, sowie den katholischen Glauben: „Ein guter Pole muss wissen, welche Rolle die Kirche spielt. Jenseits davon gibt es nur Nihilismus.“ Und über all dem wacht eine mächtige, vom Volkswillen getragene Regierung, die den Menschen äußere, innere und soziale Sicherheit garantiert. Der Verwirklichung seines Traums war Kaczynski noch nie so nah wie in diesem Herbst 2019. Die PiS regiert zwar bereits seit vier Jahren und stellt mit Andrzej Duda den Präsidenten. Aber um Kaczynskis „wahres Ziel“ zu erreichen, von dem er spricht, um gegen allen Widerstand ein fundamental neues Polen zu schaffen, haben Zeit und Machtfülle bislang nicht ausgereicht. Das jedoch könnte sich bald

ändern. Denn wenn die Bürgerinnen und Bürger am 13. Oktober den Sejm und den Senat neu wählen, dann hat die PiS allen Umfragen zufolge beste Chancen, ihre absoluten Mehrheiten in beiden Parlamentskammern auszubauen. Selbst eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für die PiS scheint möglich, denn das gemischte Wahlsystem bevorzugt die großen Parteien. So eroberte die PiS vor vier Jahren mit 37,6 Prozent der Stimmen 235 von 460 Mandaten im Sejm und 61 von hundert Senatssitzen. Diesmal aber sagen die Demoskopien der Partei bis zu 48 Prozent Stimmenanteil voraus. In diesem Fall, so wird in Warschau spekuliert, könnte der „Strippenzieher“ Kaczynski, der bislang kein Regierungsamt innehat, aus den Kulissen der Macht ins Rampenlicht treten und selbst Ministerpräsident werden. Käme es so, würde für Grzegorz Schetyna ein Albtraum wahr. Der Chef der gemäßigt-konservativen Bürgerplattform ist überzeugt, dass Kaczynski in Polen ein „östliches Herrschaftsmodell“ installieren will, wie in Russland oder anderen Autokratien des postsowjetischen Raums. „Wir kämpfen um die Existenz der Demokra-

tie“, sagt Schetyna, dessen Partei mit Grünen und Liberalen ein Listenbündnis eingegangen ist: die Bürgerkoalition (KO). Aber auch gemeinsam schaffen es die Mitteparteien in den Umfragen bestenfalls auf 28 Prozent. Eine Allianz aus der postsozialistischen SLD und der Parteineugründung Wiosna (Frühling) des linksliberalen Hoffnungsträgers Robert Biedron kann mit zwölf Prozent rechnen. Die strukturkonservative Bauernpartei kommt im Bündnis mit dem rechten Rocksänger Pawel Kukiz auf sieben Prozent. Eine Wechselstimmung ist nirgendwo im Land auszumachen. Das hat nicht zuletzt mit den hervorragenden Wirtschaftsdaten zu tun. Polen boomt. 2018 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um gut fünf Prozent. Das war der beste Wert seit zwölf Jahren. Die Arbeitslosigkeit sank zuletzt auf 3,2 Prozent. Das ist nicht nur Rekord seit dem Ende des Kommunismus, sondern bedeutet faktisch Vollbeschäftigung. Die PiS-Regierung nutzte die Lage, um das Soziale in der polnischen Marktwirtschaft zu stärken. Erstmals in der Geschichte des Landes führte sie ein Kindergeld ein. Rund 120 Euro monatlich erhält jede polnische Familie für das zweite und jedes weitere Kind. Zugleich nahm die Regierung die Rente mit 67 zurück und erhöhte den Mindestlohn. Hinzu kommt ein psychologischer Effekt, von dem die Kaczynski-Partei profitiert.

Die PiS-Regierung setzte sich über alle Warnungen von Ökonomen hinweg, die Wohlfahrtspolitik werde das Wirtschaftswunder abwürgen. Sie ignorierte, dass die wichtigsten US-Agenturen ihr Rating für Polen senkten und die Opposition über „wahnwitzige Wahlgewinne“ lästerte. Am Ende behielt die PiS recht. Die Staatsverschuldung liegt aktuell unter dem Wert von 2015, und die Ratingagenturen haben ihren Ausblick längst von „negativ“ auf „stabil“ geändert. Dass sich die Horrorszenarien nicht bestätigten, stärkte das Vertrauen der Menschen in die PiS. **Sozialpolitische Wohltaten** In ihrem Wahlprogramm hat die Partei eine neue sozialpolitische Offensive angekündigt. Der Staat werde in Zukunft eine 13. Monatsrente zahlen und massiv in die Modernisierung von Krankenhäusern investieren. Auch Mindestlohn und Mindestrente sollen weiter angehoben werden. Die Opposition kontert mit Versuchen, die sozialpolitische Agenda der Regierung zu überbieten. Kostenlose Medikamente für Alte und Behinderte, eine Pflegeoffensive und mehr Geld für Bildung hat die Bürgerkoalition ebenso im Programm wie die Linksallianz. Weitgehend aus dem Blick geraten ist dabei der Streit um die Rechtsstaatlichkeit, der nach dem Wahlsieg der PiS von 2015 phasenweise Hunderttausende Menschen

im ganzen Land auf die Straße trieb. Die Demonstranten protestierten damals lautstark gegen einen „Frontalangriff auf die Demokratie“. Auch die EU-Kommission reagierte schnell und scharf. Nur zwei Monate nach dem Machtwechsel in Warschau brachte sie ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen auf den Weg, weil die PiS-Regierung die Staatsmedien und vor allem die Justiz samt Verfassungsgericht der Regierungskontrolle unterworfen hatte. Doch inzwischen hat der Konflikt an Heftigkeit verloren. Zuletzt nahm die Regierung Teile ihrer umstrittenen Justizreformen zurück, nachdem der Europäische Gerichtshof die Gesetze für nicht vereinbar mit EU-Recht erklärt hatte. Bei PiS-Gegnern jedoch geht vor den Parlamentswahlen die Angst um, die Partei könnte nach dem 13. Oktober eine „zweite Welle anti-demokratischer Systemreformen“ über das Land schwappen lassen. Anhaltspunkte dafür gibt es. In ihrem Programm kündigt die PiS unter anderem an, die Immunität von Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten aufheben zu wollen. Dafür bräuchte sie allerdings eine verfassungsändernde Mehrheit. Für die einen in Polen würde damit ein Traum wahr. Für die anderen bleibt es ein Albtraum. **Ulrich Krökel**

Der Autor war lange Jahre Korrespondent in Polen und ist heute freier Journalist in Berlin.

## Verlängerung des Anti-IS-Einsatzes

**AUSWÄRTIGES II** Die Bundeswehr soll den Einsatz „zur Sicherung der Stabilität, zur Verhinderung des Wiedererstarkens von IS und zur Förderung der Versöhnung in Irak und Syrien“ fortsetzen. Das geht aus einem Antrag (19/13290) der Bundesregierung hervor, den das Bundestagsplenum vergangene Woche in die Ausschüsse überwies. Die Bundeswehrsoldaten sollen weiterhin unter anderem Aufgaben zur Einsatzunterstützung wie die Luftbetankung und die See- und Luftraumüberwachung etwa durch Beteiligung an Nato-AWACS-Flügen übernehmen, bei denen Daten für die internationale Koalition gegen den IS gewonnen und weitergegeben werden. Im Mittelpunkt soll zudem weiterhin der Fähigkeitsaufbau der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte stehen mit dem Schwerpunkt der „Ausbildung von Ausbildern und Spezialisten“. Das Mandat für den Fähigkeitsaufbau der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ist befristet längstens bis Ende Oktober 2020, die deutschen Beiträge zur luftgestützten Aufklärung und Luftbetankung sollen bereits Ende März 2020 enden. „Für die Bundesregierung wird das Bundesministerium der Verteidigung die Bemühungen um die Ablösung der deutschen Beiträge zur luftgestützten Aufklärung und zur Luftbetankung durch andere Nationen intensivieren.“ Die Personalobergrenze soll bei bis zu 700 Soldaten liegen, das sind 100 Soldaten weniger als im bisherigen Mandat. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden auf knapp 53 Millionen Euro beziffert. **aha**

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
fazit-com@intime-media-services.de  
Telefon 089-8585 3832

## Mühsamer Kampf

**MENSCHENRECHTE** Experten fordern Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit

Weltweit immer mehr gewaltsame Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger, die ungeahndet bleiben – in einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses in der vergangenen Woche zeigten sich Experten besorgt über das wachsende Phänomen der Straflosigkeit und sprachen sich für eine Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit aus. So forderte der internationale Strafrichter Christoph Flüge, insbesondere die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zu verbessern, „wenn man die Forderung nach einem Ende der Straflosigkeit ernst meint“. Diese Auffassung teilte auch der Strafrechtsprofessor Christoph Safferling: Eine Ursache für die „aktuelle Krise“ des IStGH sieht er in der Unvereinbarkeit der unterschiedlichen Rechtsordnungen von Völkerrecht und Strafrecht. Auch die Verfahrensordnung des Gerichtshofes sei „rudimentär“. Carsten Stahn, Professor für Internationa-

les Strafrecht und Globale Gerechtigkeit an der Universität Leiden, gab zu bedenken, dass das Strafrecht ein „mühsames und nicht immer das beste Mittel“ sei, um Konflikte zu lösen. Um Straflosigkeit erfolgreicher zu bekämpfen, brauche es eine stärkere Kooperation zwischen dem internationalen Menschenrechtsschutz und der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Deren Institutionen in New York, Genf und Den Haag überschneiden sich oft in ihrer Arbeit. Es gelte künftig sicherzustellen, dass sie sich besser ergänzen. **Sonderfall Libyen** Auf akute Probleme internationaler Strafgerichtsbarkeit lenkte Omar Shtatz, Völkerrechtsdozent an der Elitesehule Science Po in Paris, den Blick: Aufgrund der Zusammenarbeit von EU und libyscher Küstenwache in der Migrationspolitik fänden in Libyen kaum Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofes statt, monierte er, obwohl die Verbrechen gegen „Migranten im Transit“ gut dokumentiert seien. „Tötungen und Folter seien weitverbreitet, Libyen sei ein Markt für Menschenhandel“ geworden, zitierte Shtatz die Chefanklägerin des IStGH, Fatou Bensouda. Beteiligt daran seien letztlich auch „EU-Vertreter, einschließlich Vertreter der Bundesrepublik Deutsch-

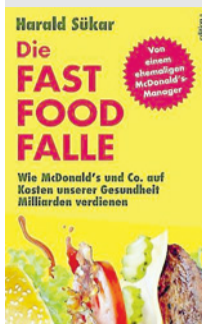
land“, urteilte Shtatz – durch ihre Zusammenarbeit mit Libyen. Anna von Gall, Expertin für „sexualisierte und geschlechter-spezifische Gewalt“ mahnte, um Straflosigkeit zu bekämpfen, sei es unerlässlich, auch Menschenrechtsverteidiger „angemessen“ zu schützen. In diesem Zusammenhang müsse sich Deutschland „die Konsequenzen seiner Rüstungsexporte bewusst machen“. Alfred M. de Zayas, Professor für Internationales Recht in Genf, wies darauf hin, dass bei der Bekämpfung von Straflosigkeit die Prävention von Kriegen eine zentrale Rolle spiele. Dringender als die Ahndung von Kriegsverbrechen sei die „Reparation und Rehabilitation“ der Opfer. Zygimantas Pavilionis, Vize-Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des litauischen Parlaments, warb dafür, dass weitere EU-Staaten dem Beispiel Litauens folgen und an dem US-amerikanischen „Magnitzky Act“ orientierte Gesetze verabschieden, um Menschenrechtsverletzer zu bestrafen. Wenn ihnen die Einreise verweigert werde oder Konten eingefroren würden, sei das für sie eine „echte Bedrohung“, sagte Pavilionis. So könne Europa ein Signal für Demokratie, Menschenrechten und die Bekämpfung von Straflosigkeit setzen. **Sandra Schmid**

## EU-Perspektive für Westbalkan

**EUROPA** Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien votiert. Für den Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD zu Nordmazedonien (19/13508) stimmten 465 Abgeordnete, mit Nein votierten 122, es gab 16 Enthaltungen. Für den Antrag zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien (19/13509) votierten 395 Abgeordnete, 188 wandten sich dagegen, 16 enthielten sich. Die Koalitionsfraktionen sehen im Beitrittsprozess einen „entscheidenden Motor für Reformen und Stabilität“, mahnen aber insbesondere mit Blick auf Albanien weitere Schritte an, um die Kriterien eines EU-Beitritts zu erfüllen. So müsse das Land vor der ersten Beitrittskonferenz die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichts sicherstellen und eine Wahlrechtsreform beschließen. Eine entsprechende Forderung hatten auch FDP und Grüne in einem Antrag (19/13518) beziehungsweise Änderungsantrag (19/13576) aufgestellt, beide Fraktionen fanden jedoch keine Mehrheit. Der Europäische Rat will am 17./18. Oktober die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten beschließen. Die Bundesregierung soll zuvor Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen. **joh**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSiert



**Harald Sükar:**  
Die Fast Food Falle  
Verlag edition a,  
Wien 2018,  
253 S., 22 €

Der Groschen fällt spät, aber immerhin: Selten kritisieren ehemalige Spitzenmanager ihre früheren Arbeitgeber so unbarmherzig und grundsätzlich, wie Harald Sükar das in seinem Buch „Die Fast Food Falle“ tut. Streng genommen kritisiert der Österreicher nicht das Unternehmen McDonalds an sich, das ja auch seine guten Seiten habe, sondern dessen Produkte, die er, mit reichlich Verspätung, als besonders gesundheitsschädigend identifiziert hat. McDonalds, lautet sein bissiges Fazit nach 13 Jahren als Manager des global agierenden US-Konzerns, verdient massenweise Geld mit dem Verkauf von Billiggessen, das einem Giftcocktail gleicht, süchtig, dick und krank macht.

Für die Eltern zahlloser Kinder hierzulande hat der plötzlich hellseherische Manager eine unbequeme Botschaft: „Geht nicht hin zu den Fast-Food-Riesen. Schon gar nicht mit Euren Kindern. Nicht einmal ausnahmsweise.“ Denn, so wird in dem Buch nahegelegt, Fast Food könnte letztlich sogar als eine Form von Kindesmisshandlung angesehen werden. Kinder, lautet die diabolische Botschaft, werden trickreich angelockt und dauerhaft beschädigt. „Kriegst Du die Kinder, gehören sie Dir auf ewig.“

Die umfangreichen Warnungen vor Zucker („weißes Gift“), Fett, Salz und künstlichen Phosphaten als potenziellen Suchtstoffen werden faktenreich und anschaulich dargestellt. Kurzweilig lesen sich Sükar's Ausflüge in die Geschichte der Firma, die als kleine Burger-Braterei der Brüder Richard und Maurice McDonald in Kalifornien begann, und seine Erklärungen zum Erfolgsrezept des Fast-Food-Giganten. Vor allem billig musste die Produktion sein und straff durchorganisiert, getragen von Mitarbeitern mit dem richtigen „Spirit“. Warum gerade der Ex-Manager, der sich lange als Teil der Fast-Food-Familie verstanden hat, nun als Warner und Mahner vor industriell gefertigter Nahrung auftritt, bleibt freilich unscharf. *Claus Peter Kosfeld*



**Sarah Spiekermann:**  
Digitale Ethik.  
Ein Wertesystem für das 21. Jahrhundert.  
Droemer, München 2019,  
304 S., 19,99 €

Einst hieß es beim Suchmaschinen-Giganten Google „Don't be evil!“, inzwischen hat der Mutterkonzern Alphabet normativ aufgesattelt: „Do the right thing!“, fordert das Unternehmen nun von seinen Mitarbeitern. Eine Forderung, die sicherlich auch die an der Universität Wien lehrende Sarah Spiekermann unterstützen würde. Allerdings wäre die Wirtschaftsinformatikerin wohl skeptisch, ob es der Internetriesen ernst meint. Denn für Spiekermann liegt in der digitalen Welt einiges im Argen: Rendite und Effizienz und nicht das „gute Leben“ und das Gemeinwohl stünden im Fokus. Mit ihrem Buch „Digitale Ethik“ wagt die 46-Jährige den ganz großen Aufschlag und will ein „Wertesystem für das 21. Jahrhundert“ vorlegen, um diesem Denken Einhalt zu gebieten. Fortschritt dürfe eben nicht nur technisch betrachte werden, sondern müsse wertorientiert und menschengerecht sein. Das bedeute, so schreibt die Autorin, „die ökonomisch rationalen Schlichtheiten unserer Zeit wegzulassen, während gleichzeitig Tugenden und positive Werte in der Gesellschaft gefördert werden“. Dazu analysiert sie Aspekte wie das Fortschrittsdenken und die Freiheit in der digitalen Welt und plädiert für eine an Max Scheler orientierte Werteethik.

Diese theoretische Herleitung gehört zu den weniger überzeugenden Aspekten des Buches. In der Konkretisierung, wenn Spiekermann ihre Expertise in der IT-Branche ausspielt und sich für „Ethics by Design“ stark macht, bietet das Buch aber vieles zum Nachdenken und Praktisches im Umgang mit dem Digitalen. So beispielsweise, wenn sie über Lieferdienste räsoniert und ein mit ihren Studenten erarbeitetes, fiktives Modell präsentiert: Statt auf die kürzesten Routen und maximale Lieferrate zu trimmen, könnte der Dienst Zeit für einen Plausch mit den Kunden lassen und den Verbrauchern gern auch mal gesündere Alternativen zur Salami-Pizza anbieten. *Sören Christian Reimer*



Friedliche Revolution: Am 15. Januar 1990 stürmten tausende DDR-Bürger die Zentrale der Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg und sicherten die Stasi-Akten vor ihrer Vernichtung.

# Streit um Akten

## DDR Bundestag verlängert Überprüfungen auf Stasi-Tätigkeit und billigt Konzept zur Zukunft der Stasi-Unterlagen

Politische Mandatsträger, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und andere Personen in herausgehobenen politischen und gesellschaftlichen Positionen sollen weiterhin auf eine offizielle oder inoffizielle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR überprüft werden können. Der Bundestag verabschiedete den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/11329) gemäß der Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/13577) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Lediglich die Linksfraktion votierte gegen die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Ebenfalls grünes Licht erteilte der Bundestag der Verschiebung der Aktenbestände der Stasi-Unterlagen-Behörde (BSTU) in den Verantwortungsbereich des Bundesarchivs. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP verabschiedete das Parlament gegen das Votum der AfD eine entsprechende Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/12115). Linke und Grüne enthielten sich der Stimme. Damit billigt der Bundestag die Umsetzung des Konzeptes zur dauerhaften Sicherung und Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen.

Die Rekonstruktion der Akten soll ebenso wie die wissenschaftliche Aufarbeitung fortgeführt werden. Ebenso soll der Zugang zu den Akten für betroffene Bürger, Wissenschaftler und Journalisten auch weiterhin nach den Maßgaben des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erhalten bleiben. Die Archivstandorte der BSTU in den Ost-Bundesländern sollen in jeweils einem Standort pro Land konzentriert werden. Zudem sieht das Konzept die Errichtung eines „Ortes deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg vor.

**Überführung ins Bundesarchiv** Das Konzept (19/8201) hatte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, zusammen mit dem Präsidenten des Bundesarchivs, Michael Hollmann, im Auftrag des Bundestages ausgearbeitet. Es sieht eine Verlagerung des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Verantwortung des Bundesarchivs vor.

Die Rekonstruktion der Akten soll ebenso wie die wissenschaftliche Aufarbeitung fortgeführt werden. Ebenso soll der Zugang zu den Akten für betroffene Bürger, Wissenschaftler und Journalisten auch weiterhin nach den Maßgaben des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erhalten bleiben. Die Archivstandorte der BSTU in den Ost-Bundesländern sollen in jeweils einem Standort pro Land konzentriert werden. Zudem sieht das Konzept die Errichtung eines „Ortes deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg vor.

Mit der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wird die Frist für Überprüfungen auf eine Stasi-Tätigkeit bis Ende 2030 verlängert. Ursprünglich wäre die Frist Ende dieses Jahres ausgelaufen. Mit Ausnahme der Linken schlossen sich alle anderen

Fraktionen der Sichtweise der Bundesregierung an, dass „das gesellschaftliche Bedürfnis an der Überprüfung bestimmter Personengruppen ungebrochen fortbesteht und auch künftig andauern wird“, wie es in der Gesetzentwurfvorlage heißt.

**»Generalverdacht«** Bei der Linksfraktion stößt dies allerdings auf Ablehnung. Deren kulturpolitische Sprecherin Simone Barrientos sagt, mit der andauernden Überprüfung auf eine Stasi-Tätigkeit würden die Ostdeutschen unter einen „Generalverdacht“ gestellt. Betroffen seien „all die, die in der DDR gelebt haben und bis 1971 dort geboren wurden. Das betrifft ehrenamtliche Bürgermeisterinnen genauso wie Mandatsträger oder Menschen, die eine höhere Laufbahn anstreben. Sie werden 2030 mindestens 59 Jahre alt sein, und es ist wohl anzunehmen, dass die Frist dann noch mal verlängert wird, damit einem auch ja keiner durch die Lappen geht, bevor sie dann endgültig Abschied nehmen von dieser Welt. Und es ist völlig egal, wie sie nach der Wende gelebt haben.“ Dies sei Ausdruck eines „arroganten Umgangs“ mit den Ostdeutschen, der auch zur Spaltung der Gesellschaft beitrage, argumentierte die Parlamentarierin.

Monika Lazar (Grüne), ebenso wie Barrientos selbst in der DDR geboren und aufgewachsen, widersprach diesem Standpunkt: „Hier von einem Generalverdacht zu sprechen, der alle Ostdeutschen trifft und von Westdeutschen ausgesprochen wird, halte ich für verfehlt.“ Es sei der Sache nicht würdig, Ost und West gegeneinander auszuspielen. Das durch die Überprüfung von Bewerbern für herausgehobene Ämter und Positionen auch weiterhin richtig, sagte Lazar.

Deutlich kontroverser als die Verlängerung der Überprüfungen debattierte der Bundestag die Verschiebung der Stasi-Akten in das Bundesarchiv. Die AfD-Fraktion lehnt dies kategorisch ab, sie hatte dazu eigens zusätzlich eine Aktuelle Stunde beantragt. Der kulturpolitische Sprecher, Marc Jongen (AfD), erhob massive Vorwürfe gegen die Koalition und die anderen Oppositionsfraktionen. Vor 30 Jahren hätten die Bürgerrechtler und Dissidenten der DDR dafür gekämpft, dass die Stasi-Akten nicht im Staatsarchiv der Bundesrepublik verschwinden, sondern dass sie in die Obhut eines unabhängigen Bundesbeauftragten gelangen, dass jeder DDR-Bürger die Möglichkeit erhält, seine Akte einzusehen und dass Wissenschaftler dort ungehindert forschen können. Doch ausgerechnet im 30. Jubiläumjahr der Friedlichen Revolution würde die BSTU „heimlich, still und leise abgewickelt“, kritisierte Jongen. Es dränge sich der Verdacht auf, dass „der Stif angezogen werden soll zu einem Schlussstrich unter die Aufarbeitung der Verbrechen des SED-Regimes“.

**AfD-Antrag abgelehnt** Jongens Rede sorgte bei allen anderen Fraktionen für Empörung und Unverständnis. Die kulturpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Elisabeth Motschmann (CDU) bezeichnete sie als „unverantwortlich und unterirdisch“ und die SPD-Kulturpolitikerin Budde befand lapidar, dass „schon lange nicht mehr so viel Unsinn aus so unberufenem Munde gehört“ habe. Motschmann, Budde, der FDP-Kulturpolitiker Thomas Hacker, Monika Lazar (Grüne) und Simone Barrientos (Linke) stellten klar, dass der Zugang zu den Akten und ihre Aufarbeitung im Bundesarchiv viel eher verbessert werden sollen. Den Antrag der AfD zur Fortführung der BSTU in ihrer jetzigen Form (19/13529) lehnte der Bundestag in nammentlicher Abstimmung mit 547 gegen 79 Stimmen ab. *Alexander Weinlein*

## Restitution von NS-Raubkunst

**KULTUR** Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD soll die Restitution von NS-Raubkunst fortgesetzt und die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ weiterentwickelt werden. In ihrem gemeinsamen Antrag (19/13511), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag ohne Aussprache zur Beratung in den Kulturausschuss überwie, fordern die beiden Fraktionen die Bundesregierung auf, der Beratenden Kommission eine neu organisierte und personell angemessen ausgestattete Geschäftsstelle in Berlin und eine eigene Onlinepräsenz zur Verfügung zu stellen. Die Geschäftsstelle müsse befähigt sein, ihre administrativen Aufgaben selbstständig erledigen und die Kommission in wissenschaftlichen Fragen kompetent unterstützen zu können. Zudem müsse der Beratenden Kommission und ihrer Geschäftsstelle innerhalb des Wirtschaftsplans des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) ein der Aufgabe angemessenes Budget zur Verfügung gestellt werden. *aw*

KURZ NOTIERT

### Verhandlungen mit Hohenzollern über Kulturgüter

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Beteiligung des Bundestages bei den Verhandlungen der Bundesregierung und der Länder Berlin und Brandenburg mit dem Haus Hohenzollern über dessen Forderung nach Rückgabe von Kulturgütern. In einem Antrag (19/13545) spricht sie sich dafür aus, dass der Bundestag vollständig über die Verhandlungen informiert und ihm eine ausgehandelte Vereinbarung zur Billigung vorgelegt wird. *aw*

### FDP will Förderung für begabte Azubis verbessern

Die FDP-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (19/13460) auf, verwaltungsrechtliche Regelungen zwischen dem Bund und den 13 Begabtenförderungsstellen so zu ändern, dass die Aufnahme von Talenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung als Stipendiaten ermöglicht wird. Dabei sollen die Begabtenförderungsstellen frei über die Öffnung, die Auswahlverfahren und Angebote entscheiden können. Dafür sollen die Begabtenförderungsstellen finanzielle Mittel ab Beginn des Ausbildungsjahrs 2020/2021 erhalten. Die Stipendiaten sollen mit jeweils 300 Euro pro Monat gefördert werden. *aw*

### Linke fordert solidarische Umlagefinanzierung

Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung vorzulegen, der alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt. In dem entsprechenden Antrag (19/13504) spricht sie sich zudem für einen grundgesetzlichen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende, mindestens dreijährige Ausbildung aus. *aw*

## Von Erfolgsmodellen lernen

### BERUFLICHE BILDUNG Leuchtturm-Unternehmen und -Regionen im Fokus

Die Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen in der Digitalisierung bleiben groß. Was betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren in der beruflichen Bildung sein können, damit beschäftigte sich die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ vergangene Woche in einem öffentlichen Fachgespräch.

Oliver Maassen von der Trumpf-Gruppe in Ditzingen (Baden-Württemberg) berichtete von der Situation bei einem der weltweit größten Anbieter von Werkzeugmaschinen. In dem schwäbischen Familienunternehmen arbeitet die Hälfte der 14.000 Mitarbeiter nicht in Deutschland. „In diesem Jahr wurden über tausend Führungskräfte in zweitägigen Workshops geschult – auch damit sie die Transformation in ihren Bereichen formen können“, berichtete er der Kommission. Jede Führungskraft habe zudem den Auftrag, mindestens zwei Mal jährlich in Schulen zu gehen. Das Konzept, Lehrer auch mal in Unternehmen zu bringen, werde zukünftig ein großes Thema, prognostizierte Maassen.

Das Unternehmen bilde in acht Berufen aus und habe Studierende in neun dualen Studiengängen. Für die etwa 400 Auszubildenden werde zudem ein „digitaler Ausbilder“ beschäftigt. Bewährt habe sich im Un-

ternehmen, dass Auszubildende und Studierende gemeinsam Projekte entwickeln. Günter Hofmann vom Werkzeugbau Siegfried Hofmann GmbH in Lichtenfels (Bayern) berichtete den Kommissionsmitgliedern von der Situation in seinem Familienunternehmen. Dort arbeiten mehr als 400 Mitarbeiter und mehr als 50 Auszubildende. Das Unternehmen habe ein umfangreiches Weiterbildungskonzept, das jedem Mitarbeiter offen stehe, sagte Hofmann. „Die wichtigsten Faktoren sind ein modernes, gut ausgestattetes Ausbildungszentrum und kompetente Ausbilder“, betonte Hofmann. Auszubildende neue Technologien, wie den 3D-Druck, ausprobieren zu lassen, habe sich bewährt. Aber auch über Möglichkeiten, wie die Teilnahme am Programm Erasmus+ im Ausland könne man als Arbeitgeber attraktiv bleiben.

**Suche nach Azubis** Wirksam bei der Suche nach Auszubildenden seien vor allem die Mund-zu-Mund-Propaganda unter jungen Menschen, aber auch der Besuch von Ausbildungsmessen, bei denen Auszubildende selbst potenzielle Nachwuchskräfte informieren. Hofmann betonte auch die Wichtigkeit von Netzwerken und Kooperationen: „Wir haben uns entschlossen, ein neues Forschungs- und Anwendungszentrum für digitale Zukunftstechnologien aufzubauen, um angewandte Forschung für regionale Unternehmen, Wissenstransfer und Weiterbildung anzubieten“, sagte der Unternehmer. Das biete auch Chancen für kleine und mittlere Unternehmen und Berufsschulen.

Wie die Situation eines privaten Aus- und Weiterbildungsträgers ist, berichtete Steffen Staake von der BAL – Bildungs- und Beteiligungs GmbH in Leuna (Sachsen-Anhalt). „Wir haben 100 Auszubildende in mehr als 20 Ausbildungsberufen“, sagte er. 1993 wurde der Campus gegründet. Im Bereich der Berufsvorbereitung arbeite man eng mit Schulen aus dem Saalekreis zusammen. „Ich denke, jede Schule ist in der Lage, Maßnahmen zur Berufsorientierung bei Bildungsunternehmen in Anspruch zu nehmen“, sagte Staake. Er plädierte dafür, die Ausbildung bei Bildungsträgern auszubauen, da es im integrativen Modell geringere Abbrecherquoten als im kooperativen Modell gebe. *Lisa Brübler*

Wie die Situation eines privaten Aus- und Weiterbildungsträgers ist, berichtete Steffen Staake von der BAL – Bildungs- und Beteiligungs GmbH in Leuna (Sachsen-Anhalt). „Wir haben 100 Auszubildende in mehr als 20 Ausbildungsberufen“, sagte er. 1993 wurde der Campus gegründet. Im Bereich der Berufsvorbereitung arbeite man eng mit Schulen aus dem Saalekreis zusammen. „Ich denke, jede Schule ist in der Lage, Maßnahmen zur Berufsorientierung bei Bildungsunternehmen in Anspruch zu nehmen“, sagte Staake. Er plädierte dafür, die Ausbildung bei Bildungsträgern auszubauen, da es im integrativen Modell geringere Abbrecherquoten als im kooperativen Modell gebe. *Lisa Brübler*



Adresse



Deutscher Bundestag

### Ausschreibung Medienpreis Parlament 2020

Der Deutsche Bundestag würdigt mit dem Medienpreis Parlament herausragende publizistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages im Frühjahr 2020 verliehen.

- Eingereicht werden können journalistische Beiträge, die in Printmedien, Online-Medien, Rundfunk oder Fernsehen erschienen sind.
- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 30. September 2019 veröffentlicht worden sein. Einsendeschluss ist der 7. Oktober 2019.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit, ein Lebenslauf sowie die unterschriebene Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (abrufbar unter [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)) beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464  
E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Internet: [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)



**AUFGEKEHRT**

**Eine lange Woche**

**G**ott brauchte sechs Tage, um die Erde zu schaffen, am siebten faulenzte „er“. Und siehe: Es war eben nicht alles gut. Er hatte vergessen, das Problem mit der Erderwärmung zu lösen. Von wegen intelligentes Design. Upsi. „Fridays for Future“ wiederum demonstrierte nur am Freitag und das ist eigentlich zu wenig, denn die Erdrüttung dürfte mindestens so aufwendig sein, wie Licht einzuschalten, ein paar Moleküle zusammenzukippen, Leben zu schaffen, Rippen zu entnehmen und Hügel zu formen. Das haben die Demonstranten inzwischen erkannt und rufen wöchentlich zur Demo vor dem Finanzministerium auf. Das Motto: „Tuesdays for Taxes“, gefordert wird eine ernstzunehmende CO2-Bepreisung. Da geht noch mehr: Liberale könnten zu „Mondays for Marktmechanismen“ aufrufen. Geplant werden muss nichts, das regelt sich von allein. „Wednesday for Windkraftanlagenabstandsregelungen“ könnte in Bayern ein echter Hit werden: Pro Klimaschutz, aber nicht in meinem Vorgarten und nicht im Umkreis von zwei Kilometern und überhaupt: Ist in Schleswig-Holstein nicht noch Platz? „Saturdays for Sonnenanbeter“ bietet dann Gelegenheit, der darbenenden Solarbranche alles Gute im Wettbewerb mit den Chinesen zu wünschen. Damit es nicht zu einseitig wird, bietet „Thursdays for Toxicity“ (alternativ: „Fridays for Hubraum“) jenen meist männlichen Zeitgenossen Raum, die mal einen Artikel im Internet gelesen haben und nun klimawandelskeptisch sind oder Greta nicht mögen, ihr Auto aber umso mehr. Parolenvorschlag: „Hup, hup“ – wer nicht hupt, der fährt nur Fahrrad! Sonntags wird dann ausgeschlafen. *Sören Christian Reimer*

**VOR 55 JAHREN...**

**Todesstrafe für Taxi-Mord?**

**1.10.1964: Debatte um Wiedereinführung** „Die Todesstrafe ist abgeschafft“, lautet Artikel 102 des Grundgesetzes. Doch in den vergangenen Jahrzehnten wollten das nicht alle Abgeordneten so stehen lassen. So scheiterte zwar 1952 einer der letzten Versuche im Bundestag, die Todesstrafe wieder einzuführen. Doch die Debatte war damit beendet, wie das Jahr 1964 zeigt. Als am 1. Oktober der



Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) begrüßte 1964 den Vorschlag.

28-jährige Taxifahrer Karl-Heinz Koch, Vater von drei Kindern, in Bonn mit einem Stilet getötet wurde, kündigte noch am selben Tag der CDU-Abgeordnete Friedrich Kühn an, bei der nächsten Fraktionssitzung die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern. Für Verbrechen wie die sogenannten Taxi-Morde oder Bluttaten an Kindern. Prominente Unterstützung kam vom Altkanzler Konrad Adenauer (CDU): Er sei „bei bestimmten Verbrechen für die Wiedereinführung der Todesstrafe“, ließ Adenauer wissen, weil es „die Entwicklung“ notwendig mache. Umfragen zufolge wollte auch eine Mehrheit der Bevölkerung die Todesstrafe zurück. Zwar bekam Kühn von seiner Fraktion grünes Licht, einen entsprechenden Antrag ins Parlament einzubringen. Mit Blick auf die nahende Adventszeit wollte Kühn – obwohl er bereits 50 Unionsabgeordnete hinter sich versammelt hatte – mit der Einbringung des Antrags aber noch warten. Doch auch zu Beginn des Bundestagswahljahrs 1965 verzichtete er: Er wolle das Thema nicht zum „billigen Wahlkampfschlager“ machen. Die Initiative versandete. Als 1966 ein Kindermörder verhaftet wurde, wurden jedoch erneut Rufe nach der Todesstrafe laut. *Benjamin Stahl*



**ORTSTERMIN: STIPENDIATEN AUS ARABISCHEN LÄNDERN IM BUNDESTAG**



Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen, in der Bildmitte) verabschiedet die Stipendiaten aus acht arabischen Ländern.

© DBT/Achim Melde

**»Das Programm ist keine Einbahnstraße«**

Der blaue Bundestagsausweis hat es Bewar Taha angetan. „Wenn ich den Ausweis trage und mich in den Bundestagsgebäuden frei bewegen kann, fühle ich mich hier überhaupt nicht fremd“, sagt die 25-Jährige aus Erbil, der Hauptstadt der Region Kurdistan-Irak. Gemeinsam mit weiteren elf Frauen und neun Männern hat sie am heute beendeten vierwöchigen Sonderprogramm des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) für arabische Staaten teilgenommen. Unbeschreibliche Erfahrungen habe sie gemacht, erzählt Bewar Taha. Ein Highlight des Programms war für sie, „dass ich in die Ausschuss-Sitzungen darf und die gesamten Gespräche und Abstimmungen live mitbekommen kann“.

Das Sonderprogramm – „kleiner Bruder“ des IPS-Regelprogramms – fand inzwischen zum achten Mal statt. Aufgelegt wurde es erstmals im Jahr 2012 als Reaktion auf den Arabischen Frühling. Das IPS-Sonderprogramm habe vor allem zum Ziel, jungen Menschen aus verschiedenen arabischen Ländern intensive Einblicke in die Arbeitswei-

se des Bundestages, die Herzkammer unserer Demokratie, zu ermöglichen, erläutert Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Sie verbindet damit auch die Hoffnung, „dass unsere Gäste dadurch auch die parlamentarische Debattenkultur auf der Basis unserer Verfassung und deren Grundwerte besser kennenlernen“. Das Verständnis für politischen Pluralismus und kulturelle Vielfalt sei schließlich für die Zukunft auch dieser Länder von großer Bedeutung. Joseph Al Ajami ist sich dessen bewusst. Der 25-jährige IPS-Stipendiat aus dem Libanon, der im Sommer sein Medizinstudium abgeschlossen hat und sich derzeit in der Bewerbungsphase zur Approbation in Deutschland befindet, möchte das im Bundestag erlangte Wissen weitergeben „und hoffentlich so auch etwas zu einer positiven politischen Zukunft des Libanons beitragen“. Besondere Höhepunkte des Programms waren für ihn die Gespräche mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR,

*Götz Hausding*

**LESERPOST**

**Zur Zeitung allgemein:** Bis vor kurzem wusste ich gar nicht, dass es die Zeitung überhaupt gibt. Ihre sehr starke China-Ausgabe war beeindruckend. Im Allgemeinen hört oder liest man ja fast nur Negativberichte über die „Lieblings-Unbequemten“ der Deutschen: Donald Trump, Amerika, Israel und Netanjahu oder eben China. Unsere „Qualitätsmedien“ sind nicht mehr ausreichend und mir persönlich nicht glaubwürdig genug. Zu vieles wird weggelassen, unvollständig wiedergegeben, nachgeplappert oder ungünstig geschnitten. Das sind Mittel, die den Kontext verändern, abmildern oder gar verschleiern. Auch wenn mein Name es nicht verrät, bin ich deutsche Staatsbürgerin. Meine „geliebten Jahre“ erlauben mir einen interessanten Rückblick und Vergleiche zur Situation in meiner Kindheit, während meines Studiums in der DDR und jetzt in der Bundesrepublik. Es sieht der-

zeit nicht gut aus. Und das bereitet mir Sorgen. *Jehudit de Toledo Gruber, München*

**Zur Ausgabe 33-34 vom 12. August 2019, „American Dream in China“ auf Seite 1:** China bleibt als der „Wolf im Schafspelz“ und das Reich in der Mitte weiter auf Kurs. Das Land will auf dem Welt-Stockerl einfach die absolute Nummer eins sein. Wären da nicht dummerweise diese Demonstranten in Hongkong, die partout nicht das Demonstrieren aufgeben wollen. Alles könnte doch so schön und friedlich sein, doch ein weiterer „Himmischer Frieden“ könnte bald drohen! Jetzt haben sie nunmehr einen sehr prominenten „Mit-Demonstranten“ an ihrer Seite: Donald Trump, den Präsidenten der USA. Peking drohte den zigtausenden Demonstranten mit einem mili-

tärischem Eingreifen, und Trump hob prompt den Zeigefinger gegen den chinesischen Präsidenten Xi Jinping.

*Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

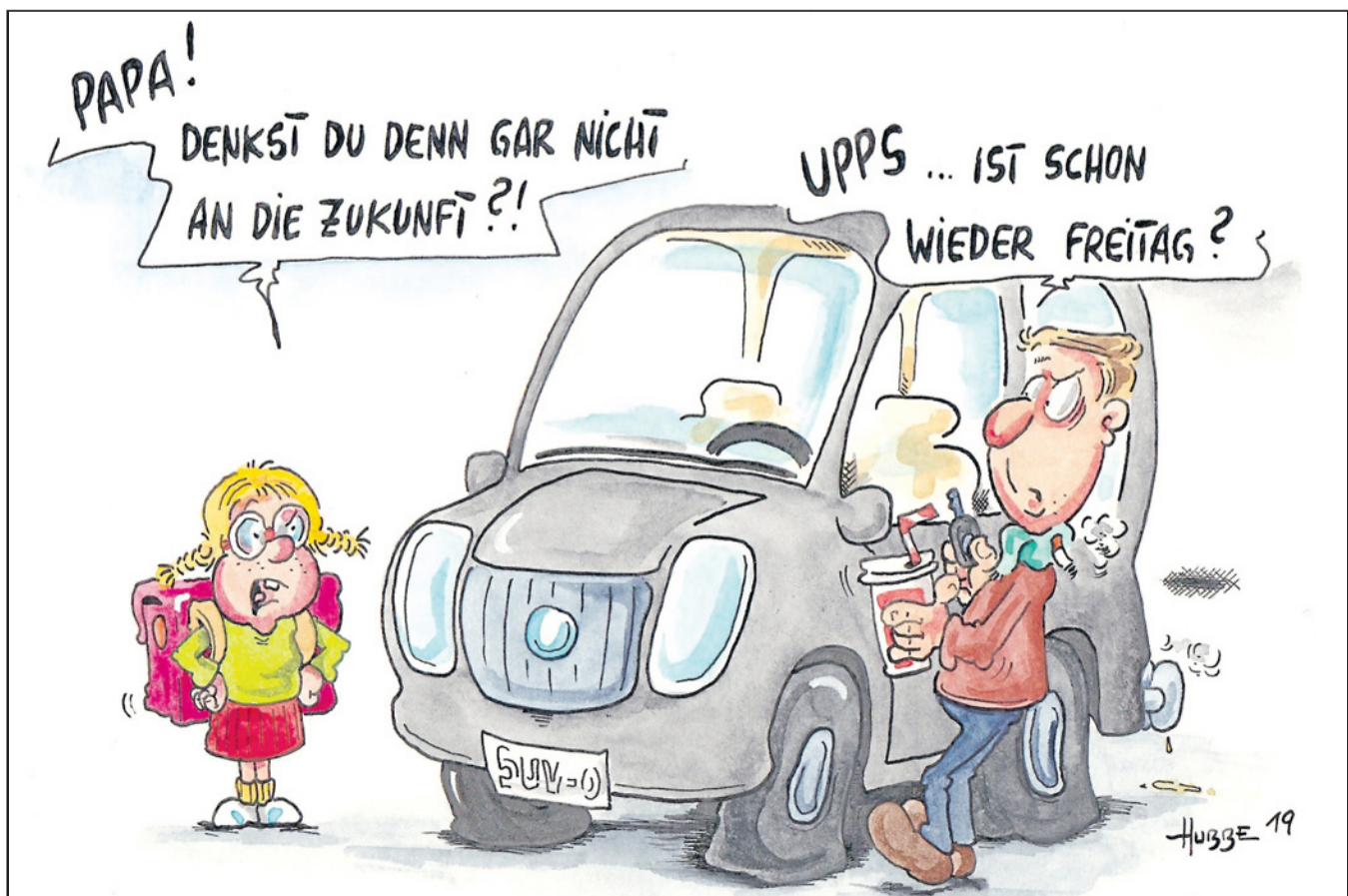
**Zur Beilage „leicht erklärt“ vom 12. August 2019:** Ich lese regelmäßig mit Gewinn die Beilage, und staune oft, wie gut es der Redaktion gelingt, schwierige Themen differenziert und einfach erklärt zu vermitteln. Oft lesen sie auch meine Kinder. An der Beilage „China. Auf dem Weg an die Spitze“ muss ich aber deutliche inhaltliche Kritik üben. Auf Seite zwei geht es um die „Probleme“, die China mit seiner Wirtschaft bekam. Vollkommen unterschlagen wird dabei Maos „Kulturrevolution“, die Millionen Menschen das Leben kostete. Stattdessen könnte man aus dem vorangehenden Text den

Eindruck gewinnen, die Probleme rührten von der Niederlage Chinas in Kriegen gegen die Westmächte. Maos Kommunismus war die eigentliche, hausgemachte, größere Katastrophe dieses Landes! Weiter wird vollkommen unterschlagen, dass China heute immer noch diktatorisch von einer kommunistischen Partei regiert wird. Als vor 30 Jahren in der DDR die Menschen demonstrierten, kämpften sie gegen die Angst vor einer „chinesischen Lösung“, nämlich einer blutigen Unterdrückung wie auf dem Tian'anmen-Platz. *Bert Pampel, Dresden*

**PANNENMELDER**

In der Ausgabe 38-39 wird in der Meldung „Weniger Mittel für das Bundeskanzleramt“ auf Seite 5 eine falsche Zahl genannt. Der Zuschuss für den Bundesnachrichtendienst (BND) steigt nicht auf 967,9 Milliarden Euro, sondern lediglich auf 967,9 Millionen Euro.

**SEITENBLICKE**



**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 16. – 18.10.2019

Regierungserklärung EU-Gipfel (Do), Grundsteuer-Reform (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 21. Oktober.

**PERSONALIA**

**>Arne Börnsen**  
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1998, SPD

Arne Börnsen begeht am 5. Oktober seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Ritterhude/Kreis Osterholz trat 1969 der SPD bei und war von 1982 bis 1992 Mitglied des niedersächsischen Landesvorstands. Von 1976 bis 1997 gehörte er dem Kreistag Osterholz an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Osterholz-Verden arbeitete vorwiegend im Ausschuss für Post und Telekommunikation mit, dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte.

**>Georg Schirmbeck**  
Bundestagsabgeordneter 2002-2013, CDU

Georg Schirmbeck wird am 6. Oktober 70 Jahre alt. Der Geschäftsführer aus Hasbergen/Kreis Osnabrück trat 1972 der CDU bei. Von 1976 bis 2011 gehörte er dem Kreistag Osnabrück und von 1990 bis 2002 dem niedersächsischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Osnabrück-Land gehörte dem Haushaltsausschuss an.

**>Reinhold Hemker**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD

Am 8. Oktober vollendet Reinhold Hemker sein 75. Lebensjahr. Der Gymnasiallehrer und protestantische Pfarrer aus Rheine trat 1967 der SPD bei, war von 1975 bis 1983 Kreistags- und von 1985 bis 1994 nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter. Der Direktkandidat des Wahlkreises Steinfurt III engagierte sich im Bundestag u.a. im Landwirtschaftsausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

**>Hans-Joachim Hacker**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, SPD

Hans-Joachim Hacker wird am 10. Oktober 70 Jahre alt. Der Diplom-Jurist aus Schwerin trat im Oktober 1989 der SPD in der DDR bei, war 1990 Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstands Schwerin und gehörte der ersten frei gewählten Volkammer an. Hacker, von 2002 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, wirkte u.a. im Rechts- und im Verkehrsausschuss mit.

**>Dorothee Wilms**  
Bundestagsabgeordnete 1976-1994, CDU

Am 11. Oktober vollendet Dorothee Wilms ihr 90. Lebensjahr. Die Diplom-Volkswirtin aus Grevenbroich schloss sich 1961 der CDU an und stand von 1973 bis 1984 an der Spitze der CDU-Frauen-Union im Rheinland. Von 1980 bis 1982 war sie – als erste Frau – Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 1982 berief sie Helmut Kohl zur Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft. Das Amt behielt sie bis 1987. Danach übernahm sie bis 1991 das Bundesministerium für innderdeutsche Beziehungen. Von 1992 bis 2011 amtierte Wilms als Kuratoriums-Vorsitzende der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

**>Norbert Schindler**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2017, CDU

Norbert Schindler wird am 15. Oktober 70 Jahre alt. Der Landwirtschaftsmeister und Winzer aus Bobenheim/Kreis Bad Dürkheim trat 1966 der CDU bei und war von 1991 bis 2015 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 1993 bis 2015 amtierte er als Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Neustadt-Speyer stets im Finanzausschuss.

**>Immo Lieberoth**  
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Am 16. Oktober begeht Immo Lieberoth den 90. Geburtstag. Der Hochschullehrer für Agrarwissenschaften aus Eberswalde-Finow trat 1948 der CDU in der späteren DDR bei und war 1972 Mitglied des Hauptvorstands. Lieberoth arbeitete im Umwelt- sowie im Forschungsausschuss mit.

**>Thomas Gambke**  
Bundestagsabgeordneter 2009-2017, Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Gambke wird am 16. Oktober 70 Jahre alt. Der Physiker aus Landshut schloss sich 2004 seiner Partei an und war von 2006 bis 2010 Vorstandssprecher des Kreisverbands Landshut. Gambke, seit 2012 Mittelstandsbeauftragter seiner Fraktion, engagierte sich im Bundestag im Finanz- sowie im Wirtschaftsausschuss.

**>Bernd Siebert**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, 2010-2017, CDU

Am 17. Oktober wird Bernd Siebert 70 Jahre alt. Der selbstständige Kaufmann aus Gudensberg/Schwalm-Eder-Kreis schloss sich 1969 der CDU an, ist seit 1997 Bezirksvorsitzender und gehört seit 1998 dem hessischen Parteipräsidium an. Seit 1972 ist er Kreistagsabgeordneter und war von 1991 bis 1994 Mitglied des Hessischen Landtags. Siebert, von 2003 bis 2009 Mitglied des Vorstands seiner Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 deren verteidigungspolitischer Sprecher, engagierte sich stets im Verteidigungsausschuss. *brm*

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

## Das Phasen-Konzept ist ein faires Modell



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh I

Wir haben am Freitagmorgen wohl eines der größten politischen Projekte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Das war auch bitter nötig. Es war deswegen bitter nötig, weil wir Ziele, die wir uns auch als Union mit dem Pariser Klimaabkommen, auf europäischer Ebene, aber auch im Klimaschutzpaket 2050 selbst gesetzt haben, nicht erreicht haben. Was es bedeutet, wenn wir diese Ziele nicht erreichen, davon haben wir in diesem Sommer angesichts des Wetters, ich sage bewusst: „des Wetters“ und nicht „des Klimas“, eine ungefähre Ahnung bekommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns mehr anstrengen als in der Vergangenheit.

Für die Zielerreichung, meine Damen und Herren, gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist: Wir erhöhen massiv die Preise für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und überziehen das Land mit vielen Verboten. Die zweite Möglichkeit ist: Wir machen ein abgestimmtes, integriertes, smartes Konzept, das auf Mengensteuerung, auf Anreize, auf Markt setzt und da, wo es nötig ist, auf Ordnungsrecht. Ich halte das zweite Konzept für besser. Es ist das Konzept, das wir auf den Weg gebracht haben. Ich möchte die Grundzüge bzw. die Grundmechanismen dieses Konzeptes erläutern.

Das Erste und Allerwichtigste ist die Mengensteuerung über einen Zertifikatehandel. Diese Mengensteuerung wird mit einer Bepreisung eingeleitet. Warum möchten

wir die Mengensteuerung über eine Bepreisung einleiten? Weil wir das Signal geben möchten, dass wir in einigen Jahren eine derart hohe Bepreisung von CO<sub>2</sub> und eine derart limitierte Ausstoßmenge haben werden, dass es aller Anstrengungen wert ist, Kreativität aufzubringen und Kreativität und Dynamik freizusetzen, um entsprechend mit weniger, am besten ohne CO<sub>2</sub> auszukommen. Wir setzen auf diese Dynamik, auf die Dynamik bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei der Wissenschaft und vor allen Dingen auch bei der Wirtschaft, die uns mit Technologie und Innovation in diesem Bereich versorgen wird.

Als Zweites haben wir gesagt: Das Geld, das wir durch diese Bepreisung einnehmen werden, werden wir nutzen, und zwar nicht um den Haushalt zu stärken, nicht um Projekte wie die Grundrente oder anderes zu finanzieren, sondern um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und um soziale Brüche zu vermeiden, die in diesem Prozess unweigerlich entstehen würden. Wir werden das Geld aufwenden, um den Bürgerinnen und Bürgern mit Projekten und Anreizen zu helfen, diesen Weg der CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu gehen.

Der dritte Punkt sind Maßnahmen, Maßnahmen, Maßnahmen. Mehr als 60 Maßnahmen haben wir in diesem Paket verankert. Das fängt mit Maßnahmen im Bereich der Förderung der energetischen Gebäudesanierung an, um den schlafenden Riesen Gebäudesanierung zu wecken. Das geht weiter mit Maßnahmen im Bereich der Förderung der Elektromobilität. Wir werden das größte Investitionsprogramm in der Geschichte der deutschen Eisenbahn auf den Weg bringen. Es steht aber auch viel über Technologie, Innovation, Green IT und anderes, das sehr wichtig ist, drin.

Der vierte Punkt ist, dass wir sagen: Wir machen das in Phasen.

Wir fangen eben nicht damit an, Verbote einzuführen oder Preise massiv zu erhöhen, sondern damit, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich auf diese neue Welt entsprechend einzustimmen, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermeiden, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, zum Beispiel auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, auf Elektromobilität umzusteigen, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre alten Ölheizungen zu ersetzen. Erst in der zweiten Phase gehen wir in die Bepreisung. Ich glaube, das ist ein faires Modell, das so organisiert ist, dass wir es nicht gegen, sondern mit den Menschen machen.

**Mehr als 60 Maßnahmen haben wir in diesem Paket verankert.**

Der fünfte Punkt ist, dass wir sagen: Ja, wir haben die Ziele nicht erreicht. Das soll nicht noch mal passieren. Deswegen werden wir die Ziele noch rigoroser überwachen. Wir werden jedes Jahr mit dem Klimakabinett, das wir fortführen werden, entsprechend überprüfen, wo wir sind, und wir werden dann auch sehr konsequent und sehr kurzfristig nachsteuern.

Ich möchte dafür werben, dass wir das, was im Klimakabinett gemacht wird, auch hier im Deutschen Bundestag machen. Ich möchte dafür werben, dass wir ähnlich wie bei den Haushaltswochen, den Haushalt nehmen wir ja sehr ernst, so etwas wie Zukunfts- oder Klimawochen machen, bei denen wir uns eine Woche Zeit nehmen, genau über diese Themen zu sprechen und zu zeigen, dass das Parlament dabei ist und dass es die Regierung kontrolliert und in der Sache auch unterstützt.

Es ist klar, das war auch nicht anders zu erwarten, dass dieses Paket kritisiert wird; denn viele Menschen haben Ängste und Befürchtungen. Es ist auch deshalb klar, weil vieles in diesem Paket neu ist. Aber die wenigsten, meine Da-

men und Herren, kritisieren den Mechanismus, dass wir über den Zertifikatehandel eine Mengensteuerung machen wollen. Das ist übrigens der Mechanismus, den uns die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorschlagen haben.

Meine Damen und Herren, die wenigsten kritisieren, dass wir das Geld, das wir durch diesen Preis- und Mengenmechanismus einnehmen werden, dafür verwenden, um soziale Brüche zu vermeiden, um auch die Wirtschaft weiter am Laufen zu halten.

Meine Damen und Herren, und die wenigsten kritisieren die Maßnahmen. Denn die meisten Maßnahmen, die in unserem Paket vorgesehen sind, stehen auch bei anderen Parteien in irgendwelchen Papieren drin, sie stehen bei Organisationen in irgendwelchen Papieren drin, und sie werden auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefordert.

Meine Damen und Herren, die wenigsten kritisieren auch den Mechanismus, dass wir versuchen, den Menschen erst die Möglichkeit zu geben, CO<sub>2</sub>-freier zu leben, bevor wir sie mit Bepreisung und anderen Dingen überziehen.

Und die allerwenigsten kritisieren, dass wir uns einen Mechanismus überlegt haben, bei dem wir jedes Jahr unsere Zielerreichung überprüfen.

Es wird aber kritisiert, dass wir bei der Bepreisung nicht hoch genug eingestiegen sind. Das nehmen wir auch sehr ernst. Ich möchte darauf aber zwei Antworten geben.

Die erste Antwort ist: Wir haben natürlich, wenn wir jetzt zu niedrig eingestiegen sind, die Möglichkeit, jedes Jahr nachzusteuern, und das werden wir auch tun, wenn es nicht reicht.

Die zweite Antwort ist, dass es zur Wahrheit dazugehört, dass wir nicht nur dafür kritisiert werden, dass es zu wenig ist, sondern dass es auch eine Menge Menschen gibt, die fragen: Was passiert denn da? Was macht das jetzt mit meinem Leben? Kann ich meine Ölheizung weiter betreiben? Kann ich pendeln? Wie schneide ich dabei ab? Diese Menschen sind beunruhigt, und ich muss auch auf diese Menschen eingehen,

wenn das Grundaxiom unseres Pakets stimmt, dass wir es mit den Menschen und nicht gegen sie machen wollen, meine Damen und Herren.

Deswegen müssen wir nicht nur das Richtige tun, sondern wir müssen auch Akzeptanz dafür schaffen. Denn wenn diese Aufgabe so groß ist, wie wir das immer sagen, dann reicht es nicht, dass die Politik verordnet: „Jetzt müssen wir mal CO<sub>2</sub> einsparen“, sondern wir müssen das mit allen Menschen in diesem Land zusammen machen. Jeder ist da gefordert. Aber wenn jeder gefordert ist, brauche ich eine breite Akzeptanz. Und diese breite Akzeptanz, meine Damen und Herren, brauche ich auch politisch, das ist überhaupt keine Frage, und zwar deswegen, weil dieses Konzept nicht von wechselnden Mehrheiten in Bund und Ländern abhängig sein kann. Es kann nicht sein, dass wir alle vier oder fünf Jahre umsteuern. Deswegen werbe ich dafür, dass wir hier im Bundestag einen breiten Konsens bekommen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir uns mit den Bundesländern zusammensetzen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir uns auch mit den gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen, ob Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Kirchen oder sonst wer. Wir müssen das in einem breiten Konsens aufstellen.

Jetzt gehört dazu natürlich noch eines dazu, wenn ich von einem breiten Konsens spreche. Wir sind natürlich von unserem Modell überzeugt, aber der Konsens wird nicht entstehen, wenn ich sage: Friss oder stirb! Das ist keine Frage. Vielmehr müssen wir uns da gegebenenfalls auch aufeinander

**Wir müssen nicht nur das Richtige tun, sondern wir müssen auch Akzeptanz dafür schaffen.**

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

zubewegen. Das gilt aber auch für diejenigen, die sich jetzt hinstellen und das alles in Bausch und Bogen verdammen. Da erwarte ich auch, dass da nicht die eigene reine Lehre vertreten wird, sondern dass man sich an der Stelle auch bewegt, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich mit zwei Bemerkungen schließen. Viele Menschen sagen: Das ist jetzt eine

schlechtere Welt, die da entsteht. Was wird das mit unserem Land machen? Dazu fällt mir eines ein. Mir ist vor einigen Monaten mal gesagt worden: Wir haben in diesem Land zu wenig Dynamik. Es muss doch mal was passieren. Es muss doch mal ein Ruck durch das Land gehen. Ich habe damals geantwortet: Ja, das stimmt. Wir bräuchten ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt, so etwas

wie die Mondlandung. Jetzt haben wir dieses gemeinsame gesellschaftliche Projekt, und daraus können wir doch etwas machen, wenn wir zusammenarbeiten. Wir können etwas daraus machen, wenn wir einen gesellschaftlichen Konsens hinbekommen und wenn wir das mit der Mehrheit der Gesellschaft schaffen.

Die zweite Bemerkung ist, dass wir festgestellt haben, dass, ob-

wohl in New York gerade über 70 Länder gesagt haben: „Wir wollen auch CO2-frei leben“, wir trotz aller Zielverfehlungen viel, viel weiter sind als viele andere Länder, insbesondere in den Bereichen Technologie und Innovation. So ist es für uns eine Chance, wenn wir auf Technologie und Innovation setzen, dass sich uns auf den Märkten dieser Welt neue Möglichkeiten eröffnen. Insofern ist

auch richtig: Umwelt und Wirtschaft sind an dieser Stelle kein Gegensatz, sondern beides gehört zusammen.

Dieses Projekt ist eine große Chance für unser Land, wenn wir es richtig machen. Und wir wollen es richtig machen, und wir werden es richtig machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Martin Reichardt, AfD:

## Die Wirtschaftskraft und der Sozialstaat werden zerstört



Martin Reichardt (\*1969)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Es ist nicht die Regierung und nicht Ihr Klimakabinett, und es sind auch nicht Ihre ideologischen Vorturner von den Grünen, die sich um Deutschland irgendwie verdient machen. Es sind auch nicht die Mainstream-Journalisten und die Klimahysteriker, die hier überall sitzen. Sie alle sind die Zerstörer unserer Wirtschaftskraft und damit die Zerstörer des deutschen Sozialstaats, und mehr nicht.

Verdient um Deutschland machen sich die Pendler, die jeden Morgen mit ihrem Diesel zur Arbeit fahren, machen sich die Familien, die Kinder bekommen, die Mittelständler, die Arbeit schaffen, und Millionen von Arbeitnehmern gerade auch im kleinen und mittleren Einkommensbereich, die das Geld erarbeiten, das Sie für Ihren Klimawahn zum Fenster hinausschmeißen, meine Damen und Herren.

Höhere Lebenshaltungskosten durch höhere Mieten, Energie- und Kraftstoffpreise bedeuten für viele Arbeitnehmer und Rentner den Unterschied zwischen „gerade noch mit dem Geld auskommen“ und „am Ende nichts mehr haben“. Für viele Selbstständige bedeuten sie den Unterschied zwischen Selbstständigkeit und Insolvenz. Für viele bedeutet der Klimawahn die Gefahr des wirtschaftlichen Niedergangs oder gar der Verarmung. Für diese Men-

schen, meine Damen und Herren, steht die AfD-Fraktion. Für diese Menschen spreche ich heute hier im Deutschen Bundestag, weil dazu niemand anders mehr bereit ist.

Es sind die Menschen, die auch Sie von der Union im Machtpoker verschachern, und es sind die Menschen, die die deutsche Sozialdemokratie gerade zum zweiten Mal nach Hartz IV jämmerlich verrät. Und das ist eine Schande.

Es sind Menschen, die unter dieser Regierung leiden. Denn diese Regierung ist der Erfüllungshelfer der grünen Klimasekte und sonst leider nichts.

Es sind Menschen aus der Mitte des Deutschen Volkes, dem Sie geschworen haben, seinen Nutzen

zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden.

Seitdem aber in Deutschland der nüchterne politische Sachverstand dem Regierungsdogma „Greta diktiert, Merkel pariert“, Frau Merkel ist leider gerade nicht da, gewichen ist, verläuft die wahre Spaltung in Deutschland zwischen den grün-urbanen Besserverdienenden und denen, die sich nicht um einen erfundenen Weltuntergang Gedanken machen, sondern die sich darum Gedanken machen müssen, wie viel Geld am Monatsende noch auf dem Konto ist, meine Damen und Herren.

Allein 2017 kostete die Energiewende die privaten Haushalte 9 Milliarden Euro. Die Kanzlerin sagte 2011, die EEG-Umlage solle

den damaligen Stand nicht überschreiten. Sie lag damals bei 3,5 Cent. Heute liegt sie bei 6 Cent.

Mit dem Klimapakete wurde auch die Reform des EEG und damit die Entlastung von Familien angekündigt. Im ersten Schritt sollen nun Familien um sage und schreibe 70 Cent pro Monat im Durchschnitt entlastet werden. Das ist noch nicht mal die einstmal propagierte sprichwörtliche Kugel Eis, meine Damen und Herren. Das ist Hohn und ein Schlag ins Gesicht der Bürger.

Allein 22 Prozent des Strompreises zahlen wir für die teure und unnütze Energiewende. Deshalb fordert die AfD auch eindeutig: Weg mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz!

Die Bepreisung von CO2 macht alles teurer: Lebensmittel, Mieten, Dienstleistungen. Ein E-Auto kann sich nur der leisten, der etwas

Geld beiseitelegen kann. Das können durch Ihre Politik viele nicht mehr. Die Grünen fordern ja schon jetzt einen höheren CO2-Preis.

Ich fordere die Regierung auf: Machen Sie endlich Schluss mit diesem ideologischen grünen Unsinn, den Sie hier vertreten!

Und gerade Sie von der Union fordere ich auf: Hören Sie auf, in Bund und Land mit links-

extremen Ökopopulisten zu paktieren, um Ihre eigene Macht zu erhalten!

Kehren Sie zu einer verantwortungsvollen bürgerlichen Politik zurück!

Vielen Dank. Herr Schulze-Brömer; lachen Sie nur, Sie machen sich lächerlich.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Allein 22 Prozent des Strompreises zahlen wir für die teure und unnütze Energiewende.**

Svenja Schulze, SPD, Bundesumweltministerin:

## Auf dem Weg zur klimaneutralen Gesellschaft



Svenja Schulze (\*1968)  
Bundesumweltministerin

Der Klimawandel ist schon lange spürbar, wir merken es doch alle: Hitze, Dürre, Starkregen. Auch wenn es den einen oder anderen gibt, der immer noch meint, er könne das ignorieren: Wir werden das nicht länger ignorieren. Der Weltklima-

rat hat uns gestern noch mal ganz eindeutig gesagt:

Wir können noch handeln; wir können etwas gegen diese Veränderungen tun. Und wir handeln jetzt auch. Diese Regierung nimmt diesen Auftrag an. Wir handeln. Wir haben das größte Klimapakete beschlossen, das es hier seit Langem gab, und das ist gut so. Es ist ein Neuanfang. Und diesen Neuanfang will ich in drei großen Linien beschreiben:

Das Erste ist: Klimaschutz wird jetzt Gesetz. Zukünftig ist gesetzlich verankert, dass wir unsere Klimaziele erreichen. Das Herzstück dieses Klimapakets ist das Klimaschutzgesetz. Es macht unsere Klimaziele jetzt rechtsverbindlich, und zwar erstmals für jeden einzelnen Bereich, für diese und für künftige Regierungen. Jährlich wird überprüft, ob die Emissionen

wirklich in allen Sektoren sinken, und wenn nicht, dann wird durch den zuständigen Minister, die zuständige Ministerin nachgesteuert werden. Das ist ein Sicherheitsnetz für den Klimaschutz in Deutschland. Damit bin ich sehr zufrieden.

Das Zweite ist: Klimaschutz lohnt sich künftig für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Bundesregierung nimmt dafür sehr, sehr viel Geld in die Hand: 54 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren. Wir schaffen damit zusätzliche Anreize. Wir schaffen zusätzliche Regeln. Klimafreundliche Alternativen, sei es beim Auto, beim Heizen oder beim Neubau, werden

günstiger, und klimaschädliche Verfahren werden moderat, Schritt für Schritt teurer. Das ist ein ganz klares Signal für die Nutzer und für die Hersteller. Ich will Ihnen dafür Beispiele nennen:

Wir werden Milliarden in die Attraktivität der Bahn investieren, in den öffentlichen Nahverkehr. Wir werden billigere Tickets sehen und ein massiv ausgebautes Angebot. Fliegen aber wird teurer werden; das ist die andere Seite.

Modernes Heizen und die energetische Sanierung von Gebäuden werden massiv gefördert. Ölheizungen in Neubauten einzubauen, wird aber in Zukunft verboten werden.

Elektroautos werden bezuschusst, sie werden alltags-tauglicher werden.

Benzin und Diesel werden Schritt für Schritt ganz langsam teurer werden.

Der Strom wird umweltfreundlicher werden. Braun- und Steinkohlekraftwerke werden jetzt nach einem klaren Fahrplan abgeschal-

**Wir haben das größte Klimapakete beschlossen, das es hier seit Langem gab.**

tet. Wir lösen endlich die Handbremse beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Das ist enorm wichtig, und das ist genau die richtige Richtung.

Ja, wir schaffen den Einstieg in die Bepreisung von CO<sub>2</sub>. Das habe ich vor über einem Jahr selber vorgeschlagen. Die Idee ist richtig. Wir haben uns jetzt auf ein Modell verständigt, das stetig den Preis steigern wird. Wir machen den Einstieg aber sehr vorsichtig. Ich hätte mir auch mehr vorstellen können, das sage ich hier ganz deutlich; aber anders als so mancher Ökonom glaube ich nicht, dass allein die CO<sub>2</sub>-Bepreisung das Heilmittel ist. Sie ist ein Instrument unter vielen Instrumenten, die wir jetzt wählen. Herr Brinkhaus hat das gerade schon gesagt; ich will das noch einmal betonen: Wir werden nachsteuern. Wenn das nicht reicht, dann werden wir nachsteuern. Aber Klimaschutz nur über höhere Preise für Sprit, für Heizöl zu betreiben, halte ich für falsch. Da muss weitaus

mehr passieren. Und das sieht unser Klimaprogramm auch vor.

Mit dem Klimapaket fördern wir den Klimaschutz; aber es überfordert jetzt auch nicht. Wir gehen schrittweise voran. Da, wo Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden, werden wir die Belastung abfedern. Diejenigen, die am stärksten betroffen sind, weil sie weite Wege mit dem Auto pendeln, weil sie in unsanierten Wohnungen wohnen und mit Öl heizen, werden im Gegenzug entlastet werden: durch niedrigere Strompreise, durch höhere Pendlerpauschalen und durch mehr Wohngeld.

Das ist das, was wir brauchen, um in unserer Gesellschaft wirklich zusammenhalten zu können. Wir brauchen diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt auch für wirksamen Klimaschutz.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin als Umweltministerin erst dann zufrieden, wenn wir in Deutschland endlich deutlich weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Diesen Weg



Braun- und Steinkohlekraftwerke werden nach einem klaren Fahrplan abgeschaltet, sagte Umweltministerin Svenja Schulze (SPD). © picture-alliance/dpa/Julian Sratenschulte

werden wir jetzt gehen. Wir gehen den Weg hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Das ist das, was wir brauchen.

Pakete alleine reichen nicht. Wir werden alle daran arbeiten müssen, das jetzt auch umzusetzen – im Bundeskabinett, hier im Bundestag, im Bundesrat. 2019 wird

das Jahr des Handelns beim Klimaschutz. Deswegen müssen diese Gesetze, diese Förderprogramme auch schnell kommen. Das ist eine Mammutaufgabe, die wir alle nur gemeinsam bewältigen können. Deswegen werde ich noch einmal dafür, an einem Strang zu ziehen, gemeinsam hier für den

Klimaschutz die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das ist das, was die Menschen von uns erwarten. Und das sollten wir jetzt auch tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

## Wir brauchen nicht mehr, wir brauchen besseren Klimaschutz



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Redner der AfD hat hier eben von einem „erfundene Weltuntergang“ gesprochen. Ich bin öfter, um mal Ihre Diktion zu verwenden, im deutschen Wald. Wer angesichts des Zustandes des deutschen Waldes den Klimawandel leugnet, der kann die Heimat nicht kennen, der kann die deutsche Heimat vor allen Dingen nicht lieben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, einen falschen Klimaabsolutismus mit dem Leugnen des Klimawandels zu beantworten.

Frau Bundeskanzlerin, Sie amtieren jetzt 14 Jahre. Sie sind sehr lange als Klimakanzlerin bezeichnet worden. Tatsächlich: Deutschland hat bereits in den vergange-

nen Jahren, vor Ihrer Amtszeit und während Ihrer Amtszeit, große Anstrengungen in der Klimapolitik unternommen. Die Summe der Auszahlungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz während Ihrer Amtszeit beläuft sich auf über 300 Milliarden Euro. Wir reden jetzt hier über 54 Milliarden Euro. Während Ihrer Amtszeit sind bereits über 300 Milliarden Euro von den Stromkundinnen und Stromkunden gezahlt worden, wegen ökologischer Motive. Herr Brinkhaus, wenn Sie heute davon sprechen, Sie wollen mehr Klimaschutz und mehr tun, dann will ich Ihnen angesichts der Größenordnung der finanziellen Aufwendungen in den vergangenen Jahrzehnten sagen: Wir brauchen nicht mehr, wir brauchen besseren Klimaschutz als in den vergangenen Jahren, und zwar, was den Einsatz des Geldes angeht.

Wenn man sich das Paket nun im Einzelnen ansieht, stellt man fest, dass es Licht und Schatten gibt. Ja, gut ist, dass endlich etwas für die energetische Gebäudesanierung getan wird. Das Bahninvestitionsprogramm, das eines der größten, wenn nicht gar das größte Programm in der Geschichte ist, begrüßen wir. Aber es gibt auch Schattenseiten. Beispielsweise die Erhöhung der Preise für Flugtickets: Selbst wenn höhere Preise

vielleicht den Effekt haben, dass die Menschen weniger in Deutschland fliegen, wird es aufgrund des europäischen Zertifikatehandels, also der mangelnden Abstimmung bei europäischen Instrumenten, zu einem Wasserbetteneffekt kommen. Das heißt, anderswo in Europa wird es günstiger werden, weil es bei uns teurer wird. Für das Weltklima ist damit nichts gerettet.

Im Übrigen war in Ihrer Rede, Herr Brinkhaus, wie ich verfolgen konnte, wieder die einseitige Fixierung auf batterieelektrische Antriebe festzustellen. Das ist Ihr Problem: Sie sind in Wahrheit eben nicht technologieoffen. So werden große Chancen ausgeschlagen nicht nur für die Wertschöpfungsketten unserer Industrie, sondern auch für die Bekämpfung des Klimawandels. Mit synthetischen Kraftstoffen könnte selbst ein Golf II aus dem Jahr 1985 zu einem klimaneutralen Fahrzeug werden. Aber genau solche Technologieoptionen werden von Ihnen ausgebremst.

Dabei könnte man im Übrigen einmal groß denken. Nehmen wir

die Chance durch synthetische Kraftstoffe: Hier könnte man groß denken bei den Themen Heizung, Flugzeug, Auto. Man könnte aber auch einmal global denken. Die Desertec-Initiative ist seinerzeit gescheitert, auch an physikalischen Fragen. Man kann aus der Wüste eben nicht ohne Weiteres über Leitungen Strom in den Norden bringen. Aber möglich wäre es, in Afrika mit erneuerbarer Energie synthetische Kraftstoffe zu produzieren, die wir dann über die übliche Infrastruktur, Stichwort „Tankstelle“ und „Pipeline“, in Deutschland verteilen könnten. Wohlstand dort, Klimaschutz bei uns mit einer globalen Perspektive, wo ist ein solches Denken? Wir reden hier über eine Menschheitsaufgabe. Wie kleinteilig aktivistisch wirkt Ihr Programm angesichts der Dimension, über die wir sprechen müssen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben, das will ich noch sagen, oft genug Respekt gegenüber Aktivisten ausgedrückt. Wir teilen die Anerkennung politischen Engagements. Ich fand es aber insbesondere richtig, dass Sie die völlig überzogene Rhetorik und die völlig überzogenen Forderungen auch einmal in die Schranken gewiesen haben, wie Sie das unlängst bei Ihrem Besuch in den Vereinigten Staaten getan haben. Bei allem Respekt vor Engagement: Wir dürfen uns nicht in den Panikmodus von Greta Thunberg reden lassen. Die Erderwärmung

bekämpft man nur mit kühlem Kopf, meine Damen und Herren.

Nun ist hier von Frau Schulze und von Herrn Brinkhaus der Emissionshandel gelobt worden. Gäbe es einen Emissionshandel, wir würden ihn begrüßen. Über ein marktwirtschaftliches Modell begrenzt man die Menge und setzt nicht den Preis fest, über eine Steuer dagegen begrenzt man nicht die Menge, sondern legt den Preis fest. Was genau haben Sie vorgelegt? Festpreise, Preiskorridor, aber eben keine Steuerung über die Menge; denn die ist nicht begrenzt. Das, was Sie CO<sub>2</sub>-Emissionshandel nennen, ist in Wahrheit eine verkappte CO<sub>2</sub>-Steuer.

Daran werden sich jetzt rechtliche Fragen anknüpfen. Ich sage Ihnen für die weiteren Beratungen zu: Wir werden darauf achten, dass wir nur Dinge beschließen, die mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Wenn sich herausstellen sollte, dass Ihr Emissionshandel in Wahrheit eine CO<sub>2</sub>-Steuer ist, dann werden wir in ganz anderer Weise darüber sprechen. Eines ist jedenfalls klar: Mit dem Modell, das Sie vorgelegt haben – keine Mengengrenze, dafür aber mit Preis –, wird CO<sub>2</sub> teuer. Aber ob die Verteuerung von CO<sub>2</sub> tatsächlich zu einer Verhaltensänderung führen wird oder ob es nicht nur, wie bei der Ökosteuern der Vergangenheit, zum Abkassieren kommt, darüber gehen Sie eine reine Wette ein. Wir würden es gerne anders machen: Der Preis wird am Markt festgesetzt, aber die absolute Menge ist von der Politik begrenzt. Das wäre ein sauberes Modell.

(Beifall bei der FDP)

**Wir dürfen uns nicht in den Panikmodus von Greta Thunberg reden lassen.**

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

## Das Paket ist ein sinnloses Abkassieren der Verbraucher



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wenn eine Koalition nicht das Rückgrat hat, sich mit den wirklichen Klimasündern anzulegen, dann kommt genau das heraus, was Sie am Freitag hier vorgelegt haben: ein Flickenteppich an Subventionen und ein sinnloses Abkassieren der Verbraucher. Das vertieft die soziale Spaltung weiter und trifft genau diejenigen wieder am härtesten, die sich von Ihnen sowieso schon seit vielen Jahren im Stich gelassen fühlen. Das Weltklima werden Sie so ganz bestimmt nicht retten, aber Sie werden das politische und soziale Klima in unserem Land weiter verschlechtern; denn wer so vorgeht, erzeugt Ängste und sorgt dafür, dass Klimaschutz bei den Ärmern und der unteren Mittelschicht im-

mer unpopulärer wird. Wir finden das unverantwortlich!

Dabei liegt das Hauptproblem Ihres Vorschlags nicht darin, dass ein um 3 Cent verteuertes Spritpreis niemanden dazu bringen wird, sein Auto stehen zu lassen. Das Hauptproblem liegt darin, dass selbst eine Verdoppelung der Benzinpreise nichts daran ändern würde, dass viele Menschen in diesem Land schlicht keine Alternative zum Auto haben. Worauf sollen sie denn umsteigen? Auf Nahverkehrszüge oder Busse, die es in vielen Regionen überhaupt nicht mehr gibt? Sie waren es doch, die aus der Bahn eine Börsenbahn machen wollten, mit dem Ergebnis, dass ein Fünftel des Streckennetzes stillgelegt wurde, dass notwendige Investitionen unterblieben sind und dass die Ticketpreise immer teurer wurden. Heute rollen Brummi-Kolonnen über die Autobahn, während die Bahn jetzt schon wieder radikale Kürzungen in ihrer Gütersparte angekündigt hat. Was ist denn das für eine unsinnige Politik?

Und Sie waren es auch, die die Privatisierung öffentlicher Dienste in den letzten Jahren immer weiter vorangetrieben haben. Dadurch haben Sie den Busverkehr mit seinen Busverbindungen in vielen ländlichen Regionen schlicht zum Verschwinden ge-

bracht. Dadurch haben Sie dazu beigetragen, dass Wohnraum in den großen Städten immer teurer geworden ist. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum viele Menschen immer längere Arbeitswege in Kauf nehmen müssen.

Mir scheint, nicht nur Herr Habeck hat Wissenslücken in Bezug auf die Pendlerpauschale. Wenn Sie behaupten, dass die steigenden Benzinpreise durch die Erhöhung der Pendlerpauschale ausgeglichen oder zumindest abgedeckt werden, dann scheinen Sie schlicht nicht zu wissen, dass Geringverdiener von dieser Erhöhung überhaupt nichts haben; denn sie zahlen nicht so viele Steuern, dass sie dort mehr absetzen können.

Und natürlich geht das anders: Die Schweiz zum Beispiel investiert pro Kopf fünfmal so viel in ihr Schienennetz wie Deutschland. In anderen Metropolen bringt der elektrifizierte Nahverkehr die Menschen im Dreiminutentakt von A nach B. Warum setzen Sie sich zum Beispiel nicht dafür ein, dass die EZB, die jetzt schon wieder Konzernanleihen kaufen will, ihre Milliarden lieber in gute, vernünftige öffentliche

Verkehrsprojekte in ganz Europa investiert? Das wäre ein echter Beitrag zum Klimaschutz und, ganz nebenbei, auch ein gutes Konjunkturprogramm angesichts der heraufziehenden Wirtschaftskrise.

Ihre Politik passt vorn und hinten nicht zusammen. Sie wollen, dass die Menschen weniger fliegen, aber gleichzeitig treiben Sie immer neue Freihandelsabkommen voran, so wie aktuell mit den Mercosur-Staaten, die die globalen Transportemissionen in immer neue Rekordhöhen treiben. UN-Klimaexperten schätzen, dass etwa ein Viertel aller klimaschädlichen Emissionen heute auf die globalen Warenströme zurückgehen. Ein Viertel! So viele Kohlekraftwerke können Sie überhaupt nicht abschalten, um den Schaden auch nur ansatzweise auszugleichen, den jedes neue Freihandelsabkommen klimapolitisch anrichtet, und da sollten Sie endlich mal was korrigieren.

Echter Klimaschutz ist doch völlig unmöglich, solange wir Nahrungsmittel, die auch hier bei uns wachsen, über Tausende Kilometer Entfernung hierhertransportieren und solange unzählige Industriegüter nur deshalb in riesigen schmutzigen Containerschiffen quer von einem Kontinent zum anderen schippern, weil dadurch Konzerne Lohnkosten drücken und Standards unterlaufen können. Über zwei Drittel aller globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden heute von 100 multinationalen Kon-

zernen verursacht, und statt diese Klimakiller endlich mit gesetzlichen Auflagen zu einer Veränderung zu zwingen, wollen Sie für normale Familien das Heizen teurer machen. Das ist doch pure Klimaheuchelei, was Sie hier betreiben.

Wir brauchen wirklich nicht noch zusätzliche Subventionen für behäbige Großkonzerne; was wir vielmehr brauchen, ist eine Förderung innovativer Neugründungen. Wir brauchen wieder eine eigene Solarindustrie, die Sie sträflich haben kaputtgehen lassen, und wir brauchen staatliche Milliardeninvestitionen in die Erforschung grüner Technologien, weil der Markt das allein eben nicht richtet. Herr Lindner, es ist ja schön, wenn Sie hier an die synthetischen Kraftstoffe erinnern. Die Autokonzerne haben in den letzten fünf Jahren über 100 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Und was haben sie mit diesem Gewinn gemacht? Sie haben es nicht investiert in die Erforschung grüner Antriebstechnologien, sondern sie haben es größtenteils an ihre Eigentümer ausgeschüttet. Das ist das große Problem, weil damit Hunderttausende Industriearbeitsplätze hier in Deutschland in Gefahr gebracht werden.

Deswegen brauchen wir einen handlungsfähigen Staat und nicht so eine Koalition, wie wir sie haben. Wir brauchen eine Politik mit Rückgrat und Mut, die gemeinsam mit den jungen Menschen dafür kämpft, dass unsere Welt nicht den Profitinteressen Weniger geopfert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sie werden das politische und soziale Klima in unserem Land weiter verschlechtern.**

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

## Das Paket ist maximal ein Päckchen



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste Bayern

Vergangenen Freitag haben wir zwei Parallelwelten erlebt: in der einen Welt eine optimistische, mutige, veränderungsbereite Zivilgesellschaft, an-

geführt von den Schülerinnen und Schülern, unterstützt von Unternehmen und Gewerkschaften, von Wissenschaft, von Menschen aus der Stadt und auf dem Land, in der anderen Welt eine blockierte, abgeschlafte Große Koalition, die an der Menschheitsaufgabe Klimaschutz scheitert und, das Allerschlimmste, die ihr Scheitern auch noch für das Mögliche hält.

Heute haben wir von Herrn Brinkhaus wieder die gleichen Parallelwelten erlebt. Ich kenne nahezu keine Wissenschaftlerin, nahezu keinen Wissenschaftler, der das Maßnahmenpaket auch nur in Ansätzen für ausreichend oder für gelungen hält, und hier wird uns erzählt, das Maßnahmenpaket sei gut. Wieder die gleichen Parallel-

welten: Hier eine Koalition, die nicht handlungsfähig ist, dort eine Zivilgesellschaft, dort eine Wissenschaft, die das glatte Gegenteil behauptet, und all dies, nachdem Frau Merkel den Klimaschutz zur Menschheitsaufgabe erklärt hat, womit sie recht hat, all dies, nachdem Herr Scholz für die SPD gesagt hat: Ob das Klimaschutzpaket wirksam wird, daran entscheidet sich die Koalitionsfrage.

Wissen Sie, Herr Brinkhaus, Sie können doch nicht im Ernst annehmen, dass dieses Paket, das Sie hier vorgelegt haben, das ist ja maximal ein Päckchen, wenn man es positiv sieht, eine Basis für einen nationalen Klimakonsens sein kann. Und dann sprechen Sie hier von der reinen Lehre. Wissen Sie,

was wir von Ihnen verlangen? Wir verlangen von Ihnen gar nicht viel: Wir verlangen von Ihnen nur, dass Sie Maßnahmen ergreifen, bei denen erwartbar ist, dass dadurch der Pariser Klimaschutzvertrag eingehalten wird. Das ist unsere Aufforderung an Sie, und das sollte doch nicht zu viel verlangt sein.

Aber das Bittere ist: Dieses Land wird einfach weit unter seinen Möglichkeiten regiert; denn möglich und nötig wären deutlich mehr. Wie nötig es wäre, hat doch erst der Klimaschutzbericht wieder gezeigt, in dem steht, in welchem katastrophalem Zustand die Meere sind, wie schnell der Meeresspiegel steigt. Auch beim CO<sub>2</sub>-Preis wäre mehr möglich gewesen. Beim CO<sub>2</sub>-Preis gibt es doch eine sensationelle Vorarbeit durch viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-

ler, eine für mich selbst verblüffende Bereitschaft in weiten Teilen der Wirtschaft.

Und was ist Ihnen gelungen?

Ihnen ist ein echtes Kunststück gelungen. Ihnen ist gelungen, das Ganze unwirksam und sozial ungerecht zu gestalten. Das ist wirklich ein Kunststück. Mit den 10 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> werden Sie

**Mit den zehn Euro je Tonne CO<sub>2</sub> werden Sie keine Lenkungswirkung erzielen.**

keine Lenkungswirkung erzielen, und auch der weitere Pfad ist unwirksam. Unsozial ist es auch noch; denn Sie geben das Geld nicht komplett an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Stattdessen erhalten sie nur 70 Cent

pro Monat.

Was wäre nötig? Nötig wären ein vernünftiger Einstieg, ein zuverlässiger Pfad, damit die Wirtschaft auch Planungssicherheit hat, und eine Rückgabe der Gelder über ein Energiegeld, wie es auch mal Frau Schulze vorgeschlagen



hat; dafür hätten Sie unsere Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problematische ist, dass auch die anderen Teile nicht besser sind; denn das Ganze wird nur erfolgreich sein, wenn die Energie-wende klappt, wenn wir ausreichend saubere Energie in den Netzen haben. Die brauchen wir für den Kohleausstieg. Die brauchen wir für die Sektorkoppelung im Verkehrsbereich.

Was haben Sie da erreicht? Sie haben es nicht nur nicht besser gemacht, ich spreche von der kleinen Anhebung des Solardeckels,

sondern Sie haben de facto lediglich eine kleine Maßnahme durchgeführt. Was haben Sie bei der Windkraft gemacht? Bei der Windkraft haben Sie de facto den Ausstieg erreicht. Anstatt des Kohleausstiegs setzen Sie den Ausstieg aus der Windkraft durch mit der Festlegung eines Radius von 1.000 Metern.

Was wäre da im positiven Sinne nötig? Im positiven Sinne nötig wäre, dass man endlich ein vernünftiges Flächenziel hat. Wissen Sie, wenn Sie wirklich Akzeptanz bei der Windkraft erreichen wollen, wir sind da in vielen intensi-

ven Debatten vor Ort, dann denken Sie doch mal über so was wie eine Konzessionsabgabe nach, wodurch die Kommunen und die Menschen vor Ort profitieren. Das wäre endlich mal was Sinnvolles. Trauen Sie sich doch!

Wenn Sie es mir nicht glauben: Die IG Metall Nord hat festgestellt, dass Sie bereits in den letzten drei Jahren Tausende von Arbeitsplätzen mit Ihrer unverantwortlichen Politik gegenüber der Windkraft zerstört haben. Das sollte Ihnen als Sozialdemokraten doch zu denken geben.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, ein kleiner Fortschritt ist ja, dass im Klimaschutzpaket steht, dass die Klimaschutzziele gesetzlich geregelt werden sollen. Aber warum steht denn noch nicht einmal das Wort „Klimaschutzgesetz“ drin? Soll da einfach wieder nur getrickt werden? Bis jetzt waren Sie einfach unglaublich gut im Verkünden von Zielen. Aber bis jetzt haben Sie diese Ziele nie erreicht. Wir können nur sagen: Sie werden mit diesem Paketchen das Klimaschutzziel 2030 genauso verfehlen wie das Klimaschutzziel 2020. Das ist das Problematische an der ganzen Geschichte.

Deshalb: Legen Sie ein vernünftiges Klimapakete vor, mit dem wir auf den Paris-Pfad zurückkehren! Frustrieren Sie nicht die zukünftigen Generationen! Frustrieren Sie nicht die ganzen jungen Menschen, die auf der Straße sind! Wenn Sie ein vernünftiges Paket vorlegen, dann haben Sie unsere Unterstützung, und dann haben wir auch eine Chance, dass wir einen Konsens hinkriegen. Der Konsens ist Paris. Setzen wir ihn um!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Dobrindt, CDU/CSU:

## Klimaprogramm steht für Balance zwischen Ökologie und Ökonomie



Alexander Dobrindt (\*1970)  
Wahlkreis Weilheim

Das Klimaprogramm, das wir aufgesetzt haben, steht für eine Balance zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Klimaschutz und sozialem Ausgleich, für eine Balance zwischen Investitionen und Anreizen. Wir geben die Antwort auf die Herausforderungen beim Klimaschutz durch Innovation. Wir machen aus dem Klimaschutz keine neue soziale Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Klimaschutz geht eben nur mit den Bürgerinnen und Bürgern. Erderwärmung kann man nicht mit sozialer Kälte bekämpfen. Deswegen ist es für uns wichtig, dass wir Rücksicht auf die ländlichen Räume nehmen, dass wir Pendler und Familien nicht einseitig belasten, dass wir genau darüber reden: Wie kann man Innovation, Fortschritt und Entlastung zusammenbringen?

Lieber Kollege Toni Hofreiter, dazu gehört natürlich auch, dass wir einen erheblichen Ausbau der erneuerbaren Energien vorsehen, gerade auch im Bereich der Photovoltaik. Sie haben hier in der Tradition der Wissenslücken Ihres Parteivorsitzenden davon gesprochen, dass es eine leichte Anhebung des Solardeckels gebe. So ein

Unsinn! Wir haben den Solardeckel aufgehoben und abgeschafft. Das ist die Wahrheit in diesem Konzept.

Wissen Sie, es gibt da einen Unterschied, lieber Herr Hofreiter. Sie haben uns vorgeworfen, dass es eine ganze Reihe von Wissenschaftlern gibt, die zu anderen oder auch umfangreicheren Ergebnissen, wie auch immer, kommen, wie man ein Klimapakete hätte schnüren können. Ich will Sie einfach mal daran erinnern: Es gibt einen Unterschied zwischen Politik und wissenschaftlicher Beratung. Wir haben doch keinen Lehrstuhl für ausschließlich ein Fachgebiet, sondern wir haben Verantwortung für die ganze Gesellschaft. Deswegen liegt es an uns, darauf zu achten, dass Klimaschutz eben nicht zur sozialen Frage wird, sondern dass der Erfolg eines Klimapaketes von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger und der ganzen Breite der Gesellschaft abhängt. Darauf achten wir. Das setzen wir auch entsprechend um.

Wir haben in unserem Konzept zwei Stufen vorgesehen. Als Erstes wirken Fördermaßnahmen und Anreize. Dann kommt es zu einer Bepreisung von CO<sub>2</sub> im nationalen Emissionshandel. Das ist der Pfad, den wir aufgezeigt haben. Das ist ein Gesamtkonzept, das wir entwickelt haben. Das ist natürlich wirkungsvoll vor dem Hintergrund, dass wir erst dafür sorgen, dass CO<sub>2</sub> mit Anreizen aus dem Markt genommen und später dann einer Bepreisung zugeführt wird. Klimaschutz darf nicht einfach von der Politik eingefordert werden. Er muss auch gefördert werden.

Deswegen sind der Austausch der Ölheizungen und das Förderprogramm dazu so bedeutsam.

Gleiches gilt für die energetische Gebäudesanierung. Deswegen senken wir auch die Preise beim Bahnfahren und beenden die Dumpingpreise im Flugverkehr. Deswegen geben wir wirksame Anreize sowohl bei der Mobilität als auch beim Wohnen, um Emissionen dauerhaft zu senken, und das mit einem Paket, das 60 Milliarden Euro umfasst. Dass Sie, Herr Hofreiter, hier 60 Milliarden Euro als „Paketchen“ beschreiben, kann ich beim besten Willen nicht begreifen. 60 Milliarden Euro für den Klimaschutz: Das ist das größte Klimaschutzpaket, das hier jemals verabschiedet worden ist.

Karsten Hilse, AfD:

## Eine Hysterie ohne wissenschaftliche Grundlage



Karsten Hilse (\*1964)  
Wahlkreis Bautzen I

Liebe Kohlekumpel, vor allem in Jänschwalde! In New York tagt die UNO. Die derzeit stattfindende Generalversammlung begann mit einem Klimagipfel. Zu diesem Gipfel mach-

Außerdem haben Sie hier wieder Vorwürfe dahin gehend vorgetragen, wir würden den Ausbau der erneuerbaren Energien im Bereich der Windkraft nicht ausreichend fördern. Auch dieser Vorwurf ist falsch. Es gab hier den Zurechtweisung „10H-Regelung in Bayern“. Jetzt will ich Ihnen an dieser Stelle einfach mal sagen: Wenn Sie sich den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland anschauen: Da steht Bayern auf Platz eins bei den erneuerbaren Energien und kein anderes Bundesland.

So ist es übrigens auch in anderen Bereichen, etwa beim Anteil des Ökolandbaus: in Bayern 10 Prozent, in Schleswig-Holstein 5,6 Prozent. Wer war da eigentlich noch mal Umweltminister? Robert Habeck. Die staatliche Förderung

für den Ökolandbau in Bayern: 30 Prozent mehr als in Schleswig-Holstein. Wer war da Umweltminister? Robert Habeck. Die Nitratbelastung liegt in Bayern bei 9 Prozent, in Schleswig-Holstein bei 30 Prozent. Wer war da Umweltminister? Robert Habeck.

Ich würde sagen, lieber Herr Hofreiter: Lassen Sie Ihre Belehrungen. Fangen Sie endlich an, da zu arbeiten, wo Sie Verantwortung tragen. Da können Sie Wirkungsvolleres ermöglichen als hier mit Ihren Reden, Ihren Wissenslücken und all dem, was Sie an Schwächen von sich gegeben haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Es ist für uns wichtig, dass wir Rücksicht auf die ländlichen Räume nehmen.**

Politik benutzen, machen sich zwar nicht juristisch, doch aber moralisch des Kindesmissbrauchs schuldig. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, das ist wohl der wichtigste Satz in unserem Grundgesetz. Sie treten die Würde dieses Kindes mit seiner Zurschaustellung mit Füßen. Und wofür? Um Ihre desaströse Politik und die Interessen des ökoindustriellen Komplexes durchzusetzen! Schämen Sie sich!

Es gab aber auch gute Meldungen im Vorfeld des Klimagipfels. Ein Gericht überführte Michael Mann, den Erfinder der Hockey-Stick-Kurve, dem Gral der Klimahysteriker, praktisch des Betruges.

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Kurve sollte beweisen, dass die Temperaturen in den letzten Jahrhunderten leicht sanken und seit der Industrialisierung steil ansteigen. Die Hockey-Stick-Kurve wurde seitdem als Beleg für eine unnatürliche Erwärmung genutzt und allein im dritten Bericht des sogenannten Weltklimarats fast 70-mal erwähnt.

Das Gericht hatte, so wie viele Wissenschaftler vorher, Mann aufgefordert, seine Rohdaten und Algorithmen, mit denen er seine Kurve berechnet haben wollte, offenzulegen. Mann weigerte sich, und somit ist die Hockey-Stick-Kurve tot, mau- setot. Die Klimahysteriker, die „Wir verbrennen“ schreien, haben ihr Hauptargument verloren; sie stehen quasi nackt da.

Herr Taalas, Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie, einer der größten Klimaalarmisten in der Vergangenheit, warnte vor einer Klimahysterie und skurrilen Forderungen wie beispielsweise der, wegen des Kli-

mawandels keine Kinder mehr zu bekommen. Ja, solche Forderungen gibt es, ausgelöst von einer Hysterie, die keine wissenschaftliche Grundlage hat.

Schließlich haben mehr als 500 Wissenschaftler in einem Brief an UN-Generalsekretär Guterres mit dem Titel „Es gibt keinen Klimanotstand“ der These vom menschengemachten Klimawandel widersprochen, unterschrieben unter anderem vom früheren Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt von der SPD.

In dem Brief heißt es:

Die Klimamodelle, auf denen die internationalen Politikansätze derzeit aufbauen, sind ungeeignet.

Es sei „grausam und unklug, sich auf Basis der Resultate von solch kindischen Modellen dafür einzusetzen, Billionen zu verschwenden.“

Am Montag war ich bei einer Podiumsdiskussion mit allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Zum Abschluss stellte

### Diese Energiewende zerstört unsere Autoindustrie, unsere Kern- und Kohlekraftwerke.



Am 20. September 2019 gab es, wie hier am Königsplatz in München, weltweit Demonstrationen für mehr Anstrengungen im Klimaschutz.

© picture-alliance/SZ Photo/Stephan Rumpf

mir die Moderatorin die Frage, ob wir als AfD beim Klimapaket nicht mit allen anderen Parteien an einem Strang ziehen könnten. Ich antwortete ihr: Diese Energiewende zerstört unsere Autoindustrie, unsere Kraftwerks- und Schwerindustrie. Sie zerstört unse-

re Kern- und Kohlekraftwerke. Mit den anderen Parteien an einem Strang zu ziehen, würde bedeuten: Wir beteiligen uns an der Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz unseres Landes, und das werden wir niemals tun. Wir werden uns dieser Zerstörung mit aller Kraft

entgegenstemmen. Darauf mein Wort.

Ein freundliches Glückauf in meine Heimat, vor allen Dingen nach Jämschwalde!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Matthias Miersch, SPD:

## Eine gute Grundlage zum Erreichen der Klimaziele



Matthias Miersch (\*1968)  
Wahlkreis Hannover-Land II

Herr Abgeordneter Hilse, wie Sie über andere Menschen hier reden, das ist wirklich unmenschlich, unerträglich und verletzt aufs Empfindlichste die Würde dieses Hauses. An der Debatte heute sehen Sie, was es heißt, eine der größten Menschheitsaufgaben in der Demokratie anzugehen. Wir haben gesehen, dass einige am Anfang der Legislaturperiode nicht die Kraft hatten, einen Konsens, einen Kompromiss zu suchen. Deswegen sage ich: Natürlich ist auch dieses Paket ein Kompromiss, aber es ist eine gute Grundlage, um die Ziele zu erreichen, nämlich den

Zusammenhalt dieser Gesellschaft und die Einhaltung der Klimaziele.

Ich will etwas ganz bewusst sagen, Herr Lindner, weil Sie hier fordern: Der Markt soll es klären. Wer sagt: „Über eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung führe ich eine Lenkungswirkung herbei und garantiere damit die Einhaltung der Klimaziele“, der nimmt soziale Spaltung in Kauf. Deswegen sagen wir: Unsere Antwort ist das Klimaschutzgesetz; der Primat der Politik. Dass wir jährlich sehen, ob wir unsere Ziele erreichen, das ist die Garantie. Das ist politisches Handeln. Ich finde es schon interessant, dass hier bis jetzt an keiner Stelle erwähnt worden ist, dass in diesem Paket etwas drinsteckt, was eine völlige Umwandlung unserer Energiepolitik bedeutet, nämlich: Neben dem Ausstieg aus der Atomenergie steigen wir auch aus der Kohle aus, und dies auf einem Weg, bei dem die IG BCE, der Bundesverband der Deutschen Industrie, Greenpeace und auch

Potsdamer Forscher zusammengewirkt haben. Nur so geht Transformation. Nur so geht Zusammenhalt.

Ein weiterer Punkt, er ist hier schon angesprochen worden: das Thema der erneuerbaren Energien. Da, lieber Toni, ist das, finde ich schon, ein bisschen, na ja, auf Kante genäht. Jetzt kommen wir nach dem Kohleausstieg, nach dem Klimaschutzgesetz zum dritten Part.

### Wir begrüßen ausdrücklich das Milliardeninvestitionsprogramm für die Zukunft.

Anton, ich finde es wirklich unredlich von dir, wenn du hier – erstens – sagst, wir würden den Photovoltaik-Deckel anheben. Dieser Deckel wird

aufgehoben, und das ist ein Riesenerfolg. Du sprichst – zweitens – davon, dass man eigentlich finanzielle Anreize bei Windkraft geben müsste. Genau das steht in diesem Eckpunktepapier, genau diese finanziellen Anreize wollen wir. Warum erwähnst du das nicht? Warum verschweigst du es? Ich finde, solche Angriffe muss man eben auch mit dem eigenen Handeln vergleichen.

Zur 1000-Meter-Regelung. Ich hätte mir auch etwas Besseres vorstellen können, als in der Nacht mit Peter Altmaier im Kanzleramt darüber zu verhandeln. Wir wollten keine bundesweite Abstandsregelung, aber letztlich ist das ein Kompromiss, und der Kompromiss sieht vor, dass Länder und Kommunen nach unten abweichen können. Die 1.000 Meter, die ihr mit Robert Habeck an der Spitze kritisiert, habt ihr in vielen, vielen Landesregierungen selbst vereinbart; daher finde ich das doppelzünftig. Und jetzt versucht Robert Habeck noch, sich zu retten, der Koalitionsvertrag ist eindeutig; lest ihn euch durch, indem er sagt: Na ja, die 1.000 Meter gelten ja nur, wenn wir die Ausbauziele erreichen.

Weil ihr mir anscheinend nicht glaubt, will ich euch sagen: Es ist in Schleswig-Holstein noch viel schlimmer. Ich zitiere mal den Landesgeschäftsstellenleiter des Bundesverbandes WindEnergie, vielleicht glaubt ihr dem:

Sie muss daher jetzt alles dafür tun, dass ein den eigenen Zielen entsprechender Zubau gewährleistet wird.

Wenn der Zubau wie aktuell weiterläuft, wird diese Legislaturperiode ein Totalausfall für den Klimaschutz.

Schleswig-Holstein muss seine Hausaufgaben machen. Die Landesregierung macht es sich zu leicht, wenn sie die Verantwortung an die Bundespolitik in Berlin weiterreicht.

Die Verantwortung beim Zubau Erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein liegt in erster Linie bei der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzusetzen. Daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Sie sich messen lassen. Sie können hier in der Opposition nicht so reden und dann anders handeln. Ich glaube, nur gemeinsam geht es. Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Neben dem Kohleausstieg, neben dem Klimaschutzgesetz, neben dem Thema „erneuerbare Energien“ ist das vierte Thema, dass dieser Staat zukunftsfit gemacht werden muss, und das ist das Entscheidende für uns Sozialdemokraten. Ja, mit der Natur können wir nicht verhandeln; die Ziele müssen eingehalten werden. Aber wir dürfen auf diesem Weg niemanden zurücklassen, und deswegen brauchen wir eine ganz starke staatliche Infrastruktur, die Mobilität der Zukunft für jeden gewährleistet. Insofern begrüßen wir ausdrücklich das Milliardeninvestitionsprogramm für die Zukunft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Lukas Köhler (FDP), Andreas Jung (CDU/CSU) sowie Carsten Träger (SPD).

Debatte zur Förderung von Unternehmensgründungen / 115. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 26. September 2019

Astrid Grotelüschen, CDU/CSU:

## Zahl der Gründungswilligen sinkt seit 2011 kontinuierlich



Astrid Grotelüschen (\*1964)  
Wahlkreis 28

Liebe Zuhörer! „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, so die Worte von Hermann Hesse in seinem Werk „Stufen“, mit dem er 1941 den Gang des Lebens beschrieb. Nun, auch für unsere heutige Debatte könnte Hesses Formulierung treffender nicht sein; denn was ist eine Gründung, ein Start-up, ein übernommenes Unternehmen anderes als genau dieser Schritt in die Selbstständigkeit? Nichts anderes als ein hoffnungsfroher Anfang!

Die Zahlen des vergangenen Start-up-Monitors belegen allerdings auch, dass nach dem Zauber des Anfangs auch Ernüchterung folgt. So sind 90 Prozent aller Gründungen nicht langfristiger Natur. Und doch würden 60 Prozent, die im ersten Anlauf keinen Erfolg hatten, erneut gründen. Die Hälfte derer, die in Deutschland ein Unternehmen aus der Taufe heben, sind sogar Mehrfachgründer.

Diese Zahlen belegen scheinbar, dass es der Gründerszene in Deutschland gut geht, und doch sinkt die Zahl der Gründungswilligen seit 2011 kontinuierlich. Das gilt es umzukehren. Da-

ran, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das eint uns, wollen wir gemeinsam arbeiten.

Doch der Eindruck, meine sehr geehrten Damen und Herren, der heute mit den Anträgen der Opposition entstehen könnte, im Übrigen haben wir bereits vor der Sommerpause, das ist knapp zwei Monate her, über diese Thematik diskutiert, dass wir als CDU/CSU-Fraktion bzw. in der Koalition die-

se Herausforderungen nicht kennen bzw. den Instrumentenkasten zum Thema Gründungen nicht längst geöffnet hätten, ist schlichtweg falsch. Wir handeln! Nach genauer Analyse, sehr differenziert und zielgerichtet, weil wir mehr Gründungen, mehr Investitionen und damit einen Beitrag für nachhaltiges Wachstum und für Wohlstand schaffen wollen.

In Richtung FDP-Antrag merke ich an: Wenn Sie von Freiheitszonen in den ostdeutschen Bundesländern, oder wie das Kind auch immer heißt, reden und diese Zonen, wie gesagt, vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern installieren wollen, obwohl wir um die Strukturschwäche auch in westdeutschen Bundesländern wissen – diese Sinnhaftigkeit erschließt sich mir nicht. Daher lobe ich ausdrücklich die Initiative unseres Ministers Peter Altmaier, der im Frühjahr eine Geschäftsstelle für Reallabore eingerichtet und im Juli eine umfassende Strategie dazu vorgelegt und die zum Teil bereits umgesetzt hat. Darüber haben wir ja beim vorherigen Tagesordnungspunkt gesprochen. Es sind zum Beispiel 6 Reallabore von insgesamt 20 zum Thema Energiewende in Strukturwanderegionen in Ostdeutschland bereits am Start. Ich denke, kombiniert mit anderen Maßnahmen ist das ein guter Lösungsansatz, und zwar für ganz Deutschland.

In Richtung der Kollegen der Grünen, die wiederum einen sehr umfassenden Antrag vorgelegt haben, den finde ich gut, möchte ich sagen: Der Forderung etwa nach einer stärkeren Förderung nicht technologiezentrierter Gründungen oder von sozialen Unternehmen sind wir zum Beispiel mit dem „Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP)“ mit einer Ausstattung über 25 Millionen Euro in den nächsten Jahren ein Stück weit nachgekommen. Und das gilt tatsächlich für einen Großteil der heute in den Anträgen vorgebrachten Forderungen und Anregungen. Mit „GO!“, dem Zehnpunkteprogramm für

mehr Gründungen, haben wir die Offensive längst gestartet.

Auf einen Punkt der Offensive, nämlich die verbesserte Förderung von Frauen im Gründungsgeschehen, möchte ich ganz besonders hinweisen; denn leider liegt der Anteil der Frauen an allen Gründungen bei nur 39,5 Prozent. Um mit den Worten der KfW zu sprechen:

Die Stärkung des Gründungsinteresses von Frauen ist ... ein Schlüssel für eine nachhaltige Stabilisierung der Gründungstätigkeit in Deutschland.

Daher ist es wichtig, dass wir unseren Fokus darauf richten.

Deshalb nochmals Danke an das BMWi, nicht nur dafür, dass die Förderung weiblicher Gründungsaktivitäten als explizites Ziel in dieser Strategie sehr detailliert benannt wird, sondern auch da-

für, dass es eine Gründerinnenplattform eingerichtet hat. Ganz besonders hervorheben möchte ich dabei die Initiative „FRAUEN unternehmen“. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat nämlich Vorbildwirkung, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein und ein klasse Beitrag, damit wir Frauen Mut zum Gründen machen.

Auch auf der Finanzierungsseite, nämlich der staatlichen Förderung des Gründungsgeschehens insgesamt, bauen wir unsere Aktivitäten kontinuierlich aus. Die Zahlen sprechen für sich. Innovative Unternehmensgründungen werden durch die Programme EXIST und INVEST mit 131 Millionen Euro gefördert. Zudem soll der ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit für Gründer sowie für Unternehmen geöffnet werden, die innovativ arbeiten. Insgesamt werden wir ausweislich des ERP-Entwurfs 2020 bis zu 500 Millionen Euro für die Bereitstellung dieses Beteiligungskapitals zur Verfügung stellen.

Es gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen neuen Ansatz zur Anregung privater Investments, um mit einer adäquaten

Finanzierung für Unternehmen in der Wachstumsphase an die gute Ausstattung in der Frühphasenfinanzierung anzuknüpfen. Hierzu soll es möglich werden, dass sich verstärkt auch institutionelle Investoren wie Versicherungen am Wagniskapitalmarkt betätigen können, um die erfolgreichen Aktivitäten der ausgegründeten KfW Capital zu ergänzen. Ich finde, auch das ist ein starkes Signal.

Zusammengefasst: Ich bin mir sicher, dass das Bündel der gesamten Maßnahmen wichtige Impulse geben wird, um Deutschland neuen Schwung als Gründungsstandort zu geben.

Ich habe mit Hesse begonnen, möchte auch mit ihm schließen:

Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,

Mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.

In diesem Sinne: Die CDU/CSU-Fraktion hat das „Go!“ für mehr Gründungen bereits gegeben. Ich lade Sie alle dazu ein, mitzumachen.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Enrico Komning, AfD:

## Innovationsprogramm Mittelstand finanziell stärken



Enrico Komning (\*1968)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Der uns hier vorliegende Antrag der FDP wird nicht dazu führen, dass die Zahl der Unternehmensgründer wieder zunimmt; der von Gender- und Klimaideologie geprägte Antrag der Grünen schon mal gar nicht.

Wir beabsichtigen, für den kommenden Haushalt eine substanzielle Aufstockung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand zu beantragen. Ich lade Sie herzlich ein, hier mit

uns zu stimmen. Wie Sie aber auch wissen, werden gerade die beim ZIM zur Verfügung gestellten Mittel vielfach gar nicht abgerufen – erst recht nicht in den neuen Bundesländern. Auch die KfW hat durchaus Schwierigkeiten, das Geld in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Thüringen unter die Leute zu bringen. Wir brauchen einen sehr viel umfassenderen Ansatz als nur Werbung, Innovationszuschüsse oder ein bürokratiefreies erstes Jahr, so sinnvoll die Einzelmaßnahmen für sich betrachtet, meine Damen und Herren von der FDP, auch sein mögen. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass bei Ihrem Antrag sehr viel Einfallslosigkeit hinter verklausulierter Sprache versteckt werden soll.

Gerade in den neuen Bundesländern, in den strukturschwachen und strukturfreien Gebieten, fehlt es an grundlegenden gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, die eine gesunde Gründerkultur entstehen lassen können. Häu-

fig ist nicht die Finanzierung, noch nicht einmal die überbordende Bürokratie der Hauptgrund für fehlendes unternehmerisches Engagement. Es sind die Abwanderung aus den ländlichen Räumen, die Alterung der Bevölkerung und der damit verbundene Verlust der wichtigen Infrastrukturen. Es ist ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss. Ihr Antrag reicht dafür nicht aus. Wir müssen endlich zwischen Huhn und Ei entscheiden. Wir wählen das Huhn.

Der Staat muss sehr viel mehr tun. Als Erstes muss er sich tatsächlich dazu bekennen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland schaffen zu wollen. Die groß angekündigte und am Ende im Sand verlaufene Regierungskommission und das kolportierte sogenannte Klimapaket lassen einen sehr deutlich an diesem Bekenntnis zweifeln; denn die Zechen der Pläne der Bundesregierung

Fortsetzung auf nächster Seite

zahlen nun einmal mehr die Menschen in den ländlichen Räumen.

Und dann muss sehr viel mehr Geld in die Hand genommen werden, als ein paar Gründungszuschüsse zu geben. Allerdings würde schon ein Bruchteil des für die wirkungslose Klimapolitik sinnlos verpulverten Geldes reichen, um substanzuell etwas zu tun. Wir brauchen ein sehr viel breiteres Verständnis für Daseinsvorsorge. Die komplette Infrastruktur muss vom Staat bedingungslos garantiert sein, natürlich gute Straßen, moderne Wasser- und Stromleitungen, aber eben auch Breitband und Mobilfunk, ärztliche Versorgung, öffentlicher Nahverkehr, Schulen. Kinder dürfen nicht einen halben Tag lang auf dem Schulweg verbringen. Busse und Vorortzüge müssen mindestens einmal stündlich fahren. Die Gewährleistung dieser Infrastrukturen, das ist Daseinsvorsorge, keinesfalls schon Förderung; denn fördern muss der Staat noch viel mehr. Durch Förderung muss sichergestellt sein, dass Lebensmittelmärkte überleben, Handwerker zur Verfügung ste-

hen, kleine geförderte Dienstleistungszentren in Dörfern und Kleinstädten existieren. Sie wollen einen Gründungsmanager, meine Damen und Herren von der FDP, ich kann mir sehr gut einen Dorfmanager vorstellen, der sich umfassend um die Belange der Menschen kümmert und, um in Ihrer Sprache zu bleiben, um die sogenannten „soft assets“.

Ich nenne: Kinderwillkommensprämien, substanzuelle Zuschüsse für Eigenheime. Wir brauchen Strukturentwicklungsgebiete. Auch wenn sich das alles nach einem großen Wunsch-dir-was anhört: Wir müssen alles dafür tun, um den Gordischen Knoten endlich platzen zu lassen, der da heißt: Landflucht.

Und dann, liebe FDP, erst dann, kommen wir zu Ihren im Einzelnen durchaus sinnvollen Maßnahmen. Sie fassen das unter „Freiheitszonen“ zusammen, meinen aber natürlich klassisch „Sonderwirtschaftsgebiete“. Das fordern wir schon, seitdem wir hier in diesem Hause eine Stimme haben. Nur, solche Sonderwirtschaftsgebiete müssen auf fertige und funktionierende Infrastruktu-

ren draufgesetzt werden; sonst bringen sie nichts. Deswegen spreche ich von „vorgelagerten Strukturentwicklungsgebieten“.

Eines kommt in Ihren Anträgen deutlich zu kurz: die viel zu hohe Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen. Gerade Unternehmen, die sich in strukturschwachen oder ländlichen Räumen durchsetzen müssen, könnte man mit deutlich geringeren Gewerbe- und Körperschaftsteuersätzen das Leben erleichtern. Man könnte die Unternehmen und auch die Arbeitnehmer in Sonderwirtschaftsgebieten über einen befristeten Zeitraum bei Sozialversicherungsbeiträgen entlasten, ohne deren Ansprüche zu kürzen.

Das alles bedingt hohe staatliche Investitionen, die sich dann aber auszahlen, wenn sich in diesen zu benennenden Sonderwirtschaftsgebieten ein Markt, der sich selbst trägt, und eine Gesellschaft, die vital und wachsend ist, etabliert haben. Wir lehnen Ihren

Freiheitszonenantrag ab, weil er sich für uns als Schaufensterantrag darstellt, der kein wirkliches Engagement für mehr Unternehmensgründungen erkennen lässt.

Aber was mich geradezu wütend macht, ist, dass solche Anträge überhaupt notwendig sind. Dem Ausbluten der strukturalarmen Gebiete, vornehmlich im Osten, ist jahrzehntelang von dieser Bundesregierung tatenlos zugehört worden, und Sie machen immer alles noch schlimmer. Sie von der Regierung sind es, die mit Ihrer blinden, inzwischen religiös-fanatischen Politik nicht nur eine neue Gründerkultur jahrelang verhindert haben; Sie haben auch die heute bestehenden gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitischen mittelstands- und gründerfeindlichen Verhältnisse zu verantworten. Und Ihnen nimmt man doch nun wirklich nicht mehr ab, dass Sie an diesen Verhältnissen noch was ändern wollen.

**Wir müssen alles dafür tun, um den Gordischen Knoten platzen zu lassen, der da heißt: Landflucht.**

Falko Mohrs, SPD:

## Deutschland muss ein Gründerland bleiben



Falko Mohrs (\*1984)  
Wahlkreis Helmstedt-Wolfburg

Ich freue mich, dass wir hier über Maßnahmen diskutieren wollen und können, welche gerade den Menschen und Firmen helfen, die einen maßgeblichen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit leisten. Es sind Menschen in neuen und bestehenden Unternehmen, die nicht nur reden, sondern anpacken, neue Dinge ausprobieren, dabei auch scheitern, daraus lernen und dann wieder aufstehen, die nicht nur darauf hoffen, dass irgendwer etwas für sie besser macht, sondern bereit sind, selbst Verantwortung zu übernehmen. Deutschland muss für Unterneh-

men und für innovative Menschen, die etwas Neues aufbauen, mehr investieren und bessere Rahmenbedingungen schaffen; das ist klar. Aber es ist eben auch nicht alles schlecht in Deutschland; das lassen wir uns auch von niemandem hier weismachen, weder in Oppositionsanträgen noch in schlechten Reden.

Herr Komning, es ist ja irgendwie mein Schicksal, immer nach Ihnen reden zu müssen. Ich glaube, darüber müssen wir noch einmal nachdenken. Was ich Ihnen schon mehrfach vorgehalten habe, das muss ich ehrlicherweise auch nach Ihrer Rede heute wieder tun, ist: Sie reden von der Wirtschaftsfeindlichkeit der Regierung. Wissen Sie, was aus meiner Sicht nach dem Fachkräftemangel wahrscheinlich die größte Gefahr für die deutsche Konjunktur und die deutsche Wirtschaft ist? Das ist Ihre nationalistische, hetzende und ausgrenzende Politik. Das ist eine Gefährdung für den deutschen Wirtschaftsstandort und gefährdet unsere internationale Reputation, Herr Komning. Wenn Sie anderen hier Einfallslosigkeit vorwerfen, fällt mir zu Ihnen vor allem Einfältigkeit ein, und dass Sie sich bei

dem Gegacker eben für das Huhn entschieden haben, wundert mich wahrlich nicht.

Was wir brauchen, ist eine differenzierte Debatte über Ursachen und Ansatzpunkte, nicht sich wiederholende Anträge. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, zu den „gelockerten Freiheitszonen“. Wenn man sieht, was Sie an anderen Stellen mit dem Begriff „Freiheitszonen“ verbinden, dann wirkt das eben doch wie eine Spirale nach unten, wenn es um Sozialstandards und die Absicherung für gute, tariflich abgesicherte Arbeitskräfte geht. Das kann nicht im Interesse irgendeiner Region in Deutschland sein, weder im Westen noch im Osten. Das ist nicht unsere Vorstellung. Wir werden, das hat meine Kollegin Frau Grotelüschen vorhin angesprochen, dort, wo wir Zukunftstechnologien den notwendigen Raum zur Weiterentwicklung geben wollen, Reallabore schaffen. Dort können Unternehmen und innovative Men-

schen neue Dinge ausprobieren, aber eben nicht in einer Spirale nach unten.

Wenn Sie dann auch wieder vorschlagen, die Anteile an der Post und der Telekom zu verkaufen, ich habe Ihnen das schon ein paarmal vorgerechnet, und ich habe aufgehört, darauf zu achten, wofür sie den Erlös diesmal ausgeben wollen, sage ich Ihnen: Das ist mit uns nicht zu machen. Wir stehen dafür, dass der Bund auch weiterhin direkt und indirekt die Verantwortung für die Deutsche Post, die Telekom und auch andere Unternehmen wie die Deutsche Bahn behält. Ich bin froh, dass zu der Zeit, als Sie Regierungsverantwortung hatten, nicht die Aktien der Deutschen Post verkauft worden sind, obwohl Sie es gefordert haben. Damals waren sie nämlich nur halb so viel wert. So viel zum Unternehmertum der FDP, meine Damen und Herren.

**Deutschland muss für Unternehmen und innovative Menschen mehr investieren.**

In dem Antrag der Grünen habe ich viele positive, soziale Vorschläge entdeckt. Ich glaube, er ist eine gute Grundlage, um weiterzudiskutieren. Was mir ein bisschen gefehlt hat, war ein kohärentes Konzept bzw. ein Finanzierungskonzept. Aber insbesondere bei den Rahmenbedingungen für die Förderung von Genossenschaften gibt es, glaube ich, wirklich gute Ansatzpunkte. Hier

Sie schimpfen uns Populisten. Dabei sind Sie es, die entgegen besserer Einsicht, entgegen allen Fakten einem grün-rot-goldenen Kalb hinterherlaufen und den Hohepriestern des heiligen Klimas huldigen, um einer lauten Bioladen-Wohlstandsmindertheit aus Influencern, Schauspielern und vermeintlichen Sängern hinterherzulaufen, statt verantwortungsvolle Politik für das ganze Volk zu machen.

Meine Damen und Herren, Verantwortung heißt eben, auch mal schwierige Entscheidungen zu treffen, Entscheidungen, die in Kreuzberg und Eppendorf vielleicht nicht gut ankommen, die aber die Menschen in Güstrow, Gelsenkirchen und Gera wieder in Lohn und Brot bringen. Bertolt Brecht hat einmal gesagt:

Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft.

Ich beschwöre Sie, umzukehren und sich auf den Weg zu machen, auch wenn es noch so schwer wird, zum Wohle Ihres, zum Wohle unseres Volkes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

können wir zusammen weitermachen. Was wir uns vorstellen, ist, dass wir die Finanzierung vor allem dort ansetzen, wo wir eine Hebelwirkung erzielen können, wo wir noch mehr privates Kapital von institutionellen Anlegern heben können. Da bietet sich übrigens kein dänisches Fondsmodell an, das nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen wahrscheinlich, dass auch die Dänen das nicht notifizieren lassen. Wir stellen uns vor, dass wir für Deutschland einen Dachfonds nach einem Wasserfallmodell installieren, das am Ende das Risiko nicht allein auf den Staat abwälzt, sondern eine faire Verteilung von Risiko und Chancen zwischen Unternehmen und dem Staat beinhaltet.

Deutschland, damit möchte ich schließen, war, ist und muss ein Gründerland bleiben, in dem angepackt und verbessert wird, in dem Firmen wie Siemens und BASF gegründet werden. Wir können stolz sein, dass es auch heute im digitalen Zeitalter Menschen und Unternehmen gibt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, und die Innovationskraft an den Tag legen, um unsere Gesellschaft und unser Land besser zu machen und damit die Wirtschaftskraft von morgen zu sichern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Thomas L. Kemmerich, FDP:

## Anerkennung für wirtschaftliches Unternehmertum stärken



Thomas L. Kemmerich (\*1965)  
Landesliste Thüringen

Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und auch Gesamtberlin – das bedeutet Potenziale, Chancen und Zukunft. Der Mut und die Entschlossenheit der Menschen gerade auch in meiner Heimat Thüringen sind beispiellos. Sie haben für den Aufschwung der letzten knapp 30 Jahre Sorge getragen, oftmals trotz der Politik.

Der eine oder andere mag unseren Antrag mit einer allgemeinen Lagebeschreibung verwechseln. Uns geht es hier aber um den Mittelstand, das Unternehmertum. Wir wollen diesen Menschen in Ostdeutschland helfen, sich selbst zu helfen, sich selbst aus dem Schlamassel zu ziehen, indem wir die wirtschaftliche Betätigung fördern und die Anerkennung für wirtschaftliches Unternehmertum stärken. Denn gerade der Mittelstand und insbesondere die Familienbetriebe sind der Garant für den Aufschwung und für Lebenswerte, gute Verhältnisse im ländlichen Raum. Deshalb liegt hierauf unser Augenmerk. Oftmals treffen wir auf unnötige Verwaltung, unverständliche Verordnungen, ich nenne als Stichwort nur den Datenschutz, und allgemeines Misstrauen gegenüber dem Unternehmertum. Wir erleben eine überbordende Bürokratie durch Verwaltung, Finanzämter und Ähnliches.

Im Einzelnen: Herr Minister Altmaier wird dafür gelobt, Strategien zu entwickeln; die Umsetzung fehlt. Reallabore nützen der jungen Dame, die ich gestern in Kahla in Thüringen getroffen habe, überhaupt nichts. Sie beklagt, dass sie jedes Jahr mit Auflagen für neue Registerkassen belegt wird, deren Verständlichkeit sie nicht mehr nachvollziehen kann, und sie deshalb überlegt, ihren Laden aufzugeben. Das führt dazu, dass wir Verdruss schaffen und

den Herren, zu denen ich gleich noch komme, weiter Raum geben. Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir Freiheitszonen, den Stopp von unnötiger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Unternehmen. Wir brauchen Gebiete, wo die Rahmenbedingungen Unternehmensübernahmen und -gründungen leichter und einfacher machen, damit diese, auf Hochdeutsch, auch mehr Spaß machen.

Eine Umfrage der IHK belegt: Die Vorschriften zur Datenschutz-Grundverordnung sind unverständlich. Gestaltet sie praxisnah! Habt Mut! Es geht auch um Aufbewahrungsfristen und die zeitnahe Betriebsprüfung der Finanzämter. Thüringen ist Spitzenreiter, was die Schärfe der Finanzämter angeht; das darf nicht sein. Die Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, wenn elektronisch möglich, sind undurchsichtig. Statistikmeldungen sind vielfach nicht nachvollziehbar. Bitte schafft eine Stelle, wo man sie erfassen kann. Förderverfahren müssen vereinfacht werden. Kaum jemand stellt noch einen Antrag. Der Antrag ist schon kompliziert genug; aber man ist dann auch noch jahrelang in der Nachhaftung, muss rechtfertigen, dass man das Geld sinnvoll ausgegeben hat. Ich gehe davon aus, dass das Geld nicht verschwendet wird. Ich vertraue dem Mittelstand. Auch das ist ein Aspekt des Wirtschaftswachstums: Man vertraut und glaubt, dass der Mittelstand das vernünftig macht.

Konkrete Vorschläge zum Thema Gründungen: Wir brauchen Starterzentren. Ein Betonbau hilft nicht weiter, sondern wir brauchen Leute, die das Geschäft verstehen, die den jungen Gründern die Hand reichen und ihnen helfen, ihr Unternehmen in die Spur zu bringen. Wir brauchen Digital Hubs in Ostdeutschland; dort gibt es sie bisher nicht. Wir brauchen eine einfache Erteilung von Steuernummern. Ich habe ein Unternehmen gegründet und neun Monate gebraucht, bis ich die Steuernummern hatte; in der Zwischenzeit liefen beim Finanzamt aber schon sechs Verfahren wegen Nichtabgabe einer Steuererklärung. Damit muss Schluss sein.

Wir brauchen die Stärkung von Hochschulkernen. An den Hochschulen entstehen die neuen Ideen. In Ostdeutschland gibt es nur eine Exzellenzuniversität, in Thüringen keine. Da läuft etwas

falsch. An den Hochschulen entstehen die neuen Ideen, die wir für den Aufschwung Ost brauchen. Wir brauchen diese Ideen, damit Ostdeutschland nach vorne springt. Der Aufholprozess des Ostens im Vergleich zum Westen muss nicht nur beschleunigt werden; der Osten muss wirklich zum Westen aufschließen.

Thüringen, Sachsen, Brandenburg und alle anderen neuen Länder wollen nicht länger Nehmerländer sein. Sie wollen nach vorne und auch Geberländer sein. Das haben Thüringen und die anderen ostdeutschen Länder verdient. Wir sind nicht schlechter. Wir sind genauso selbstbewusst. Wir brauchen nur die richtigen Rahmenbedingungen.

Nun zu den Parlamentariern, die oftmals meinen, hier die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten. Das, was Sie hier gezeichnet haben, ist ein Zerrbild. Es gibt solche Gegenden; da gebe ich Ihnen recht. Aber glauben Sie, dass sich junge Menschen auf den Weg nach Ostdeutschland machen bzw. zurückkehren, weil es dort so ist, wie Sie es beschrieben haben? Nein. Leipzig und Jena, das sind tolle Vorbilder. Auch Ilmenau hat eine tolle Universität. Solche Städte gibt es in ganz Ostdeutschland.

Matthias Höhn, Die Linke:

## Ostdeutschland braucht einen aktiven und investierenden Staat



Matthias Höhn (\*1975)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Die Kollegen von der FDP haben sich überlegt, dass sie auch mal mit einer Initiative zum Thema Ostdeutschland in dieses Haus vordringen wollen. Das ist am Anfang meiner Rede eine Bemerkung wert, weil es

Deswegen sollten Sie nicht nur von abgehängten Gebieten reden. Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass der Aufschwung überall stattfindet, und wir wachsen aus den Kernen heraus, indem wir diese stärken.

Es reicht eben nicht, bei uns etwas abzuschreiben. Die Sonderwirtschaftszonen sind 20 Jahre alt. Wenn Sie das aus dem Programm der FDP abschreiben, dann zeigt das, dass Sie keine eigenen Ideen haben.

Es reicht nicht, hier so zu reden; denn Ihr Vorsitzender hat auf dem Kyffhäusertreffen ganz anders geredet. Das sollen die Menschen wissen, bevor sie ihre Wahlentscheidung treffen.

Dasselbe gilt für die Statistiken, die wir immer gesundbeten. Wir alle haben in den Wahlkämpfen in den letzten Jahren, Monaten und Tagen gemerkt, dass die Leute keine Statistiken brauchen. Die Leute wollen echte Hilfe, und sie wollen Anerkennung für ihre Lebensleistung. Das bedeutet, dass wir sie mit ihren Sorgen ernst nehmen. Und die Kernsorge ist, dass das Aufstiegsversprechen, das immer ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft war, nicht mehr gilt. Das Einzige, was da hilft, ist, dass wir die Bürokratie nicht länger so organisieren, dass sich die Unternehmen und die Bürger nach der Bürokratie zu richten haben, sondern so, dass sich die Bü-

rokratie danach richtet, was die Bürger wollen, so, dass es für die Unternehmer leichter ist, erfolgreich zu sein.

Kernpunkt ist tatsächlich, dass es immer komplizierter wird, die Infrastruktur auf einem aktuellen Stand zu halten, sie modern zu halten. Wir haben vor 30 Jahren in Ostdeutschland damit begonnen, eine Infrastruktur aus den maroden Überresten des Sozialismus aufzubauen. Diese Infrastruktur zerfällt gerade wieder, weil die Verfahren zur Genehmigung und zur Vergabe von Aufträgen zu kompliziert geworden sind. Macht diese Verfahren einfacher! Dann geht es schneller, und der Erfolg

wird erlebbar. Für die Ostdeutschen ist es nicht wichtig, dass Windkraftträger im Wald stehen, sondern, dass es 5G an jeder Milchkanne gibt und auch im letzten Haushalt Breitband verfügbar ist. Wir brauchen Mut, wir müssen

den Menschen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin etwas zutrauen. Sie wollen keine Almosen. Sie wollen Freiheit, um sich selbst zu verwirklichen. Wir stehen vor großen Aufgaben in diesen Gebieten. Aber die Menschen vor Ort können das selber regeln, wenn wir sie nur lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**An den Hochschulen entstehen die Ideen, die wir für den Aufschwung Ost brauchen.**

nicht die Stärke der FDP ist, Vorschläge zu unterbreiten, wie es in Ostdeutschland vorangehen kann.

Wenn man sich den Antrag, den Sie vorgelegt haben und über den wir heute abschließend beraten, anschaut, dann bleibt man schon bei der Überschrift hängen. Das Erste, was Ihnen eingefallen ist, ist der Begriff „Zone“. Ich würde es lassen, wenn wir über Ostdeutschland reden, über Zonen zu sprechen. Aber geschenkt!

Sie reden über „Freiheitszonen“. Die erste Frage, die sich stellt, lautet: Was ist eigentlich außerhalb dieser Zonen? Gibt es außerhalb dieser Zonen keine Freiheit? Mein politisches Grundverständnis, mein Anspruch ist, dass wir in der gesamten Bundesrepublik Freiheit, ein freies Leben haben. Sie sollten diesen Begriff nicht überstrapazie-

ren. Dieser Begriff hat mit dem, worüber wir hier reden, herzlich wenig zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die zweite Frage, die sich stellt, lautet: Was meinen Sie eigentlich mit Freiheit? Der Antrag gibt eine sehr gute Antwort darauf. Wenn Sie den Antrag gelesen haben, wovon ich ausgehe, dann wissen Sie sehr genau, was Sie unter Freiheit verstehen. Sie verstehen darunter Deregulierung; aber das ist das komplette Gegenteil von Freiheit.

Schauen wir uns das einmal an. Deregulierungsdebatten sind ja nun nicht neu; die führen wir heute nicht zum ersten Mal. Wir erleben sie seit Jahrzehnten, übrigens nicht nur in Ostdeutschland

Fortsetzung auf nächster Seite

oder in Deutschland, sondern auch weit darüber hinaus. Was ist denn das Ergebnis der Deregulierungsdebatten und der entsprechenden Entscheidungen gewesen? Das war für sehr wenige ein Gewinn an Freiheit. Dass einige gewonnen haben, das mag wohl sein. Ich würde es Handlungsspielraum oder Gewinnmarge nennen. Für die Mehrheit der Leute hat Deregulierung aber Abbau von Rechten, Abbau von Sozialstandards, Rückbau des Staates und Privatisierungen bedeutet. Das war das Ergebnis solcher politischen Konzepte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Weil Sie hier eben über das Aufstiegsversprechen geredet haben, sage ich: Ich stimme Ihnen zu; dieses Versprechen wird schon lange nicht mehr eingelöst. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, es wird gerade aufgrund solcher Konzepte, für die Sie heute hier im Plenum wieder werben, nicht mehr eingelöst. Der Abbau des Sozialstaates hat das Aufstiegsversprechen zunichtegemacht.

Ich will Ihnen aber eines zugehalten: Der Beschreibung der Situation in Ostdeutschland in Ihrem Antrag stimme ich zu. Die Glücksversprechen, die wir noch gestern im Zusammenhang mit dem Bericht zur Deutschen Einheit bekommen haben, es wurde wieder gesagt, wie toll das alles läuft, gehen in der Tat an der Realität vorbei. Aber Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, erwähnen nicht, dass genau die Konzepte, die Sie jetzt wieder vorgeschlagen haben, dafür gesorgt haben, dass wir bis heute den Aufbau Ost nicht geschafft haben und bis heute keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik hergestellt haben.

Was wir für Ostdeutschland brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ist ein aktiver und ein investierender Staat. Ich will zwei Punkte nennen, die bei Ihnen eine Rolle gespielt haben. Ja, das mögen Sie nicht hören; aber das ist nun einmal die Realität. Sie haben über die kleinen und mittelständischen Unterneh-

men geredet und, Sie haben das Stichwort „Universitäten“ genannt, und fehlenden Exzellenzen beklagt. Woran liegt das denn? Die kleinen und mittelständischen Unternehmen, gerade auch in Ostdeutschland, sind doch auf öffentliche Investitionen angewiesen. Von wem sollen sie denn die Aufträge bekommen, wenn nicht von der öffentlichen Hand?

Und woran liegt es denn, dass die Hochschullandschaft in Ostdeutschland, dass die Universitäten in den neuen Bundesländern gegenüber den Universitäten in den alten Bundesländern immer noch im Nachteil sind? Das liegt ganz offensichtlich daran, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung immer noch nicht ausreichend sind, um diesen Rückstand aufzuholen. Wir brauchen einen aktivierenden, handlungsfähigen Staat, der investiert.

Und wir brauchen eine Rück-

kehr öffentlicher Strukturen. Das Ergebnis der Privatisierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehen wir jetzt in Ostdeutschland.

Was ist das Ergebnis? Die Privatisierungen haben dazu geführt – das hat heute schon bei mehreren Tagesordnungspunkten eine Rolle gespielt –, dass der Staat sich aus der Fläche komplett zurückgezogen hat, mit allen Angeboten, die dazugehören. Wenn wir etwas tun wollen für den Aufschwung Ost, dann müssen diese Strukturen zurückkehren, damit sie die Zivilgesellschaft stabilisieren, Mobilität ermöglichen und Wirtschaftswachstum anregen.

Letztlich ist, auch darüber reden Sie von der FDP nicht so gerne, noch die Lohnfrage anzusprechen. Es ist nicht nur inakzeptabel, dass wir fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit noch immer einen solchen Lohnabstand haben. Es hat sich über die vielen Jahre hin-

weg auch als grandioser Trugschluss erwiesen, Niedriglöhne könnten in irgendeiner Form Wirtschaftswachstum auslösen. Ministerpräsident Haseloff, aus dessen Bundesland ich komme, ist gerne durch die Lande gereist und hat mit dem Niedriglohnstandort Sachsen-Anhalt geworben. Was ist das Ergebnis? Wir haben den Anschluss zum Westen nicht herstellen können. Wenn wir den Anschluss hinbekommen wollen, dann müssen wir endlich die Lücke bei Löhnen, Renten und Einkommen schließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Leute in Ostdeutschland werden ab und zu gefragt, welche Partei nach ihrer Einschätzung die sinnvollsten und besten Vorschläge mache, wie es in Ostdeutschland vorangehen könne. Der Anteil der FDP ist in diesen Umfragen meistens nicht messbar. Wenn man Ihre Anträge liest, dann weiß man, warum.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Claudia Müller, Bündnis 90/Die Grünen:

## Erst Infrastrukturen schaffen, dann Alternativen wegnehmen



Claudia Müller (\*1981)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

auch auf die Anträge eingehen, die Sie im Ausschuss dazu gestellt haben.

Es ist unbestritten, dass die Gründerkultur in Deutschland verbesserungswürdig ist. Hiermit sind ausdrücklich nicht der Innovationsgeist und der Ideenreichtum der Gründerinnen und Gründer gemeint, sondern ganz klar die Rahmenbedingungen. Unzureichende Infrastruktur, besonders die digitale, bürokratische Verfahren und eine noch immer überwiegend analoge Verwaltung, das alles nervt Gründerinnen und Gründer. Das nervt aber auch Handwerksbetriebe, Landwirtinnen und Landwirte, Bürgerinnen und Bürger, ehrlich gesagt, uns alle. Diese Fragen beschäftigen uns gemeinsam. Ihnen aber fehlt, das zeigen all Ihre Anträge, der Blick auf das Gesamte. Sie wählen eine bestimmte Gruppe aus und schauen nur auf deren Bedürfnisse.

Das macht insbesondere Ihr Antrag „Gründerrepublik Deutschland – Gründungen durch Zukunftstechnologien erleichtern“ deutlich, aus dem ich einige Punkte auswählen möchte. Sie mögen klein erscheinen, zeigen aber, wie Sie hier denken. Sie fordern in diesem Antrag, der heute noch nicht einmal im Plenum behandelt wird, dass zum Ende die-

ses Jahres Faxgeräte aus allen Verwaltungen verschwinden sollen. Sie sollen nicht mehr genutzt werden. Das klingt erst einmal ganz nett. Sie überlegen sich aber nicht, was das für Verwaltungen bedeuten würde, bzw. es ist Ihnen vollkommen egal. Hinzu kommt, dass man für digitale Kommunikation eine entsprechende Infrastruktur braucht. Ich kenne Regionen, in denen selbst der einfache Versand von E-Mails schwierig ist. Was sollen die Menschen dort denn machen? Sollen sie zurück zum Brief? Sie machen wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten. Erst müssen die Infrastrukturen geschaffen werden, dann kann man die Alternativen wegnehmen.

Es gibt einen zweiten Punkt, der erst einmal nett klingt, aber eigentlich an den Bedürfnissen vorbeigeht. Sie fordern die Einführung von Englisch als Verwaltungssprache überall, und Neueinstellungen dürfen nur noch mit nachgewiesenen Englischqualifikationen erfolgen.

Erst einmal frage ich mich: Warum nur Englisch, warum denn nicht andere Sprachen? Gerade in Grenzregionen macht es doch viel mehr Sinn, die Sprachen dort zu fördern. Hinzu kommt: Es mag für junge Menschen heutzutage üblich sein, Englischkenntnisse zu

haben, aber im Arbeitsleben stehen nicht nur Menschen unter 40 Jahren, sondern auch Menschen, die Anfang 50 sind. Bei vielen von ihnen war Englisch nie Pflichtfach in der Schule. Wollen Sie diese jetzt vom Arbeitsmarkt ausschließen? Besonders perfide ist, dass Sie das in einen Antrag zum Thema „Aufschwung Ost“ schreiben. Das soll Ihr Ost-Antrag sein, und Sie schreiben so etwas hinein? Das hat mich, ehrlich gesagt, schockiert. Ich glaube, Ihnen ist das noch nicht einmal aufgefallen. Dieser Gedanke ist Ihnen noch nicht einmal gekommen, als Sie den Antrag geschrieben haben. Ihnen fehlt der Blick auf die Gesamtheit.

Wir haben zu diesem Thema einen einzigen Antrag gestellt und keinen gesonderten, da wir die Gesamtheit betrachten möchten. Die Frage ist: Wie können wir Gründerinnen und Gründer, wie können wir Nachfolgerinnen und Nachfolger in Gesamtdeutschland fördern, und zwar besonders in den strukturschwachen Regionen? Diese gibt es zwar mehrheitlich noch immer in Ostdeutschland, aber nicht nur. Wir haben darin Ideen entwickelt zur Förderung der Rahmenbedingungen für Bildung, für Forschung, für Innovation, für Bürokratieabbau, für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Wenn wir es schaffen, das umzusetzen, dann klappt's auch mit der Gründerre-

publik.

Schauen wir uns die Kosten für Unternehmensgründungen und -übernahmen an. Wir schlagen ganz konkret eine Steuerermäßigung auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung vor. Die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter sollte auf 1.000 Euro hochgesetzt werden. Da springt die Bundesregierung in ihrem Entwurf zum Bürokratieentlastungsgesetz zu kurz. Es enthält zwar auch eine Erhöhung, aber nicht auf 1.000

Euro. Warum nicht? Das funktioniert auch. Wir wollen eine Hochsetzung der Istversteuergrenze bei der Umsatzsteuer, einen besseren Zugang zu Mikrokrediten und – das ist inzwischen ein Evergreen von uns – zinslose Darlehen für Gründungen.

Frau Grotelüsch, ich fand es großartig, dass Sie das Thema „Frauen und Gründungen“ angesprochen haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihre Fraktion an dieser Stelle besser zugehört hätte; denn es ist tatsächlich so: Frauen haben noch immer größere Hürden zu nehmen, wenn es um Gründungen geht. Für sie ist es schwieriger, an Kapital zu kommen. Gleichzeitig aber ist die Erfolgsquote der von Frauen gegründeten Unternehmen größer als die von Männern gegründeten Unternehmen. Um den Bogen zu Ostdeutschland zu schlagen: Es wird immer gesagt, hier gebe es das

**Frauen haben noch immer größere Hürden zu nehmen, wenn es um Gründungen geht.**

Problem der Abwanderung. Dazu ist zu sagen, dass insbesondere die jungen, gut qualifizierten Frauen gehen. Frauenförderung ist also auch eine Förderung gegen die Abwanderung. Lassen Sie uns stärker gemeinsam darauf hinwirken.

Auch wir wollen den bürokratischen Aufwand verringern. Aber

das bedeutet eben nicht, nur auf E-Government zu setzen. Das bedeutet auch eine Vereinfachung bzw. Aussetzung von Berichtspflichten.

Wir wollen Ausgründungen aus Universitäten und Hochschulen fördern, und zwar so, dass die Menschen in den Regionen ver-

bleiben können. Ganz ehrlich: Da helfen Sonderwirtschaftszonen nicht. Sonderwirtschaftszonen sind in erster Linie ein Anreiz dafür, dass Menschen in Gegenden gehen, in denen sie sich kurzzeitig ansiedeln; es entsteht ein Mitnahmeeffekt, aber sie haben keine wirkliche Verbindung zu der Regi-

on. Eine wirkliche Wirtschaftsförderung wären ein guter Ausbau der Infrastruktur, eine Förderung der regionalen Nahverkehre, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kulturangebote – die Schaffung einer lebenswerten Region, in der Arbeitskräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer, Gründerinnen

und Gründer, Nachfolgerinnen und Nachfolger gerne leben. Dafür lassen Sie uns doch gemeinsam arbeiten!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mark Hauptmann, CDU/CSU:

## Die Lebensleistung der Menschen im Osten anerkennen



Mark Hauptmann (\*1984)  
Wahlkreis 196

Die Rede von Herrn Höhn von der Linken war nicht etwa die Höhe der Debatte, sondern Hohn für die Aufbauleistungen der Menschen in den neuen Bundesländern in den letzten 30 Jahren. Sie haben hier gesagt haben, ich zitiere Sie, dass der Aufbau Ost nicht geschafft ist. Das ist ein Schlag in das Gesicht vieler Menschen. Ihre Partei hat die marode Staatswirtschaft zu verantworten, einen Unrechtsstaat und den Schürer-Plan. Gucken Sie einmal dort hinein. Die DDR war bankrott. Wie war denn die Ausgangssituation? Die Flüsse, die Böden, die Luft, alles war verschmutzt. Wir haben heute über das Thema Klima geredet. Wie hoch waren hier denn die Belastungen? Und was ist in den letzten 30 Jahren geschehen? Von der Wismut zur Bundesgartenschau 2007 in Gera und Ronneburg, von einer ver-seuchten Region aus DDR-Zeiten, die Sie parteilich mit zu verantworten hatten, zu blühenden Landschaften, das ist die Leistung, die wir in den letzten 30 Jahren gesehen haben.

Wir haben gesehen, dass sich die Menschen aus dem Osten auf-gemacht haben mit Innovations-geist, der ihnen nicht in der Schule vermittelt wurde, mit vielen Un-ternehmern, die mit Mitte 40

noch einmal neue Unternehmen gegründet haben, nicht aus der Hochschule heraus, sondern mitten im Leben stehend. Wir haben erlebt, wie viele Menschen Unter-nehmergeist entwickelt haben, sel-ber gegründet haben, reinvestiert haben, sich eigene Märkte erarbei-tet haben, vom lokalen deutschen zum europäischen Binnenmarkt, und die heute im globalen Wett-bewerb im Weltmarkt aktiv sind. Wir erleben, dass mittlerweile die Zahlen, die wir uns im 30. Jahr nach der Wiedervereinigung an-schauen, die ganz nüchternen Fak-ten, dafür sprechen, dass eine un-gemein starke Aufbauleistung hier in diesem Land erbracht worden ist.

Es gab vielleicht drei oder vier welthistorische Leistungen, die hier einzuordnen sind. Das ist einmal die Art und Weise, wie es die Chinesen in den letzten 40 Jahren geschafft haben, mehrere Hundert Millionen in die Mittel-klasse zu holen, wie es ein Land wie Singapur geschafft hat, aus einem mückenverseuchten Sumpf eine starke Wirtschaftsleistung zu machen. Hinzu kommt die Lei-stung nach der Wiedervereinigung, nach dem Fall des Eisernen Vor-hangs in Ost-deutschland, aber auch in Osteuropa, wie wir aus einem maroden System Marktwirtschaft ge-macht haben und hier Millionen von Menschen in die Mittelschicht ge-bracht haben, die heute davon leben können. Meine sehr geehrten Da-men und Herren, das ist die Auf-bauleistung, für die wir uns nicht schämen müssen, wie Sie es uns einreden wollen.

Ich komme zu einem Punkt, der uns alle, zumindest in der Mitte des Plenums, von der SPD, den Grünen, der FDP und der Union, eint: Wir wollen die Gründungs-kultur in Deutschland stärken. Die geschätzte Kollegin Müller hat angesprochen: Wir müssen weg

von der analogen Verwaltung. Wir müssen zukunftsfähig werden. Sie hat recht.

Dann schauen wir uns als Bei-spiel das Land Berlin an. Hier wächst eine Start-up-Kultur, die sich mittlerweile anschickt, Lon-don als Start-up-Platz Nummer eins in Europa zu überholen. Aber schauen wir in die Verwaltung des Landes Berlin: Da ist Grauen an-gesagt. Wenn Sie für die Anmel-dung eines neugeborenen Kindes in Estland am Tag nach der Geb-urt eine E-Mail bekommen: „Herzlichen Glückwunsch zur Geb-urt Ihres Sohnes oder Ihrer Toch-ter; ab nächstem Monat überwei-sen wir das Geld auf das von Ih-nen angegebene Konto“, dann ist das das Ergebnis einer digitalisier-ten Verwaltung. In Berlin – Rot-Rot-Grün – sorgt die Verwaltung dafür, dass man Wochen und Mo-nate gar keinen Termin bekommt für die Anmeldung eines neugebo-renen Kindes. Das geht weiter bei der Gründung von Unternehmen. Das geht weiter bei der Anmel-dung von ausländischen Mitarbei-tern. Die Start-up-Kultur in Berlin wächst nicht wegen der digitalen Verwaltung, sondern trotz dieser. Das ist der Zustand dieses Landes, das ist die Realität anschauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen jetzt in dieser Debatte – heute Morgen haben wir über das Klima, dann über die Kohle gesprochen; jetzt reden wir über die Gründungen – vor der Frage: Wer schafft eigent-lich die technologischen Antwor-ten und Lösungen, auch im Hin-blick auf das Klimaproblem, im 21. Jahrhundert? Ist das etwa eine Greta Thunberg, die mit erhobe-nem Zeigefinger in Rumpelstilz-chen-Manier auf dem Surfbrett der Verbotsdebatte daherkommt und die vor allem ganz viel me-diale Aufmerksamkeit von allen Seiten der Welt bekommt? Oder sind es vielleicht doch fleißige, in-teressierte Jungen und Mädchen, wie sie hier auf dieser Tribüne sit-zen, die sich anschicken, jeden Tag mehr über Chemie, über Bio-logie, über Physik, über die Natur-

wissenschaften zu lernen, die kei-ne Aufmerksamkeit bekommen, aber jeden Tag vielleicht etwas da-für tun, wie wir mit technischen Lösungen Innovationen von mor-gen schaffen?

Wenn Gottlieb Daimler und Carl Benz nur mit dem erhobenen Zeigefinger gekommen wären und Verbotsdebatten angerührt hätten, dann würden wir heute nicht so starke, global agierende, wirt-schaftlich erfolgreiche Firmen ha-ben. Sie haben einen anderen Weg gewählt. Es waren die Tüftler und Macher in diesem Land, es waren die Gründer von gestern, die den heutigen Wirt-schaftserfolg Deutschlands ga-rantieren, und ge-nau diese Kultur müssen wir we-cken, wenn wir jun-ge Leute in den Schulen anspre-chen. Wir müssen ihnen Mut machen, zu gründen und einen Unternehmergeist zu wecken.

Da sind nicht nur wir im Bund gefragt, da sind auch die Länder gefragt. Denn wir brauchen in den Schulen „Wirtschaft“ als Schul-fach, mehr Unternehmensprakti-ka, „Jugend forscht“ und andere Programme, die unterstützt wer-den müssen. Der Businessplan ge-hört ins Schulcurriculum, und Coding gehört als Fremdsprache genauso unterrichtet wie Franzö-sisch oder Englisch. Testen wir doch, wer bei Coding gut ist. Ein Teil von denen, die eine solche Sprache gut beherrschen, wird morgen und übermorgen den Wohlstand dieses Landes mit si-

chern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der FDP und der Grünen, der zum Ziel hat, die Gründungskultur zu stärken, deckt sich in vielerlei Hinsicht mit dem, was die Bundesregierung ak-tuell schon macht. Wenn wir uns EXIST anschauen, ein Programm, bei dem es darum geht, aus der Hochschule heraus zu gründen, dann sehen wir, dass drei Viertel der geförderten EXIST-Gründersti-pendiumprojekte und mehr als 80 Prozent der EXIST-Forschungs-transferprojekte zu einer Unter-nehmensgründung führen. Wenn wir uns den Bereich Fi-nanzierung an-schauen, dann se-hen wir, dass wir auf den Stufen eins und zwei die Erstfi-nanzierung von Start-ups in Deutschland in den letzten zehn Jahren

auf gute Beine gestellt haben. Jetzt arbeiten wir daran, wie wir die Wachstumsphase von Gründun-gen hier in Deutschland weiter fi-nanzieren können.

Das heißt, wir sehen in ganz vielen Bereichen sehr klar, dass wir, erstens, den Osten nicht schlechtreden müssen, sondern die Lebensleistung der Menschen von dort anerkennen müssen, dass wir, zweitens, viel für den Bereich Gründung tun und dass es, drit-tens, nicht nur eine Aufgabe des Bundes, sondern vor allem auch der Länder ist, sich hier mehr zu engagieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Der Businessplan gehört ins Schulcurriculum und Coding als Fremdsprache unterrichtet.**

**In Berlin sorgt die Verwaltung dafür, dass man Wochen und Monate keinen Termin bekommt.**



Es sei Zeit, die Verwaltung von der analogen in die digitale Welt zu über-führen, plädierte Mark Hauptmann (CDU). © picture-alliance/ZB/Sascha Steinach

Frank Junge, SPD:

## Sonderwirtschaftszonen bringen den Osten nicht voran



Frank Junge (\*1967)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich möchte zunächst ebenfalls die Gelegenheit nutzen und all denen entgegenreten, die die Entwicklung im Osten per se so schlechtreden, wie wir das hier von rechts und von links gehört haben.

Schaut man auf klare Indikatoren, schaut man auf Beschäftigungsentwicklungen, Investitionen, auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und auch auf die Löhne, dann sieht man, dass im Osten seit der Wende enorm viel passiert ist, und das ist vor allen Dingen ein Verdienst der Menschen im Osten. Das darf man nicht schlechtreden.

Ihr Antrag, liebe FDP-Fraktion,

ist leider, seitdem wir ihn im Juni das erste Mal diskutiert haben, nicht besser geworden. Ich sage das so ganz klar, weil Sie mit Ihren Freiheitszonen im Kern fordern, dass – Sie haben es ja, Herr Kemmerich, ausgeführt, für das Ziel, Unternehmensneugründungen vorzunehmen und um einen Aufschwung Ost zu kämpfen, wie Sie sagen, bundesrechtliche Regulierungen und Vorschriften gelockert und beseitigt werden sollen, dass unnötige bürokratische Hemmnisse abgeschafft werden sollen und dass Ausnahmen zugelassen werden sollen, mit denen, um das Kind beim Namen zu nennen, dann im Kern auch der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen Tür und Tor geöffnet werden kann.

Solche Sonderwirtschaftszonen, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, führen nicht nur zu Abgrenzungs- und Wettbewerbsproblemen zwischen den Regionen, sondern sie sind auch EU-rechtlich problematisch, und sie bedeuten eine Abkehr von unserem Steuer- und Rechtssystem. Vor allem aber

**Schaut man auf Beschäftigungsentwicklungen, dann sieht man, dass im Osten viel passiert ist.**

steht zu befürchten, dass mit der Einführung der von Ihnen geforderten Sonderwirtschaftszonen Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards, die wir zusammen mit den Gewerkschaften über eine lange Zeit hart erkämpft haben, beschnitten und ausgehöhlt werden. Das darf es so nicht geben. Das wird es mit der SPD-Bundestagsfraktion so nicht geben.

Ein Unterlaufen von Kündigungsschutz, eine Lockerung bei Regelungen in der Leih- und Zeitarbeit oder eine Unterschreitung des Mindestlohns kann doch niemand in diesem Haus ernsthaft wollen. Oder ist das bei Ihnen der Fall? Dabei haben wir solche Experimente gar nicht nötig; denn Deutschland hat bereits eine hervorragende Förderkulisse, um Wirtschaftsstandorten und benachteiligten Regionen zu helfen, und sie entfalten seit Jahr und Tag ihre Wirkung. Eine der wertvollsten Förderkulissen ist und bleibt hier die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, mit der jähr-

lich ungefähr 600 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind insgesamt 5 Milliarden Euro in verschiedene Regionen Deutschlands geflossen. Es wurden Investitionen von über 30 Milliarden Euro angestoßen, und 80 Prozent dieser Mittel sind dabei an kleine und mittelständische Unternehmen in den neuen Ländern gegangen. Das ist ein Sachverhalt, der auch im Osten entsprechend Wirkung gezeigt hat. Damit ist das eine riesige Erfolgsgeschichte.



Von der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ habe auch der Osten profitiert, sagte Frank Junge (SPD).

© picture-alliance/Helga Lade Fotoagentur/Hermann Josef Wöstmann

Lassen Sie mich meine Rede in den restlichen Sekunden zu Ende bringen. Ich habe darauf verwiesen, dass die GRW aus meiner

Sicht eine Erfolgsgeschichte für den Osten ist. Wer es demnach also wirklich ernst meint mit dem weiteren Voranbringen der neuen Bundesländer, wer es ernst meint mit einem Aufschwung Ost, der sollte mit uns zusammen dafür sorgen, dass gerade solche Förderkulissen zukünftig weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt den Osten voran. Ich denke, Ihre Freiheits- oder, besser gesagt, „Sonderwirtschaftszonen“ bringen das nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Uwe Kamann, fraktionslos:

## Wir sind eine Gründerverhinderungsrepublik



Uwe Kamann (\*1958)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die FDP hat sich ein hübsches Schlagwort für ihren Antrag ausgedacht: „Gründerverhinderungsrepublik Deutschland“. Das klingt großartig. Aber jeder weiß, dass wir keine Gründerverhinderungsrepublik mehr sind, sondern vielmehr

eine Gründerverhinderungsrepublik. Ein Rückgang der Gründungen um 40 Prozent in den letzten acht Jahren sollte uns allen ein deutliches Alarmsignal sein.

Sie und auch die Grünen versuchen, mit teilweise sogar vernünftigen Einzelmaßnahmen ein paar Akzente zu setzen, was im Einzelnen ja auch nicht falsch ist. Was wir aber brauchen, um Deutschland wirtschaftlich voranzubringen, sind keine Einzelaktionen, sondern verlässliche, umfassende und vor allem durchdachte Rahmenbedingungen, im Grunde nur drei Maßnahmen.

Erstens: vereinfachen. Wir müssen den Gründern bei der Finanzierung helfen, aber nicht mit Risikokapital, sondern mit Chancenkapital. Für die Finanzierung brauchen wir einen Ansprech-

und einen Entscheidungspartner. Gründen Sie mal ein Unternehmen; ich habe es gemacht. Da müssen Sie mit den einen, mit anderen und dann mit noch ganz anderen reden. Diese müssen dann alle noch miteinander reden. Das dauert unendlich lange. Das ist eine Farce.

Zweitens: unterstützen. Wir müssen Strukturen schaffen, die es ermöglichen, dass Gründer über einen längeren Zeitraum von erfahrenen Managern in der Aufbau- und vor allen Dingen in der Stabilisierungsphase unterstützt werden. Das Problem ist oftmals nicht die Gründung als solche, auch wenn sie mit bürokratischen Hürden behaftet ist, sondern das Problem ist in der Stabilisierungsphase zwei oder drei Jahre später: wenn man die PS, die man ge-

schaffen hat, auf die Straße bringen will, wenn man entsprechende Märkte bedienen möchte und dafür einfach nicht die Kompetenz und die Erfahrung hat. Daran scheitern verdammt viele Unternehmen. Das sollte uns auch zu denken geben.

Drittens: erleichtern. Wir müssen Gründungen dadurch erleichtern, dass wir Bürokratie abbauen, das wurde oftmals gesagt, und zielführende Steuer- und Abgabenmodelle schaffen, damit Startups nicht gleich beim ersten Windzug umfallen.

Diese drei Maßnahmen lösen fast die meisten Probleme, unter denen unsere Gründer ächzen. Wir brauchen aber eine ganzheitliche Gestaltung. Nur dann funktionieren Unternehmensgründungen auch in der Masse, die wir benötigen. Solange wir dies aber versäumen, wird es weiterhin immer weniger Gründer, immer weniger Betriebe und immer weniger Wirt-

schaftskraft in Deutschland geben.

Zum Schluss möchte ich der Regierungsbank noch einen Hinweis geben. Bei der Gestaltung des Klimapakets haben Sie es versäumt,

die Brücke zum innovativen Klimaschutz zu schlagen. Eine echte Förderung mit Chancenkapital für Gründer, die innovative Umwelt- und Klimatechnologien entwickeln, fehlt. Sie hätten die Transformation Deutschlands vom Verbots- und Verzichtsweltmeister hin zum Innovationsweltmeister in Sachen Klima- und Umwelttechnologien nachhaltig unterstützen können. Aber vielleicht finden Sie ja noch Gelegenheit zur Nachbesserung.

Herzlichen Dank.

**Wir müssen Gründungen dadurch erleichtern, dass wir Bürokratie abbauen.**

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Hansjörg Durz (CDU/CSU) und Elisabeth Kaiser (SPD).



leicht  
erklärt!

# Klima-Paket

Deutsche Regierung will das Klima schützen



## Gespräch über den Klima-Wandel



Mitte September haben sich Politiker von der deutschen Regierung getroffen.

Sie haben über den Klima-Wandel gesprochen.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

## Klima-Wandel

Seit vielen Jahren hört man in den Nachrichten sehr oft vom Klima-Wandel.



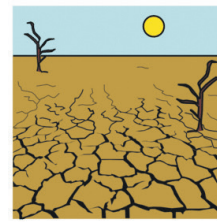
Das Klima auf der Welt verändert sich.

Es wird auf der Erde immer wärmer.

Das kann schlimme Folgen haben.

Zum Beispiel:

- Das Meer steigt höher.  
Dann überschwemmt es vielleicht Inseln oder Gegenden an Küsten.
- Es gibt mehr Unwetter.  
Und sie sind heftiger.



- In manchen Gegenden regnet es kaum noch.  
Dann kann es zum Beispiel Probleme in der Land-Wirtschaft geben.

## Abmachung von Paris



Darum haben Politiker auf der ganzen Welt entschieden: Man muss etwas gegen den Klima-Wandel tun.

An einem Teil vom Klima-Wandel sind nämlich die Menschen schuld.

Darum können die Menschen auch dafür sorgen, dass er nicht so schlimm wird.

Im Dezember 2015 haben sich Politiker der meisten Länder der Welt in Paris getroffen.



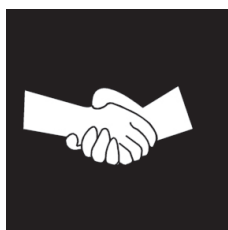
Sie haben darüber gesprochen, wie man den Klima-Wandel bremsen kann.

Damals haben sie zum Beispiel ausgemacht:

- Die Temperatur auf der Welt soll sich möglichst wenig erhöhen.
- Länder sollen sich besser auf die Folgen vom Klima-Wandel vorbereiten.  
Zum Beispiel soll es überall die Möglichkeit geben, genug Obst, Gemüse und Getreide anzubauen.

Ihre Ziele haben die Länder aufgeschrieben.

Und zwar in einem langen Text.



Der Text heißt:  
Übereinkommen von Paris.  
,Übereinkommen' ist ein anderes Wort für ,Abmachung'.

Jedes Land hat nun eine Aufgabe.

Und zwar:  
Es muss die Abmachung einhalten.



Das bedeutet: Die Politiker müssen in ihrem Land zum Beispiel Regeln für den Klima-Schutz machen.

## Klima-Paket in Deutschland

Auch in Deutschland müssen die Politiker die Abmachung von Paris umsetzen.

Das wichtigste Ziel ist:  
In Deutschland sollen weniger Treibhaus-Gase erzeugt werden.

Denn: Treibhaus-Gase sind ein wichtiger Grund für den Klima-Wandel.

Treibhaus-Gase sind besondere Gase in der Luft.

Sie kommen zum Beispiel:

- Mit dem Ab-Gas aus dem Auspuff von Autos und anderen Fahr-Zeugen.
- Mit dem Rauch aus Schornsteinen.



Viele Treibhaus-Gase kommen also durch die Menschen in die Luft.

Darum können sie auch dafür sorgen, dass es weniger davon gibt.

Das bekannteste Treibhaus-Gas hat den Namen CO<sub>2</sub>.

Bis zum Jahr 2030 soll in Deutschland nur noch halb so viel CO<sub>2</sub> erzeugt werden wie im Jahr 1990.

Ab dem Jahr 2050 soll dann fast gar kein Treibhaus-Gas mehr erzeugt werden.



Um das zu erreichen, müssen aber viele Dinge unternommen werden.

Deswegen haben sich Politiker der Regierung am 20. September zusammengesetzt.

Sie haben darüber gesprochen, was man gegen Treibhaus-Gase tun kann.

Ihre Ideen haben sie aufgeschrieben.

Diese Ideen nennt man auch: Klima-Paket.

Bis zum Jahr 2023 sollen für das Paket über 54 Milliarden Euro ausgegeben werden



## Was steht im Klima-Paket?

Im Folgenden die wichtigsten Ideen aus dem Paket.

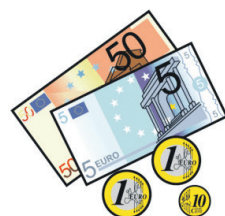
### 1) Preis für CO<sub>2</sub>

Ab sofort soll es Geld kosten, wenn man CO<sub>2</sub> erzeugt.

Die Idee dahinter lautet:

Wenn CO<sub>2</sub> Geld kostet, wird weniger davon erzeugt.

Denn: Die Leute wollen sich das Geld sparen.



Im Klima-Paket steht:



Im Jahr 2021 sollen 1000 Kilogramm CO2 10 Euro kosten.



Bis zum Jahr 2025 soll der Preis dann auf 35 Euro steigen.

Danach soll der Preis dann nicht mehr festgelegt sein.

## 2) Mehr Unterstützung von Pendlern



Durch den CO2-Preis wird Auto-Fahren teurer.

Denn: Aus Autos kommen ja Treibhaus-Gase.

Und dafür muss man ja in Zukunft zahlen.

Auto-Fahrer sind also vom CO2-Preis besonders betroffen.

Darum sollen Pendler stärker unterstützt werden.

Schon heute müssen Pendler weniger Steuern zahlen.

In Zukunft sollen sie dann noch weniger Steuern zahlen. Und zwar, wenn sie mehr als 20 Kilometer zur Arbeit fahren.

## 3) Fliegen teurer, Bahn-Fahren billiger

Beim Fliegen mit einem Flugzeug wird viel CO2 erzeugt.

Deswegen sollen Flugzeug-Tickets teurer werden.

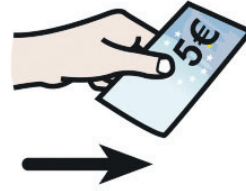
Dann fliegen vielleicht weniger Leute mit dem Flugzeug.



Bei Fahrten mit der Bahn wird weniger CO2 ausgestoßen.

Bahn-Tickets sollen deswegen billiger werden.

Dann fahren vielleicht mehr Leute mit der Bahn.



## 4) Unterstützung

Die Regierung will Leute unterstützen, die etwas Gutes für das Klima tun wollen.

Hier ein paar Beispiele:

a) Im Straßen-Verkehr sollen mehr Autos genutzt werden, die mit Batterien fahren.

Wer so ein Auto kauft, wird schon heute vom Staat mit Geld dabei unterstützt.

In Zukunft soll er noch mehr Geld bekommen.

b) Wer sich eine umweltfreundliche Heizung ins Haus baut, bekommt Geld vom Staat dafür.

c) Wenn man sein Haus besser isoliert, braucht man weniger Heizung.

Das ist gut für das Klima.

Deswegen unterstützt der Staat Haus-Besitzer bei solchen Umbauten.

## Meinungen zum Klima-Paket

Über das Klima-Paket wird jetzt viel gesprochen.

Viele Menschen finden es schlecht.

Sie sagen:

Die Pläne im Klima-Paket reichen nicht aus.

Zum Beispiel ist der Preis für CO2 viel zu niedrig.

Dadurch werden die Leute kein CO2 sparen.

Deutschland wird es nicht schaffen, seine Ziele für 2030 zu erreichen.

Sie sagen:

Die Regierung hat es verpasst, etwas Gutes für das Klima zu tun.





Andere Leute finden aber:  
Die Pläne sind viel zu streng.  
Sie sind zu teuer für Firmen.  
Und auch für Einzel-Personen.



Es gibt aber auch Leute,  
die das Klima-Paket gut finden.  
Sie sagen:  
Es ist schon ein wichtiger Schritt,  
überhaupt so ein Paket zu haben.  
Denn es zeigt:  
Die deutsche Regierung nimmt den  
Klima-Wandel ernst.  
Und das Klima-Paket legt bestimmte  
Grund-Lagen.  
Zum Beispiel den Preis für CO2.  
Der ist zwar noch recht niedrig.  
Aber es gibt ihn jetzt.  
Und weil es ihn gibt, könnte man ihn  
auch recht schnell erhöhen, wenn das  
nötig ist.

### Demos während des Treffens

Das Treffen war  
am 19. und am 20. September.  
An diesem Tag ging es auch noch an  
anderer Stelle um das Klima.  
An diesem Tag war nämlich ein  
weltweiter Klima-Streik.  
Das bedeutet:  
Auf der ganzen Welt haben  
Menschen Demos gemacht.  
Und zwar in ungefähr 160 Ländern.  
Sie verlangen:  
Es muss einen besseren  
Klima-Schutz geben.  
In Deutschland haben  
ungefähr 1,4 Millionen Menschen  
bei den Demos mitgemacht.



### Wie geht es jetzt weiter?

Die Regierung hat also beschlossen,  
was sie alles machen will, um das  
Klima zu schützen.  
Nun müssen aus dem Plan Gesetze  
gemacht werden.  
Dann kann der Plan  
umgesetzt werden.  
Die Gesetze müssen vom Bundestag  
und vom Bundesrat beschlossen  
werden.  
Dort wird es sicherlich  
noch Gespräche über die Pläne geben.  
Denn nicht alle Politiker,  
die bei den Gesetzen  
mitbestimmen dürfen,  
sind mit dem Klima-Paket  
einverstanden.

Weitere Informationen  
in Leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde  
in Leichte Sprache  
übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / dpa, Fotograf: Kay Nietfeld. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 40-42/2019  
Die nächste Ausgabe erscheint am 21. Oktober 2019.